

Landschaftliche Brandkasse Hannover
Provinzial Lebensversicherung Hannover
Provinzial Krankenversicherung Hannover AG



Unternehmen und Zahlen auf einen Blick >>

Ein Teil der Landschaft

Zu den VGH Versicherungen gehören die Landschaftliche Brandkasse Hannover, die Provinzial Lebensversicherung Hannover, die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und die Provinzial Pensionskasse Hannover AG. Im Verbund mit ihnen stehen die Öffentliche Versicherung Bremen, die Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt, die Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und die ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG (siehe Trennseiten in diesem Geschäftsbericht).

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover – das Mutterhaus des VGH Verbunds – wurde auf Initiative des Abts zu Loccum, Georg Ebell, 1750 gegründet und wird seitdem von den Landschaften getragen. Eine Landschaft, das war damals eine regionale, ständisch geprägte Selbstverwaltung, heute ist es eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Und so wie früher eine Landschaft die Interessen ihrer Region wahrnahm, nimmt sie heute die Interessen der Versicherungsnehmer dieser Region wahr.

Die erste Anregung zur Gründung einer Brandkasse in den hannoverschen Landen gab der Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz. Allerdings kam es erst 34 Jahre nach seinem Tod durch die Initiative von Georg Ebell – dem Vorsitzenden der Landschaft im Fürstentum Calenberg-Grubenhagen – zur Gründung der ersten Versicherungseinrichtung. Landschaften anderer Regionen gründeten alsbald nach diesem Vorbild eigene Versicherungen. Diese schlossen sich seit 1850 allmählich zusammen, und daraus entstand die „Landschaftliche Brandkasse Hannover“.

Getragen von den Landschaften, war die Brandkasse nie ein staatliches Unternehmen. Sie ist unverändert seit ihrer Gründung selbstständig und heimatverbunden; in jedem Sinne ein Teil der Landschaft. Geführt wird sie von den regionalen Landschaften als Träger auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit.

Die VGH Versicherungen sind zudem Teil des S-Finanzverbundes. Bereits seit vielen Jahren sind die niedersächsischen Sparkassen Mitträger bei wichtigen VGH-Verbundunternehmen. Mitte letzten Jahres wurde dieser Verbund mit der Einbindung der Sparkassen sowie Vertretern der Region Oldenburg in die Gremien der Landschaftlichen Brandkasse Hannover als „Versicherungsverbund der Regionen“ fortentwickelt. In diesem Sinne versteht sich auch die Kooperation der Provinzial Krankenversicherung Hannover mit der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung unter Bildung eines Kompetenzzentrums Krankenversicherung im Oldenburger Münsterland.

Die Konzentration der öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen auf ihr angestammtes Geschäftsgebiet entspricht seit jeher ihrem Selbstverständnis. Dies ist ein Vorteil, der die VGH, die Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und die Öffentliche Versicherung Bremen in ihrer jeweiligen Heimat zum Marktführer gemacht hat. Diese Stärke soll für den Kunden konkret fühlbar bleiben und ausgebaut werden. Das ist Ziel des unternehmerischen Handelns des Verbundes.



Kloster Loccum

Unternehmen im VGH-Verbund

Brandkassenausschuss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover
 37 Vertreter der Landschaften
 8 Vertreter des Sparkassenverbandes Niedersachsen



* Trägerschaft beruht zur Hälfte auf Treuhandverhältnis

Zahlen auf einen Blick

Landschaftliche Brandkasse Hannover

	2007	2006	2005	2004	2003
Beitragseinnahme in Mio. €	930	926	940	943	927
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	0,4 %	-1,5 %	-0,3 %	1,7 %	4,2 %
Schadenquote saG	69,6 %	59,6 %	62,5 %	62,7 %	64,4 %
Kostenquote saG	23,1 %	22,9 %	23,1 %	23,4 %	23,8 %
Combined Ratio	92,7 %	82,5 %	85,6 %	86,1 %	88,2 %
Nettoverzinsung	3,5 %	5,6 %	4,6 %	2,6 %	3,3 %
Brutto-Überschuss in Mio. €	83	194	145	86	61
Kapitalanlagen in Mio. €	2 422	2 353	2 157	2 056	1 995
Eigenkapital in Mio. €	718	688	648	613	593

saG: selbst abgeschlossenes Geschäft

Provinzial Lebensversicherung Hannover

	2007	2006	2005	2004	2003
Beitragseinnahme in Mio. €	593	619	630	622	641
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	-4,1 %	-1,7 %	1,3 %	-2,9 %	-0,2 %
Kostenquote Verwaltung	2,1 %	2,0 %	1,9 %	1,9 %	1,9 %
Kostenquote Abschluss	5,6 %	5,2 %	5,2 %	3,9 %	4,2 %
Nettoverzinsung	4,5 %	5,2 %	4,7 %	4,0 %	4,9 %
Brutto-Überschuss in Mio. €	171	216	171	128	188
Kapitalanlagen in Mio. €	6 708	6 478	6 350	6 103	6 013
Eigenmittel in Mio. €	573	533	506	446	458

Provinzial Krankenversicherung Hannover AG

	2007	2006	2005	2004	2003
Beitragseinnahme in Mio. €	37	33	30	26	19
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	10,9 %	11,8 %	16,5 %	33,5 %	26,7 %
Verwaltungskostenquote	3,3 %	3,6 %	3,6 %	3,8 %	4,9 %
Abschlusskostenquote	11,3 %	14,9 %	15,3 %	22,8 %	23,7 %
Nettoverzinsung	4,5 %	4,4 %	4,3 %	4,6 %	5,1 %
Versicherungstechnische Ergebnisquote	16,1 %	15,8 %	13,9 %	12,9 %	5,3 %
Kapitalanlagen in Mio. €	77	60	48	36	23
Eigenmittel in Mio. €	12	5	3	3	4

Inhalt

06	Vorwort des Vorstands
10	Die VGH – Partner für Niedersachsen
20	Das Engagement der VGH-Stiftung 2007
	Gremien
26	Organe der Landschaftlichen Brandkasse Hannover
33	Organe der Provinzial Lebensversicherung Hannover
36	Organe der Provinzial Krankenversicherung Hannover
38	Sparkassenbeirat der VGH
	Landschaftliche Brandkasse Hannover
42	Lagebericht
60	Jahresabschluss
81	Bestätigungsvermerk
82	Bericht des Aufsichtsrats
84	Corporate Governance
85	Geschäftsentwicklung
	Provinzial Lebensversicherung Hannover
88	Lagebericht
105	Gewinnverwendungsvorschlag
106	Jahresabschluss
140	Bestätigungsvermerk
141	Bericht des Aufsichtsrats
143	Geschäftsentwicklung
	Provinzial Krankenversicherung Hannover AG
146	Lagebericht
157	Gewinnverwendungsvorschlag
158	Jahresabschluss
169	Bestätigungsvermerk
170	Bericht des Aufsichtsrats



Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender der Vorstände

Sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner, liebe Freunde der VGH,

2007 war erneut ein erfolgreiches Jahr für die VGH Versicherungen: Wir haben das Profil der VGH als leistungsstarke Versicherungsgruppe weiter geschärft, neue, innovative Produkte und Dienstleistungen in den Markt gebracht und erfolgreiche Partnerschaften gegründet und ausgebaut.

Mit den Geschäftsergebnissen der VGH-Unternehmen sind wir zufrieden. Der Orkan „Kyrill“ und die weitreichenden Auswirkungen der US-Subprime-Krise sorgten für ein schwieriges Marktumfeld. Vor diesem Hintergrund freuen wir uns insbesondere über das Ergebnis und die Umsatzentwicklung der Landschaftlichen Brandkasse Hannover. Die Beitragsentwicklung liegt mit +0,5 Prozent deutlich über dem Markt (-0,4 Prozent). Dieser Erfolg der Landschaftlichen Brandkasse Hannover und der gute Geschäftsverlauf der Provinzial Lebensversicherung Hannover sowie der Provinzial Krankenversicherung Hannover bestätigen den richtigen Kurs der VGH und motivieren uns, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

„Kyrill“ hat das Ergebnis der Landschaftlichen Brandkasse zwar mit einem Schadensaufwand von 85 Millionen Euro belastet, zugleich aber das gute Renommee des Marktführers in Niedersachsen gestärkt. Mit der schnellen und reibungslosen Regulierung der rund 92 000 Schäden in unserem Geschäftsgebiet stellte die VGH einmal mehr ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis. Unsere Kunden bescheinigten uns auch im Jahr 2007 im Rahmen von Umfragen eine hohe Produkt- und Dienstleistungsqualität. Wie im Vorjahr zählt die VGH zur Spitzengruppe der Versicherer im deutschen Markt.

Der Überschuss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover betrug Ende des Jahres 2007 rund 83 Millionen Euro (Vorjahr: 194 Millionen Euro). Da die VGH keine Aktionärsinteressen zu bedienen hat, profitieren unsere Kunden von diesem guten Ergebnis durch Beitragsrückvergütungen in den Bereichen Hausrat, Haftpflicht und Feuer-Landwirtschaft.

Die Provinzial Lebensversicherung Hannover erzielte ein Geschäftsergebnis von über 170 Millionen Euro (Vorjahr: 216 Millionen Euro). An diesem Überschuss partizipieren unsere Kunden. Die Gewinnbeteiligung für Versicherungsnehmer wurde ab dem Jahr 2008 erhöht: Der laufende Zinsüberschuss steigt von 4,0 auf 4,25 Prozent. Die Gesamtverzinsung der Guthaben einschließlich der Kosten- und Risikogewinne sowie des Schlussgewinns erhöht sich von 5,1 auf 5,3 Prozent.

Das Geschäftsergebnis der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG entwickelte sich trotz der anhaltenden Diskussion um die Gesundheitsreform weiter positiv. Die Beitragseinnahmen stiegen um zehn Prozent auf nunmehr 37 Millionen Euro. Bei der Anzahl der versicherten Personen wies das noch junge Unternehmen gegenüber dem Vorjahr erfreuliche Zuwächse sowohl in der Vollversicherung als auch in der Zusatzversicherung aus: Ende des Jahres 2007 vertrauten 124 000 Niedersachsen der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG.

Die VGH hat den Verbund mit dem Sparkassenverband Niedersachsen und den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg im Jahr 2007 weiter ausgebaut. Damit haben wir einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Neuordnung der öffentlichen Versicherer in Niedersachsen getan. Der Sparkassenverband Niedersachsen übertrug die Ausübung seiner Trägerrechte an den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und der Provinzial Lebensversicherung Hannover auf schuldrechtlicher Basis auf die Brandkasse. Damit verbunden ist die Besetzung der Mandate in den Trägerversammlungen und den Aufsichtsräten.

Darüber hinaus bündelte die VGH die Aktivitäten der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG mit der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG unter dem Dach einer gemeinsamen Holding in Vechta. Diese Kooperation wird die – ohnehin schon sehr gute – Wettbewerbsposition der beiden Unternehmen auch mit Blick auf die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen weiter stärken.

Auf rechtliche Neuerungen, wie die EU-Vermittlerrichtlinie und die VVG-Reform, hat sich die VGH im Jahr 2007 gut vorbereitet. In der Überzeugung, die vor uns liegenden Herausforderungen besser meistern zu können als der Markt, sind wir Anfang des Jahres 2008 pünktlich an den Start gegangen.

Die im vergangenen Jahr erreichten Ziele hätten wir ohne das Vertrauen unserer Kunden, unserer Träger und Partner sowie das große Engagement unserer Mitarbeiter nicht erreicht. Für die stets fruchtbare Zusammenarbeit möchten wir uns deshalb sehr herzlich bedanken. Wir freuen uns, gemeinsam mit Ihnen auch das Jahr 2008 erfolgreich zu gestalten!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'H. I. P.' followed by a stylized flourish.

Der Vorstand der VGH

„Der Verbund wächst – was bedeutet das für Ihren Verantwortungsbereich?“



Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender der Vorstände

„Durch die Erweiterung des Verbundes haben wir als VGH unsere herausragende Position im niedersächsischen Versicherungsmarkt weiter gefestigt. Die effiziente Kooperation einer Gruppe starker Versicherer in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt und unsere erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Sparkassen sind Ausdruck von Verlässlichkeit. Und genau darauf kommt es in einem sich wandelnden Markt mit gestiegenen Kundenerwartungen auch an.“



Jochen Herdecke
Mitglied der Vorstände

„Kooperation im wachsenden Verbund bedeutet für mich: Bündelung der Kräfte. Dies gilt im regionalen Markt, aber auch in Bereichen wie der Informationstechnologie. Hier erzielen wir mit unseren Verbundpartnern Synergien, indem wir Leistungen bündeln und bei der Produktentwicklung zusammenarbeiten.“



Hermann Kasten
Mitglied der Vorstände

„In einem größeren regionalen Verbund sehe ich gerade für den Vertrieb erhebliche Potenziale. Schon jetzt sind wir mit unseren zwei Vertriebs-säulen – der eigenen Außendienstorganisation mit über 600 Vertretungen und der Sparkassenorganisation mit 1 200 Geschäftsstellen – sehr nah am Kunden. Dieses gut funktionierende System bietet unschlagbare Vorteile für unsere Kunden, unsere Partner und die VGH Versicherungen.“



Thomas Krüger
Mitglied der Vorstände

„Die demografische Entwicklung bietet für uns als Lebensversicherer interessante Perspektiven: Durch die wachsende Zahl älterer Menschen und die Erosion der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme erhalten Vorsorgekonzepte für Gesundheit und Alter einen immer höheren Stellenwert. Die VGH profitiert davon durch erhebliche Zuwächse bei privaten Fondsrenten und Riesterverträgen. Der größte Teil dieses Neugeschäfts wird über die Sparkassen vermittelt – ein starkes Argument für den Verbund.“



Franz Thole
Mitglied der Vorstände

„Die VGH arbeitet eng mit der Öffentlichen Versicherung Bremen, mit den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt, mit den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung zusammen. Darin spiegelt sich auch die Dezentralität und Regionalität unserer Geschäftspolitik wider – ein großer Vorteil mit Blick auf unsere dichte Vertriebsstruktur, sichere Arbeitsplätze und größtmögliche Kundennähe.“



Thomas Vorholt
Mitglied der Vorstände

„Mit unserem lückenlosen Angebot an Kompositversicherungen, einer effizienten Schadenregulierung und professioneller Beratung sichern wir uns das Vertrauen unserer Kunden. Diese haben uns auch im Jahr 2007 eine hohe Produkt- und Dienstleistungsqualität bescheinigt: Wie im Vorjahr zählt die VGH zur Spitzengruppe der Versicherer im deutschen Markt. Das kommt natürlich auch unseren Partnern im Verbund zugute.“



Die VGH – Partner für Niedersachsen

Die VGH Versicherungen sind traditionell mit dem Land Niedersachsen verbunden. Eine ausgeprägte Kundennähe kennzeichnet unser Unternehmen, seine geschäftspolitische Strategie und deren Umsetzung im Vertrieb. Auf dieser Grundlage gestalten wir Zukunft: So ist die institutionelle Kooperation der VGH mit dem Sparkassenverband Niedersachsen, die Ende der 80er-Jahre begründet wurde, im Verlauf des Jahres 2007 deutlich ausgebaut worden. Darüber hinaus haben wir zukunftsstarke Partnerschaften gegründet und existierende Kooperationen ausgebaut. Die VGH hat damit einen wichtigen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Versicherungslandschaft in Niedersachsen geleistet und den Sparkassen-Finanzverbund entscheidend fortentwickelt.



Der Goldene Flügel vor dramatisch bewölktem Himmel symbolisierte das Literaturfest Niedersachsen 2007, das von der VGH-Stiftung ausgerichtet wurde

Vier Unternehmen – eine Marke

Die VGH Versicherungen entstanden als Gruppe vor gut 50 Jahren durch den Zusammenschluss der 1750 gegründeten Landschaftlichen Brandkasse Hannover und der Provinzial Lebensversicherung Hannover von 1918. Gemeinsam mit der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG (1996) und der Provinzial Pensionskasse Hannover AG (2002) bilden sie unter einem Markendach die größte Einheit der öffentlichen Versicherer in Niedersachsen. Die VGH steht mit einer umfangreichen Palette an Versicherungsdienstleistungen für ein lückenloses Angebot bei Schaden- und Personenversicherungen. Seit jeher sind wir Marktführer in den Regionen unseres Geschäftsgebiets.

Landschaftliche Brandkasse Hannover

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover ist aus sechs ehemaligen Brandversicherungsanstalten der historischen Landschaften von Calenberg-Grubenhagen einschließlich des Oberharzes, Hildesheim, Lüneburg, Hoya-Diepholz, Osnabrück und Bremen-Verden hervorgegangen. Bis heute sind diese historischen Landschaften – gemeinsam mit der gemeinnützigen Emsländischen Landschaft – die Träger der Brandkasse.

Provinzial Lebensversicherung Hannover

Die Provinzial Lebensversicherung Hannover ist seit der Bildung der Versicherungsgruppe Hannover im Jahr 1957 ebenfalls der Trägerverantwortung der Landschaften unterstellt und – wie die Landschaftliche Brandkasse Hannover – eine Anstalt des öffentlichen Rechts.

Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Im Jahr 2002 wurde die VGH um die Provinzial Pensionskasse Hannover AG erweitert. Die Provinzial Pensionskasse Hannover AG bietet Unternehmen innovative Produkte zur betrieblichen Altersvorsorge ihrer Mitarbeiter.

Provinzial Krankenversicherung Hannover AG

Die 1996 gegründete Provinzial Krankenversicherung Hannover AG schloss im Jahr 2007 eine Kooperation mit der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG in Vechta. Die beiden Krankenversicherer führen ihre Marken in rechtlicher Selbstständigkeit unter einer gemeinsamen Holding fort. Gemeinsames Ziel ist es, ein Kompetenzzentrum für die private Krankenversicherung in Vechta auszubauen.



Starke Kooperationspartner:
Dr. Joseph Schweer (links),
Aufsichtsratsvorsitzender der
ALTE OLDENBURGER Beteiligungs-
gesellschaft AG, mit Vorstand

Verbund stärken – Selbstständigkeit wahren

Das Beteiligungsmodell, das der Kooperation der beiden niedersächsischen Krankenversicherer zugrunde liegt, hat Tradition bei der VGH. Schon frühzeitig hatten sich die VGH Versicherungen und die niedersächsischen Sparkassen als dezentral aufgestellte Dienstleister zu einem Verbund zusammengeschlossen. Daraus entstand Ende der 1980er-Jahre eine strategische Kooperation der VGH mit dem Sparkassenverband Niedersachsen.

Die im Verlauf der 1990er-Jahre begründeten Beteiligungen der VGH und des Sparkassenverbandes Niedersachsen an mehreren öffentlichen Versicherungen folgten dem sogenannten Bremer Modell: Dieses wurde in den 1980er-Jahren begründet, als sich die Landschaftliche Brandkasse Hannover, später auch die Sparkassen Bremen und Bremerhaven sowie die Bremer Landesbank an der Feuerversicherungsanstalt der Freien Hansestadt Bremen beteiligten. Seit Anfang der 1990er-Jahre firmiert die Feuerversicherungsanstalt als Öffentliche Versicherung Bremen (ÖVB). Die Eingliederung der ÖVB in den Verbund und ihre Eigenständigkeit hat ihre Marktführerschaft gefestigt. Auch bei den nachfolgenden Beteiligungen an den öffentlichen Versicherungen in Sachsen-Anhalt, Ostfriesland und Oldenburg wurden Selbstständigkeit und Identität der Unternehmen gewahrt.

Um den Ausbau und die Stärkung des Verbundes ging es auch bei der im Jahr 2007 beschlossenen Erweiterung der Kooperation mit den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg, an denen die Landschaftliche Brandkasse Hannover und der Sparkassenverband Niedersachsen seit Mitte der 1990er-Jahre beteiligt sind. Im vergangenen Jahr wurde dieser Verbund mit der Einbindung der Sparkassen und den Vertretern der Region Oldenburg in die Gremien der Landschaftlichen Brandkasse Hannover als „Versicherungsverbund der Regionen“ fortentwickelt.



Beeindruckende Marktdurchdringung:
mit zwei Millionen Kunden ist die VGH
der größte Versicherer Niedersachsens

Der Sparkassenverband Niedersachsen hat im Jahr 2007 die Ausübung seiner Trägerrechte an den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und an der Provinzial Lebensversicherung Hannover im Wege der Treuhand auf die Landschaftliche Brandkasse Hannover übertragen. Seitdem übt die Landschaftliche Brandkasse Hannover die Trägerrechte zu 90 Prozent an den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und zu 100 Prozent an der Provinzial Lebensversicherung Hannover aus. Der Sparkassenverband erhielt dafür acht Gast-Mandate im Brandkassenausschuss, dem höchsten Trägerorgan der Landschaftlichen Brandkasse Hannover. Die Region Oldenburg hat in diesem Gremium entsprechend drei Sitze. Der Vorstandsvorsitzende der Öffentlichen Versicherungen Oldenburg ist seither Mitglied im Vorstand der VGH.

Diese Veränderungen markieren eine wichtige Weichenstellung: Der Versicherungsstandort Niedersachsen wird durch den Ausbau des Verbundes nachhaltig gestärkt und entwickelt aussichtsreiche Perspektiven für seine Zukunft. Die bisherigen Erfolgsparameter der Partner – Markennamen, dezentrale Aufstellung, regionale Marktbearbeitung – bleiben erhalten. Durch das dezentrale Beteiligungsmodell trägt die VGH gleichzeitig dazu bei, Arbeitsplätze in den Regionen in Niedersachsen zu sichern.

Die VGH – größter öffentlicher Versicherer in Niedersachsen

Rund zwei Millionen Kunden schenken ihr Vertrauen der VGH. Insgesamt führt unser Unternehmen in seinem Bestand rund 5,5 Millionen Versicherungsverträge. Daraus resultiert eine beeindruckende Marktdurchdringung: Ein Drittel aller Wohngebäude und zwei Drittel aller Landwirtschaftsbetriebe in Niedersachsen sind bei der VGH versichert. Jede fünfte Kraftfahrzeug- und Hausratversicherung sowie jede zehnte Lebensversicherung werden von uns betreut. Mehr als 124 000 Personen haben sich für eine Krankenversicherung bei der VGH entschieden.



Arbeitgeber mit sozialer Kompetenz:
Kinderbetreuung bei der Sommerferien-
aktion der VGH

Kundennähe – der Schlüssel zum Erfolg

Der Markterfolg der VGH resultiert aus der Konzentration unseres Unternehmens auf sein Stammland Niedersachsen: Durch die Fokussierung auf den Heimatmarkt verfügt die VGH über ein enges, flächendeckendes Vertriebsnetz. Zwölf Regionaldirektionen steuern den Vertrieb. Sie kooperieren mit über 600 selbstständigen Versicherungskaufleuten und deren rund 1 300 Mitarbeitern. Hinzu kommen 46 Sparkassen und Landesbausparkassen mit über 1 200 Geschäftsstellen, in denen VGH-Produkte angeboten werden.

Kunden profitieren vom VGH-Erfolg

Vom Erfolg der VGH profitieren in erster Linie unsere Kunden. Ein wichtiger Vorteil ergibt sich daraus, dass die VGH als öffentlich-rechtlicher Versicherer keine Aktionärsinteressen zu bedienen hat. Überschüsse, die nicht zur Bildung neuen Eigenkapitals verwendet werden, fließen in Form von Beitragsrückerstattungen und Direktgutschriften an die Versicherungsnehmer zurück – ein unverkennbares Zeichen der Verbundenheit mit unseren Kunden.

Die VGH – ein zuverlässiger Arbeitgeber

Die VGH ist ein zuverlässiger Arbeitgeber, für den direkt und mittelbar insgesamt rund 4 500 Menschen tätig sind. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit von 16 Jahren belegt, dass die VGH ein hohes Ansehen bei ihren Mitarbeitern genießt. Darüber hinaus leistet das Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur qualifizierten Nachwuchsausbildung. Ein Beleg dafür aus jüngerer Zeit: Beim Bildungswettbewerb der Deutschen Versicherungswirtschaft haben Auszubildende der VGH im Jahr 2007 mit ihrem Ausbildungskonzept „Außendienst als Chance“ den ersten Platz belegt.

Partnerschaft mit gegenseitigem Nutzen

Die große Verantwortung der VGH gegenüber ihren Kunden und Mitarbeitern und die enge Bindung an ihre Region hat sich über Generationen zu einer Partnerschaft mit gegenseitigem Nutzen entwickelt. So profitieren die Menschen im Geschäftsgebiet der VGH vom besonderen Engagement des Unternehmens.

Wieder gut platziert: die VGH auf dem Reitturnier „German Classics“ 2007 in Hannover



Gemeinwohl fördern – in der Region

Die VGH unterstützt das Gemeinwohl traditionell mit ihrem sozialen, kulturellen und sportlichen Engagement. Viele Bürger kommen in den Genuss von Spenden und Sponsorings der VGH sowie der zum 250. Jubiläum der Landschaftlichen Brandkasse Hannover gegründeten VGH-Stiftung.

Im Jahr 2007 hat die VGH ausgewählte Wettbewerbe, Ausstellungen und Preisverleihungen initiiert, finanziell unterstützt und sich in Projekten für Niedersachsen stark gemacht: So stiftete unser Unternehmen beim internationalen, hochkarätig besetzten Reitturnier „German Classics“ den mit 20 000 Euro dotierten „Preis der VGH Versicherungen“. Ihn sicherte sich Roger Yves Bost auf seinem Pferd Jalis de Riverland. Anna Lena Götz hatte beim nachwuchsorientierten Dobrock-Turnier in Wingst die Nase vorn. Ein weiteres Highlight bildete der VGH-Renntag auf der Neuen Bult in Langenhagen, an dem 9 000 begeisterte Zuschauer teilnahmen.

Seit nunmehr sieben Jahren sponsert die VGH gemeinsam mit dem Landesfußballverband Niedersachsen den VGH-Fairness-Cup. Bei diesem Wettbewerb geht es um faires Verhalten auf dem Fußballplatz. Im Jahr 2007 nahmen weit über 1 000 Teams teil. Der TSC Dorste aus dem Einzugsgebiet der VGH-Regionaldirektion Göttingen holte sich den begehrten Pokal bereits zum vierten Mal. Zum zweiten Mal gehört die Mannschaft zu den zehn fairsten in Niedersachsen.

Den Einsatz von Ehrenamtlichen ehrten die Landesregierung, die Sparkassen und die VGH im Jahr 2007 zum vierten Mal in einer Gemeinschaftsveranstaltung. Preise im Gesamtwert von 32 400 Euro gingen im Rahmen des Wettbewerbs „Unbezahlbar und Freiwillig“ an zwölf ausgezeichnete Projekte.



VGH-Fotopreis 2007: Sieger bei den Profis war Christian Burkert mit seiner Serie „Kirche auf Reise“

Christian Burkert aus Hannover und Christine Höfelmeyer aus Lilienthal sind die Sieger des VGH-Fotowettbewerbs 2007. Der mit insgesamt 10 000 Euro dotierte sechste VGH-Fotopreis stand unter dem Motto „Kultur in Niedersachsen“.

Ökologisches Engagement – nach außen und nach innen

Als gesellschaftlich verantwortliches Unternehmen leistet die VGH zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen einen aktiven Beitrag. Dies geschieht in erster Linie auf der Produktebene: So können durch unsere Leistungen bei Schäden negative Umwelteinwirkungen vermindert werden. Beratungsleistungen zur Schadenverhütung haben ebenfalls einen positiven Umwelteffekt. Neben der ökologischen Ausrichtung im Kerngeschäft engagiert sich die VGH in der öffentlichen Debatte zu Umweltthemen und forciert das konkrete nachhaltige Handeln im Geschäftsalltag.

Im Rahmen unserer 2007 geschaffenen Symposienreihe „Zukunft für Niedersachsen“ diskutieren Experten über zentrale ökologische Herausforderungen wie etwa den Klimawandel oder die Energieproblematik. Während des ersten Symposiums in der VGH-Direktion in Hannover stand auch das Thema „Versicherung von Naturgefahren in Zeiten des Klimawandels“ auf der Tagesordnung. Die zweite Veranstaltung wurde zeitgleich mit Europas größter Landtechnik-Messe, der Agritechnica, ausgetragen. Unter der Leitfrage „Kommt das Gold der Zukunft aus dem Ackerbau?“ griff die VGH als größter Agrarversicherer des Landes gemeinsam mit dem Landvolk Niedersachsen die aktuelle Debatte um nachwachsende Rohstoffe auf – ein Thema, das viele unserer Kunden unmittelbar betrifft. So sind rund 130 Biogasanlagen bei der VGH versichert.

Auch intern nehmen wir unsere ökologische Verantwortung ernst: Die VGH ist seit dem Jahr 2000 zertifiziertes Ökoprotit-Unternehmen. Das ökologische Projekt für integrierte Umwelttechnik (Ökoprotit®) ist eine Kooperation zwischen Kommunen und Betrieben, bei der sich die beteiligten Unternehmen über betriebliche Möglichkeiten der Umwelt- und Ressourcenschonung austauschen. Ziel ist es, in den Bereichen Energie, Wasser, Abfall



Umweltbewusst:
Neubau Warmbüchenkamp, Hannover
 (Modellfoto)

und Emissionen, aber auch bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen zu signifikanten Einsparungen zu kommen. Die Umweltbeauftragte der VGH und die „Gruppe Ökowerk“, die aus Mitarbeitern von Fachabteilungen wie Einkauf, EDV und Bau besteht, prüfen Optimierungspotenziale und setzen diese in die Praxis um. So werden beispielsweise neue Büromöbel je nach Herstellungsverfahren und Wiederverwertbarkeit ihrer Bestandteile ausgewählt. Im internen Geschäftsbetrieb verwendet die VGH ausschließlich Recyclingpapier.

Nachhaltigkeit lautet auch das Stichwort beim Neubau der VGH am Warmbüchenkamp in Hannover. Auf der Basis eines Maßnahmenkatalogs zu den Themen „Energiesparen“, „Umwelt schonen“ und „Gesundheitsverträglichkeit“ wird die Realisierung des Projekts unter ökologischen Gesichtspunkten sichergestellt. Sowohl bei Gebäudeplanung und Baustoffen wie auch bei der Konzeption der Haustechnik achten wir auf größtmögliche Ressourcenschonung. So ist geplant, die Gebäude an das vorhandene städtische Fernwärmenetz anzuschließen. Bei zu öffnenden Fenstern wird durch den Verzicht auf eine herkömmliche Klimatisierung der Büroflächen eine erhebliche Einsparung von elektrischer Energie erreicht. Bei der vorgesehenen Bauteilkühlung wird die benötigte Kälte zu großen Anteilen der Atmosphäre entzogen. Durch die geplante Wärmerückgewinnungsanlage wird es eine weitere Energieeinsparung geben.

Auf dem Dach des Gebäudes im Schiffgraben entsteht bis Mitte des Jahres 2008 eine Photovoltaikanlage zur Stromeinspeisung. Der Bau einer Photovoltaik- und/oder einer Solaranlage zur Brauchwassererwärmung wird derzeit für den Neubau am Warmbüchenkamp untersucht.

Unser Partner in Bremen:
Öffentliche Versicherung Bremen



**Frank Müller-Hübner,
Sprecher des Vorstands der
Öffentlichen Versicherung
Bremen**

„Herr Müller-Hübner, die ÖVB stand Pate für das Beteiligungsmodell der VGH. Hat sich die Partnerschaft mit ihren Trägern bewährt?“

„Das Trägermodell – die Beteiligung der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, der Sparkassen Bremen und Bremerhaven sowie der Bremer Landesbank an der ÖVB, der früheren Feuerversicherungsanstalt der Freien Hansestadt Bremen – hat sich zum Vorteil für die ÖVB entwickelt. Wir konnten unsere Produktpalette erweitern und unseren Vertrieb über die VGH und Sparkassen ausbauen. Dadurch hat sich die ÖVB als Marktführer behaupten können.“

Daten & Fakten der Öffentliche Versicherung Bremen:

Gegründet 1920 als Feuerversicherungsanstalt der Freien Hansestadt Bremen

Zahl der Mitarbeiter:

Innendienst:	42
hauptberuflicher Außendienst:	35
Auszubildende:	3

Gebuchte Bruttobeitragseinnahmen 2007: 22,6 Millionen Euro

Vertragsbestand 2007: 101 857



Glanzvoller Auftakt:
Eva Mattes und Oliver Urbanski eröffnen
das Literaturfest Niedersachsen 2007

Kinder und Jugendliche im Blick – das Engagement der VGH-Stiftung 2007

Die VGH-Stiftung hat im Jahr 2007 gemeinsam mit den VGH-Regionaldirektionen und den Landschaften eine Reihe von Projekten in den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Miltätigkeit gefördert oder selbst durchgeführt. Ein Thema zog sich dabei wie ein roter Faden durch das gesamte Stiftungsjahr: die Vermittlung von kulturellen Werten und Inhalten an Kinder und Jugendliche.

Für die VGH-Stiftung ist dieses Thema nicht neu: Schon seit ihrer Gründung im Jahr 2000 bemüht sie sich, junge Menschen für das breite kulturelle Angebot in Niedersachsen und Bremen zu interessieren. Das ist nicht einfach in einer Zeit, in der sich die Kultur gegenüber Computerspielen und TV-Angeboten behaupten muss. Jedoch unterstreichen die verschiedenen PISA-Studien die Wichtigkeit einer gezielten Vermittlung kultureller Werte und Kenntnisse. Ein direkter Zusammenhang zwischen übermäßigem Medienkonsum und sinkenden Leistungen in der Schule ist laut einer Untersuchung des Kriminologischen Instituts Niedersachsen erwiesen.



Im Lesefieber:
Teilnehmer des Julius-Clubs

„Und sie lesen doch!“

Mit der Initiative „Julius – Jugend liest und schreibt“ will die VGH-Stiftung Alternativen in der Freizeitgestaltung aufzeigen. Kern dieser Initiative ist der 2007 gemeinsam mit der Büchereizentrale Niedersachsen gestartete Julius-Club. Mit einem breiten Angebot an spannenden Buchtiteln und vielfältigen Aktionen rund ums Lesen fordert das Maskottchen Julius Teilnehmer zwischen 11 und 14 Jahren dazu auf, die Sommermonate mit spannenden Geschichten und Erzählungen zu verbringen. Die Resonanz war groß: Auf über 230 Veranstaltungen wurden mehr als 3 000 Bücher zur Verfügung gestellt. Von den mehr als 3 700 Teilnehmern erhielten rund 2 800 ein Julius-Diplom, für das sie mindestens drei Bücher gelesen haben mussten. Auch die Presse begleitete die Aktion mit großem Interesse. Im April 2008 erfolgte der Startschuss für den nächsten Julius-Club.

Bibliotheken als Kommunikationstreffpunkt

Mit dem Bibliothekspreis will die VGH-Stiftung die Bedeutung von Bibliotheken für das Gemeinwohl hervorheben und diese in ihrer Arbeit unterstützen. Preisträger des Jahres 2007 ist die Stadtbibliothek Verden: Sie bildet in den Augen der Jury nicht nur einen wichtigen Kommunikationstreffpunkt in ihrer Stadt, sondern richtet zudem ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse junger Menschen.

Der Preis für kleinere Bibliotheken in Städten und Gemeinden unter 15 000 Einwohnern ging an die Bücherei Elbmarsch in Marschacht. Einen Sonderpreis für hervorragende Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Kräften erhielt die Katholische Öffentliche Bücherei Haselünne.



Tiere im Museum:
Zilla Leutenegger, Polar bear, 2007
Courtesy Galerie Peter Kilchmann,
Zürich

Ab ins Museum!

Museen sind außerschulische Orte des Lernens und Erlebens. Für anspruchsvolle museumspädagogische Konzepte fehlt jedoch häufig das entsprechende Budget. Der „Förderpreis Museumspädagogik“ der VGH-Stiftung unterstützt Museen mit einem Zuschuss von je 3 500 Euro dabei, innovative Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. 2007 erhielten sechs Museen den Preis. Ihre Angebote reichen von spannenden Ausgrabungen über kindgerechte Ergänzungen von Dauerausstellungen bis hin zur Gestaltung eigener Ausstellungen durch Kinder. Seit der erstmaligen Vergabe des Preises konnten 35 Projekte verwirklicht werden.

„Expedition ins Tierreich“

Die VGH-Stiftung unterstützt daneben Ausstellungsprojekte, die sich speziell an ein junges Publikum richten, wie beispielsweise die „Expedition ins Tierreich“ im Sprengel Museum in Hannover. Sie beschäftigt sich mit der Darstellung von Tieren in Werken der Museumsammlung. So trifft man bei Nikki de Saint Phalle und Kurt Schwitters auf bunte Fabelwesen. Phillip Zaiser lässt einen großen Elsterschwarm im Museum innehalten und Zilla Leutenegger zeigt in ihrer Videoarbeit, wie ein kleines Mädchen scheinbar einen Bären zähmt.

„Zwischen Himmel und Erde“

Auch beim Literaturfest Niedersachsen unter dem Titel „Zwischen Himmel und Erde“ gab es für Kinder einiges zu entdecken, darunter eine Gruselnacht mit Schauergeschichten sowie eine literarische Reise zu Wolkenpanthern und Himmelspiraten. Großes Interesse auch bei den erwachsenen Besuchern: Auf die stimmungsvolle Auftaktveranstaltung mit Eva Mattes folgten Programme mit Julia Hansen und Christian Brückner zum Traum vom Fliegen. Anna Thalbach erzählte von der kleinen Anna und deren Zwiegespräch mit Gott, während der Pilot Uwe Thomas Carstensen über seinen Flug „In 80 Tagen um die Welt“ berichtete.



**Spannendes Literaturprogramm:
Junge Besucher des Literaturfestes
Niedersachsen und Frank Sommer**

Zahlreiche Einträge im Gästebuch zeugten davon, dass nicht nur die Besucher, sondern auch die Künstler die besondere Atmosphäre des Literaturfestes Niedersachsen zu schätzen wissen: „Es ist etwas Besonderes, bei Ihnen lesen zu dürfen“, fasste der Münchner Krimiautor Friedrich Ani die Stimmung zusammen.

**Junge Literatur für ein junges
Publikum – LiteraTour Nord ist
unterwegs**

Mehr als 300 Gäste kamen in die VGH Versicherungen Hannover, um die Vergabe des Preises der LiteraTour Nord an Thomas Hürlimann mitzuerleben. Der Schweizer Autor hatte sich bei der Lesereise gegen fünf andere Autoren durchgesetzt und durfte im Rahmen einer Feierstunde den mit 15 000 Euro dotierten Preis entgegennehmen. Seit 2006 ist die VGH-Stiftung Partnerin der LiteraTour Nord, die jährlich in Oldenburg, Bremen, Lübeck, Lüneburg und Hannover stattfindet. Besonders für junge Literaturinteressierte und Studenten bietet die Rundfahrt eine gute Gelegenheit, zeitgenössische Autoren kennenzulernen und sich über Literatur auszutauschen.

Ohne Geschichte keine Zukunft

Zur Vermittlung kultureller Werte an die junge Generation muss die Geschichte unserer Region erforscht, erhalten und erzählt werden. Auch dabei hilft die VGH-Stiftung – etwa durch ein Projekt zur Erforschung von musikalischen Archivalien aus den Beständen der sechs Lüneburger Heideklöster. Auf der Rückseite historischer Einbände waren zahlreiche bislang unbekannte Musikhandschriften aus der Zeit vom 10. bis zum 17. Jahrhundert entdeckt worden. Diese werden nun gesichtet, archiviert, auf historischen Instrumenten vertont und auf sechs CDs vorgestellt.

Unser Partner in Sachsen-Anhalt:
Öffentliche Versicherungen Sachsen-Anhalt



**Dr. Friedrich Leffler,
Vorstandsvorsitzender der
Öffentlichen Versicherungen
Sachsen-Anhalt**

„Herr Dr. Leffler, worin sehen Sie die Vorteile der Verbundkooperation?“

„Die Weichen für ein erfolgreiches Wachstum der ÖSA Versicherungen wurden früh gestellt. Ganz wichtig waren zwei Dinge dabei: die Orientierung durch die VGH auf eine strikt regionale Ausrichtung der öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen in Sachsen-Anhalt und unsere feste Verankerung in der Sparkassen-Finanzgruppe von Anfang an. Auf dieser guten geschäftspolitischen Grundlage praktizieren wir seit Jahren mit Gewinn eine Bündelung der Kräfte zwischen Hannover und Magdeburg. Vor allem in der Technik, bei der Rückversicherung und im Kapitalanlagebereich nutzen wir Synergiepotenziale.“

Daten & Fakten der Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt:

Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, gegründet 1991 durch Landtagsbeschluss

Zahl der Mitarbeiter:

Innendienst:	235
hauptberuflicher Außendienst:	30
Auszubildende:	11

Gebuchte Bruttobeitragseinnahmen 2007: 171,1 Millionen Euro

Vertragsbestand 2007: 695 494

Brandkassenausschuss (Trägerversammlung) der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

D. Horst Hirschler

Landesbischof i. R., Abt zu Loccum,
Präsident der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Rehburg-Loccum, Krs. Nienburg,
Vorsitzender

Adolf Freiherr v. Wangenheim

Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat a. D.
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
stellv. Vorsitzender bis 31. 12. 2007

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
stellv. Vorsitzender seit 1. 1. 2008

Volkmar v. Alten

Landschaftsrat, Landwirt, Gut Söderhof,
Söderhof, Krs. Wolfenbüttel

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des
ehem. Fürstentums Osnabrück, Melle

Andreas Graf v. Bernstorff

Rechtsanwalt, Notar a. D.,
Land- und Ritterschaftssyndikus, Celle

Dr. h. c. Martin Biermann

Oberbürgermeister, Landschaftsrat, Celle

Henning Binnewies

Oberbürgermeister, Goslar,
seit 4. 6. 2007

Heinrich Blanke

Bürgermeister a. D., Grasberg,
Krs. Osterholz

Hermann Bröring

Landrat, Präsident der Emsländischen
Landschaft e. V., Meppen

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

Rainer Fabel

Landwirt, Landschaftsrat, Suhlendorf,
Krs. Uelzen

Dietrich Freiherr v. Hake

Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Rittergut Ohr, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

Gebhard Graf v. Hardenberg

Landwirt, Landschaftsrat, Rittergut
Wolbrechtshausen, Krs. Northeim,
seit 1. 1. 2008

Dr. Otmar Hesse

Oberbürgermeister a. D., Goslar,
bis 4. 6. 2007

Burchard Hillmann-Köster

Landwirt, Uenzen, Krs. Diepholz,
bis 31. 12. 2007

Goetz von Hohnhorst

Forstwirt, Präs. Landschaftsrat der Landschaft
des ehem. Fürstentums Lüneburg,
Hohnhorst, Krs. Celle

Dieter Hüsemann

Bürgermeister, Landschaftsrat,
Rehburg-Loccum, Krs. Nienburg

August Kappey

Landwirt, Negenborn/Einbeck,
Krs. Northeim

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn

Adolf Knölke

Landwirt, Landschaftsrat, Gehrden,
Region Hannover

Lothar Koch

MdL, Landschaftsrat,
Duderstadt, Krs. Göttingen

Horst Lüking

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg

Ulrich Mädge

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Lüneburg

Herbert Meistering

Stadtdirektor a. D., Landschaftsrat, Hameln,
bis 4. 6. 2007

Joh. Arendt Meyer zu Wehdel

Landwirt, Landschaftsrat, Badbergen,
Krs. Osnabrück

Georg Rahlfs

Kreislandwirt, Landschaftsrat, Adelheidsdorf,
Krs. Celle

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Stade,
seit 12. 7. 2007

Hans Heinrich Rohlfing

Landwirtschaftsmeister, Landschaftsrat,
Emmerthal, Krs. Hameln-Pyrmont

Erich Sander

Ing. agr., Landwirt, Nette, Krs. Hildesheim

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister, Diepholz

Friedrich Sieling

Landwirtschaftsmeister, Bürgermeister,
Wietzen, Krs. Nienburg,
seit 1. 1. 2008

Reinhard Sliwka

Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück

Jürgen Stegemann

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Präsident der
Hoya-Diepholz'schen Landschaft,
Rittergut Mehringen, Hilgermissen,
Krs. Nienburg

Dr. Hans-Detlev Freiherr v. Stietencron

Rittergut Welsede, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

Hans-Peter Suermann

Erster Stadtrat, Landschaftsrat, Göttingen

Gerhard Teichmann

Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Gleichen, Krs. Göttingen

Gerhard Walter

Bürgermeister, Herzberg, Krs. Osterode,
seit 4. 6. 2007

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover

Beratende Mitglieder

Klaus Brandes

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Verden,
Verden,
seit 20. 6. 2007

Alwin Brinkmann

Oberbürgermeister, Emden
seit 20. 6. 2007

Klaus-Henning Demuth

Bürgermeister a. D., Bad Pyrmont,
vom 20. 6. 2007 bis 31. 1. 2008

Dr. Theodor Elster

Landrat, Uelzen,
seit 20. 6. 2007

Albert Focke

Landrat, Vechta,
seit 20. 6. 2007

Martin Grapentin

Landessparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands
Landessparkasse zu Oldenburg, Oldenburg,
seit 20. 6. 2007

Hans-Heinrich Hahne

Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Schaumburg, Rinteln,
seit 20. 6. 2007

Dr. Karl Friedrich Harms

Präsident der Industrie- und Handelskammer
Oldenburg, Oldenburg,
seit 20. 6. 2007

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück,
seit 20. 6. 2007

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover,
seit 20. 6. 2007

Prof. Dr. Gerd Schwandner

Oberbürgermeister, Oldenburg,
seit 20. 6. 2007

Aufsichtsrat der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Ehrenvorsitzender

Adolf Freiherr v. Wangenheim

Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat a. D.
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
Ehrenvorsitzender

Ordentliche Mitglieder

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
Vorsitzender

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender

Jochen Berendsohn

Vorsitzender des örtlichen Personalrats der
VGH-Direktion, Hannover,
2. stellv. Vorsitzender

Uwe Allner

Abteilungsleiter der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hildesheim

Volkmar v. Alten

Landschaftsrat, Landwirt, Gut Söderhof,
Söderhof, Krs. Wolfenbüttel

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des ehem.
Fürstentums Osnabrück, Melle

Hermann Bröring

Landrat, Präsident der Emsländischen
Landschaft e. V., Meppen

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

Wolfgang Denia

Landesbezirksleiter a. D., Gewerkschaft ver.di,
Hannover

Anja Felstehausen

Gewerkschaftssekretärin,
Gewerkschaft ver.di, Bremen

Gabriele Kasten

Angestellte der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hannover,
Ersatzmitglied seit 1.2.2008

Horst Lüking

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg

Bernd Meyer

Senator a. D., Verbandsdirektor,
Verband der Wohnungswirtschaft
in Niedersachsen und Bremen e. V., Hannover

Nadine Nebel

Schulungsleiterin der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hannover

Georg Rahlfs

Kreislandwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle

Dr. Manfred Sohn

Angestellter der Landschaftlichen Brandkasse
Hannover, Hannover,
Mandat ruht ab 1. 2. 2008

Jürgen Stegemann

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Präsident der
Hoya-Diepholz'schen Landschaft,
Rittergut Mehringen, Hilgermissen,
Krs. Nienburg

Klaus Treiber

Dipl.-Kfm., Steuerberater,
Wirtschaftsprüfer,
Gehrden, Region Hannover

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover

Stellvertretende Mitglieder

Andreas Graf v. Bernstorff

Rechtsanwalt, Notar a. D.,
Land- und Ritterschaftssyndikus, Celle

Henning Binnewies

Oberbürgermeister, Goslar,
seit 6. 12. 2007

Dietrich Freiherr v. Hake

Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Rittergut Ohr, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn,
seit 20. 3. 2007

Adolf Knölke

Landwirt, Landschaftsrat, Gehrden,
Region Hannover

Stephan Ph. Kühne

Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstands der
Deutschen Messe AG, Hannover

Frank-Peter Oppenborn

Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co.KG,
Hannover

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Stade,
seit 6. 12. 2007

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister, Diepholz

Reinhard Sliwka

Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück

Hans-Peter Suermann

Erster Stadtrat, Landschaftsrat, Göttingen

Beratende Mitglieder**Dr. Josef Bernhard Hentschel**

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Osnabrück, Osnabrück

Werner Hilse

Landwirt, Präsident des Landvolks
Niedersachsen Landesbauernverband e. V.,
Hannover

Prof. Dr. Stefan Homburg

Lehrstuhl Öffentliche Finanzen,
Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover,
Hannover

Stephan Ph. Kühne

Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstands der
Deutschen Messe AG, Hannover

Frank-Peter Oppenborn

Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co.KG,
Hannover

Prof. Dr. Gerd Schwandner

Oberbürgermeister, Oldenburg,
seit 20. 6. 2007

Fritz Stegen

Präsident der Landwirtschaftskammer
Niedersachsen, Oldenburg

Vorstand und Direktoren der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Vorstand

Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender

Bernd Schnabel
stellvertretender Vorsitzender
bis 31. 12. 2007

Jochen Herdecke

Hermann Kasten

Thomas Krüger
seit 1. 12. 2007
Verantwortlicher Aktuar
seit 1. 1. 2008

Franz Thole
seit 1. 7. 2007

Thomas Vorholt

Direktoren

Frank Müller-Hübner

Hans-Georg Walther

Uwe Weinkopf
Verantwortlicher Aktuar
bis 31. 12. 2007

Trägerversammlung der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Adolf Freiherr v. Wangenheim

Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat a. D.
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
Vorsitzender bis 31. 12. 2007

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
Vorsitzender seit 1. 1. 2008

Hermann Bröring

Landrat, Vorsitzender der Versammlung
und des Vorstandsvorstands des Sparkassenver-
bandes Niedersachsen, Meppen,
stellv. Vorsitzender

Klaus Brandes

Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Kreissparkasse Verden,
Verden

Helene Hofmann

Bürgermeisterin, Bad Sachsa,
Krs. Osterode

Goetz von Hohnhorst

Forstwirt, Präs. Landschaftsrat der Landschaft des
ehem. Fürstentums Lüneburg,
Hohnhorst, Krs. Celle

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn,
seit 20. 3. 2007

Heinz Lüers

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Harburg-Buxtehude, Hamburg

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Thomas Pötsch

Dipl.-Ök., Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Stadtparkasse Burgdorf, Burgdorf

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Stade,
seit 6. 12. 2007

Erich Sander

Ing. agr., Landwirt, Nette, Krs. Hildesheim

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover,
seit 1. 1. 2008

Aufsichtsrat der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
Vorsitzender

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender

Heinz Wösten

Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der VGH,
Hannover,
2. stellv. Vorsitzender

Volkmar v. Alten

Landschaftsrat, Landwirt, Gut Söderhof,
Söderhof, Krs. Wolfenbüttel,
bis 6. 12. 2007

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des
ehem. Fürstentums Osnabrück, Melle

Kai-Uwe Bielefeld

Landrat, Cuxhaven

Dr. h. c. Martin Biermann

Oberbürgermeister, Landschaftsrat, Celle

Henning Binnewies

Oberbürgermeister, Goslar,
seit 6. 12. 2007

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

Heinrich Eggers

Landrat, Nienburg/Weser,
bis 31. 1. 2008

Michael Feldnick

Angestellter der Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hannover

Hans-Peter Fitschen

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Stade, Stade

Birgit Harste

Abteilungsleiterin der Provinzial Lebens-
versicherung Hannover, Hannover

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück, Osnabrück

Konrad Huhmann

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Melle, Melle

Achim Japtok

Gebietsleiter der Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hildesheim

Horst Lükling

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg

Christoph Meister

Landesfachbereichsleiter, Gewerkschaft ver.di,
Hannover

Andreas Plate

Angestellter der Provinzial
Lebensversicherung Hannover, Hannover

Dr. Hannes Rehm

Vorsitzender des Vorstands der
Norddeutschen Landesbank Girozentrale,
Hannover

Christel Schack-Ristau

Gewerkschaftssekretärin, Gewerkschaft ver.di,
Lüneburg

Reinhard Schermann

Landrat, Göttingen,
seit 13. 2. 2008

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister, Diepholz

Vorstand, Direktoren und Treuhänder der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Vorstand

Dr. Robert Pohlhausen

Vorsitzender

Bernd Schnabel

stellvertretender Vorsitzender

bis 31.12.2007

Jochen Herdecke

Hermann Kasten

Thomas Krüger

seit 1.12.2007

Verantwortlicher Aktuar

seit 1.1.2008

Franz Thole

seit 1.7.2007

Thomas Vorholt

Direktoren

Frank Müller-Hübner

Hans-Georg Walther

Uwe Weinkopf

Verantwortlicher Aktuar

bis 31.12.2007

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Peter Plathe

Hans-Peter Tiemann

Stellvertreter

Aufsichtsrat, Vorstand und Prokuristen der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG

Aufsichtsrat

Dr. Joseph Schweer

Regierungspräsident a. D., Oldenburg,
Vorsitzender ab 9. 8. 2007

Dr. Robert Pohlhausen

Vorsitzender des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Hannover, Vorsitzender bis 8. 8. 2007,
ab 9. 8. 2007 ordentliches Mitglied des
Aufsichtsrats

Günter Distelrath

Verbandsgeschäftsführer des
Sparkassenverbands Niedersachsen,
Hannover, stellv. Vorsitzender

Manfred Göddeke

Geschäftsführer i. R., Edeweicht,
ab 9. 8. 2007

Jürgen Hösel

Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Peine, Peine

Heinz Knorr

Syndikus der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hannover,
vom 1. 1. 2007 bis 8. 8. 2007

Frank Müller-Hübner

Direktor der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Hannover, vom 1. 1. 2007 bis 8. 8. 2007

Bernd Schnabel

stellv. Vorsitzender des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Hannover, bis 31. 12. 2007

Franz Thole

Mitglied des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Hannover, ab 1. 1. 2008

Vorstand

Uwe Weinkopf

Vorsitzender bis 31. 12. 2007

Dr. Ulrich Knemeyer

Vorsitzender ab 1. 1. 2008

Andreas Dienst

ab 1. 10. 2007

Georg Hake

ab 1. 9. 2007

Prokuristen

Günter Israel

Andreas Möller

Angelika Müller

Volker Pätzold

Jens-Uwe Scherf

Hans-Georg Walther

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Peter Plathe

Hans-Peter Tiemann

Stellvertreter

Sparkassenbeirat der VGH

Günter Distelrath

Verbandsgeschäftsführer des Sparkassenverbandes Niedersachsen, Hannover, Vorsitzender

Ernst-Otto Bahr

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Fallingbostal in Walsrode, Walsrode

Dr. Guido Brune

Mitglied des Vorstands der Bremer Landesbank, Bremen

Manfred Driemeier

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Osnabrück, Osnabrück

Hinrich Ernst

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Aurich-Norden in Ostfriesland, Aurich

Hans Hartmann

Administrateur Délégué Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A., Luxembourg, bis 30.9.2007

Ingo Hinrichs

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Emsland, Meppen

Jürgen Hösel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Peine, Peine

Dr. Heinrich Jagau

Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Hannover, Hannover

Dirk Köhler

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg, seit 20.3.2007

Wolfgang Lamot

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde, Zeven

Achim Monzel

Abteilungsleiter beim Sparkassenverband
Niedersachsen, Hannover

Klaus Rymarczyk

Direktor, Mitglied des Vorstands der
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse
Berlin – Hannover, Hannover

Wolfgang Schult

Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Stade-Altes Land,
Stade

Rolf Watermann

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands
der Sparkasse Schaumburg, Rinteln

Helmut Weermann

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands
der Sparkasse Emden, Emden

Ulrich Weiterer

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Goslar/Harz, Goslar

Unser Partner in Oldenburg:
Öffentliche Versicherungen Oldenburg



Franz Thole,
Vorstandsvorsitzender der
Öffentlichen Versicherungen
Oldenburg

„Herr Thole, welche Chancen bietet die im Jahr 2007 vertiefte Kooperation mit der VGH für Ihr Unternehmen?“

„Der Versicherungsstandort Niedersachsen und insbesondere die Region Oldenburg werden nachhaltig gestärkt. Unsere bisherigen Erfolgsgaranten – der eigene Markenname, die Selbstständigkeit und dezentrale Aufstellung sowie die regionale Identität und Marktbearbeitung – bleiben erhalten bei gleichzeitiger dauerhafter Einbindung in die S-Finanzgruppe.“

Daten & Fakten der Öffentlichen Versicherungen Oldenburg:

Oldenburgische Landesbrandkasse, gegründet 1764

Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, gegründet 1923

Zahl der Mitarbeiter

Innendienst:	305
hauptberuflicher Außendienst:	191
Auszubildende:	42

Gebuchte Bruttobeitragseinnahmen 2007: 200,3 Millionen Euro

Vertragsbestand 2007: 1 001 109

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Nach dem starken Aufschwung im Jahr 2006 hat sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland in 2007 trotz der dämpfenden Effekte der Mehrwertsteuererhöhung nur leicht abgeschwächt. Insgesamt ist die deutsche Volkswirtschaft im Berichtsjahr nochmals um rund 2,5 Prozent gewachsen. Getragen wurde die wirtschaftliche Entwicklung von den Unternehmensinvestitionen und dem Export, während der private Konsum stagnierte. Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte, auf die über 80 Prozent der Versicherungsnachfrage entfallen, hat sich bisher noch nicht spürbar gebessert. Der Preisanstieg lag im Jahresdurchschnitt um 2 Prozent, hat sich aber gegen Jahresende beschleunigt. Am Arbeitsmarkt ist eine deutliche Besserung zu verzeichnen.

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat an der verbesserten konjunkturellen Grundstimmung der letzten beiden Jahre kaum partizipieren können. Die Beitragseinnahmen der Schaden- und Unfallversicherer sind gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozent gesunken. Die Versicherungsnachfrage in Deutschland hat sich zwar weiterhin stabil entwickelt, ist aber im historischen und internationalen Vergleich schwach geblieben. Neben der Kraftfahrtversicherung (–1,8 Prozent) weist insbesondere die Industrielle Sachversicherung (–2,9 Prozent) rückläufige Beitragseinnahmen auf.

Demgegenüber steht ein deutlicher Anstieg der Aufwendungen für Geschäftsjahreschäden um ca. 7 Prozent, der vor allem durch den Orkan „Kyrill“ zu Jahresbeginn verursacht wurde. Die kombinierte Schaden-/Kostenquote in der Schaden- und Unfallversicherung stieg insgesamt auf ca. 95 Prozent (Vorjahr: 89 Prozent). *

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten war von der Krise am US-Immobilienmarkt geprägt. Die Kapitalmarktzinsen standen auch in Deutschland im Zeichen der hohen Nachfrage nach sicheren Anlagen. Die Rendite von öffentlichen Anleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren ging von 4,6 Prozent im Juni bis auf 4,1 Prozent im November zurück. Nachdem die Aktienmärkte im Frühsommer noch mehrjährige Höchststände erreicht hatten, war die Aktienkursentwicklung im Juli unter Druck geraten. Die wichtigen Leitindizes gaben zeitweilig deutlich nach, vor allem bei den Dividentiteln aus dem Finanzsektor kam es zu kräftigen Kurseinbußen. Bis zum Jahresende war zwar eine Erholung zu verzeichnen, eine erhebliche Unsicherheit über die künftige Aktienkursentwicklung bleibt jedoch bestehen.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die gesamten Beitragseinnahmen der Brandkasse stiegen entgegen dem Markttrend um 0,4 Prozent auf 929,7 Millionen Euro.

Das selbst abgeschlossene Geschäft erreichte ein Beitragsvolumen von 881,3 Millionen Euro und lag mit 0,5 Prozent über dem Vorjahreswert. Der marktweiten Beitragserosion,

* alle Marktdaten laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.

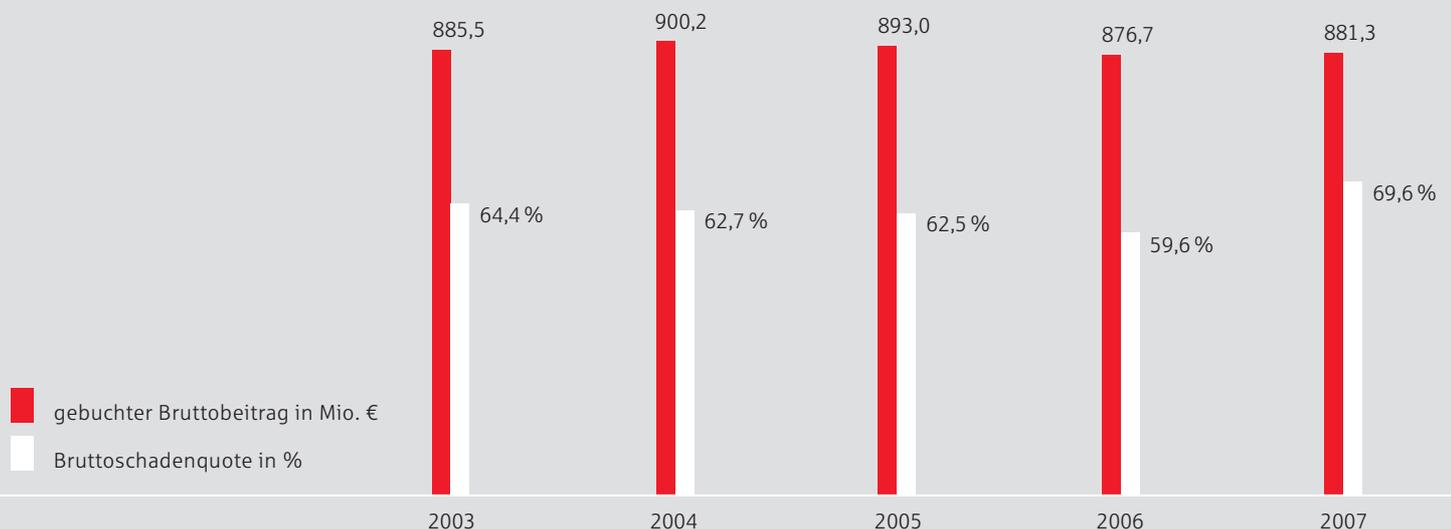
vor allem in den Sparten Kraftfahrt und Industrie, konnten wir mit einer ausgewogenen Preis- und Vertriebsstrategie erfolgreich begegnen, ohne die Ertragserwartungen einschränken zu müssen.

Die Brutto-Schadenquote nach Abwicklung lag im Geschäftsjahr bei 69,6 Prozent (Vorjahr 59,6 Prozent). Der Anstieg ist weitgehend durch das Orkanereignis „Kyrill“ verursacht, das die versicherungstechnische Rechnung mit 85 Millionen Euro belastete. Weitere Groß- und Kumulschäden waren nur in einem geringen Umfang zu verzeichnen. Trotz umfassender Investitionen in qualifiziertes Personal, effiziente Prozesse und kundennahe Vertriebsstrukturen konnte die Kostenquote mit 23,1 Prozent (Vorjahr 22,9 Prozent) auf einem im Marktvergleich sehr guten Niveau gehalten werden.

Die Combined-Ratio als Summe aus Schaden- und Kostenquote liegt trotz der erheblichen Belastung aus dem Orkan „Kyrill“ mit 92,7 Prozent deutlich unter Marktdurchschnitt von geschätzten 95 Prozent.

Die Unsicherheiten auf den Kapitalmärkten haben die Erträge im Aktien- und Fondsbereich in Teilen belastet. Demgegenüber konnte unser Engagement im Immobilien- und Beteiligungsbereich einen entsprechenden Ergebnisausgleich schaffen. Das Kapitalanlageergebnis von 83,5 Millionen Euro entspricht einer Nettoverzinsung von 3,5 Prozent. Veräußerungsgewinnen aus Grundstücken von 31,6 Millionen Euro steht hierbei eine Einstellung in den Sonderposten nach § 6 b EStG gegenüber. Die stillen Reserven in Kapitalanlagen betragen 9,5 Prozent.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote selbst abgeschlossenes Geschäft



Überschussverwendung

Vor Ertragsteuern und Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbleibt ein erwirtschafteter Bruttoüberschuss von 82,9 Millionen Euro.

Aufgrund positiver Spartenergebnisse können der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 30,0 Millionen Euro zugeführt werden. Das Gesamtergebnis erfordert einen Steueraufwand von 22,9 Millionen Euro. Das Eigenkapital wird durch Zuführung in die Rücklagen um 30,0 Millionen Euro gestärkt.

Beitragsrückerstattung

Im Geschäftsjahr haben wir 19,9 Millionen Euro an unsere Kunden als erfolgsabhängige Beitragsrückgewähr ausgezahlt. Aus dem laufenden Geschäftsergebnis führen wir der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erneut 30,0 Millionen Euro zu.

Für ungekündigte Verträge sind für das Jahr 2008 die in der Tabelle aufgezeigten Rückvergütungssätze festgelegt.

Sparte	Rückvergütung	Voraussetzungen
Hausrat*	20 %	nicht rabattierte Verträge der Tarife ab VHB 2000
Privat-Haftpflicht*	10 %	ab dem 1. 1. 1995 gültige Tarife mit 2 556 Tausend Euro Pauschaldeckung oder alle Tarife ab HT 96
Feuer-Landwirtschaft	15 %	empfohlene Brandschutzmaßnahmen akzeptiert

* weitere Voraussetzung: Vertrag war im Vorjahr schadenfrei

Hervorragende Bewertungen durch Rating-Agenturen

Die Brandkasse hat bei der jährlichen Aktualisierung der Ratings ihre guten Bewertungen behaupten können. In allen aktuellen Produktratings des Finanz- und Wirtschaftsdienstes „map-report“ erreichte sie die Bestnote „mmm“. Zum achten Mal in Folge wurde die sehr gute Bewertung für langjährig hervorragende Leistungen in der Autoversicherung bestätigt.

Das Beratungsunternehmen MSR Consulting aus Köln bewertet jährlich die Kundenzufriedenheit deutscher Versicherungsunternehmen. Basierend auf einer umfassenden Kundenbefragung wurde der Brandkasse erneut das KUBUS-Gütesiegel „Hervorragend“ verliehen. Insbesondere in den Kategorien Gesamtzufriedenheit, Produktangebot, Betreuungsqualität, Schadenabwicklung überzeugten die Leistungen unseres Unternehmens, der Mitarbeiter und der Vertriebswege.

Beim Standard & Poor's-Rating erreichte die Brandkasse zum wiederholten Mal mit dem „Api“ die höchste zurzeit im Markt vergebene PI-Ratingbewertung und wird weiterhin der Spitzengruppe zugeordnet.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Unfallversicherung

Die Geschäftsentwicklung in der Allgemeinen Unfallversicherung war geprägt von einer steigenden Anzahl an Neuverträgen und sinkenden Stornoraten. Der in den Vorjahren zu beobachtende Bestandsrückgang konnte aufgehalten werden. Nach Einführung der Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückerstattung (UBR) im Jahr 2005 stieg die Nachfrage zu diesem Produkt stetig an. Die UBR trägt wesentlich zu der marktüberdurchschnittlichen Beitragsentwicklung bei.

Aufgrund der dynamisierten Beitragsanpassung und der guten Neugeschäftsentwicklung im Bereich der UBR war ein Beitragszuwachs um 4,1 Prozent auf 54,3 Millionen Euro (Markt: 1,0 Prozent) zu verzeichnen. Die Schadenquote lag mit 37,7 Prozent auf dem guten Vorjahresniveau.

Die Bestandsentwicklung der Insassenunfallversicherung war getragen von unserem erfolgreichen Produkt „VGH Fahrer Plus“. Bei dieser Versicherung erhält der Fahrer mit Ausnahme eines Schmerzensgeldanspruchs einen Versicherungsschutz entsprechend den Haftpflichtansprüchen eines unverschuldet geschädigten Unfallopfers. Durch Bestandsverluste in der klassischen Insassenunfallversicherung war insgesamt jedoch ein Beitragsrückgang um 6,2 Prozent auf 3,5 Millionen Euro zu verzeichnen.

Haftpflichtversicherung

Der Preis- und Bedingungs Wettbewerb hielt in der Haftpflichtversicherung unvermindert an. In diesem schwierigen Umfeld verbesserten wir dennoch unsere Marktposition – sowohl im Firmenkunden- als auch im Privatkundengeschäft. Der Vertragsbestand konnte erneut gesteigert werden; die Beitragseinnahmen erhöhten sich um 2,0 Prozent (Markt: 1,0 Prozent) auf 100,6 Millionen Euro. Unsere Sanierungsaktivitäten bei stark schadenbelasteten Verträgen in den letzten Jahren trugen dazu bei, dass wir weiterhin eine günstige Schadensituation verzeichnen konnten. Die Schadenquote lag bei 35,5 Prozent (Vorjahr: 41,8 Prozent).

Das landwirtschaftliche Haftpflichtgeschäft hat sich erwartungsgemäß leicht rückläufig entwickelt, da der Strukturwandel in der Landwirtschaft die Bestandsentwicklung beeinflusst. Durch Einführung eines neuen Tarifs und intensive Bestandsarbeit konnten wir unseren traditionell hohen Marktanteil auf dem Niveau des Vorjahres halten.

Aufgrund des guten Spartenergebnisses können der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 6,5 Millionen Euro zugeführt werden.

Kraftfahrtversicherung

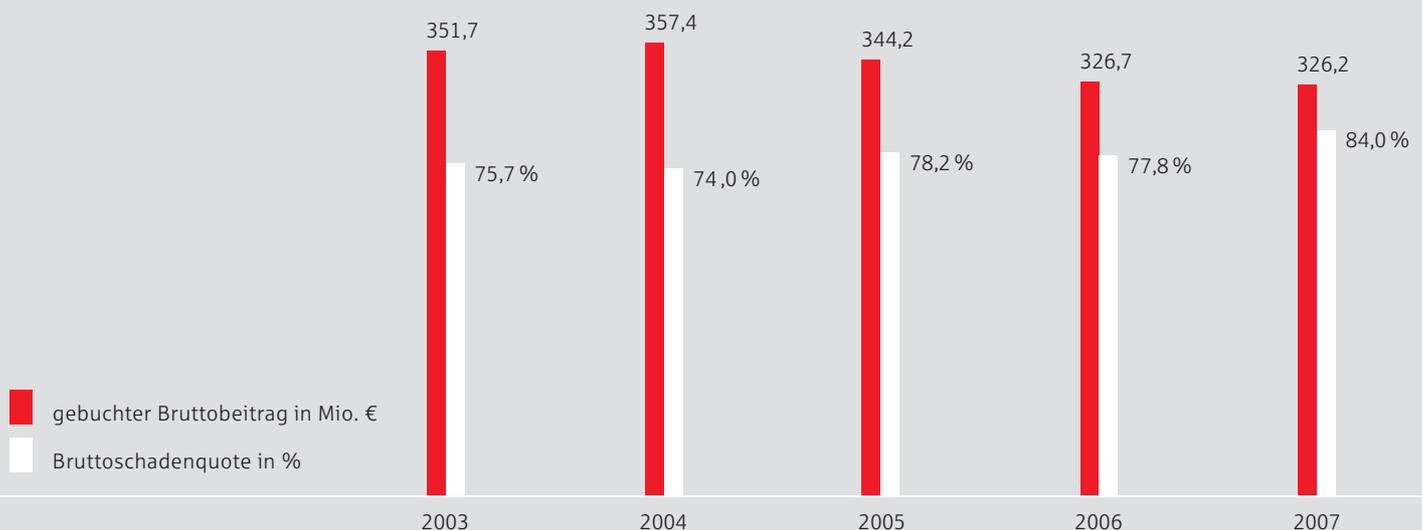
Die Mehrwertsteuererhöhung zum Jahreswechsel 2006/2007 führte im Pkw-Segment zu vorgezogenen Fahrzeugkäufen. Die dadurch entstandenen niedrigeren Zulassungszahlen im ersten Quartal konnten auch im weiteren Jahresverlauf nicht ausgeglichen werden. Mit 3,15 Millionen Stück lagen die Pkw-Neuzulassungen damit auf dem nied-

rigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Diese Entwicklung führte zu einem teilweise ruinösen Verdrängungswettbewerb. Im Markt sind zunehmend Zweitstarife mit verringertem Leistungsumfang und damit niedrigen Tarifbeiträgen zu beobachten. Außerdem zeigte sich der Trend zur Absenkung des Tarifniveaus auch bei den Standardtarifen. Infolgedessen ging die Bruttobeitragseinnahme im Markt um 1,8 Prozent zurück. Erstmals seit 2002 wird die Autoversicherung marktweit wieder einen versicherungstechnischen Verlust ausweisen.

Auf den anhaltenden Wettbewerb hat die Brandkasse mit einem verbesserten Verkaufstarif und zahlreichen vertrieblichen Maßnahmen reagiert. Aus Ertragsaspekten wurde jedoch eine Beitragsangleichung im Bestand durchgeführt. Insgesamt verzeichnete die Brandkasse im Jahreswechselgeschäft 2006/2007 nur geringe Bestandsverluste. Während diese im Pkw-Segment durch die unterjährige Produktion ausgeglichen werden konnten, ergab sich für den Gesamtbestand sogar ein Zuwachs von 0,8 Prozent.

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2007 Mio. €	in % zum Vorjahr	2007 %	2006 %
Kraftfahrt-Haftpflicht	195,2	-0,5	88,6	81,0
Kraftfahrt-Vollkasko	102,0	1,1	82,4	78,0
Kraftfahrt-Teilkasko	29,0	-1,7	58,6	56,2
Kraftfahrt gesamt	326,2	-0,1	84,0	77,8

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Kraftfahrtversicherungen gesamt



Der im September des Geschäftsjahres eingeführte Kfz-Tarif konnte beim Vergleich der Zeitschrift Finanztest bei vier von acht Modellkunden eine Spitzenplatzierung erreichen. Nur Direkt- und Internetversicherer ohne Außendienst – zum Teil mit ihren Basistarifen – waren im Vergleich zur Brandkasse preislich leicht besser platziert.

Die Beitragseinnahmen in den Kraftfahrt-Sparten waren mit 326,2 Millionen Euro annähernd auf dem Niveau des Vorjahres (326,7 Millionen Euro). Jedoch konnte sich die Brandkasse nicht vom Markttrend steigender Schadenstückzahlen abkoppeln. Die Schadenquote verschlechterte sich auf 84,0 Prozent (Vorjahr: 77,8 Prozent). Insgesamt verbleibt ein technisches Nettoergebnis vor Schwankungsrückstellung von 3,5 Millionen Euro.

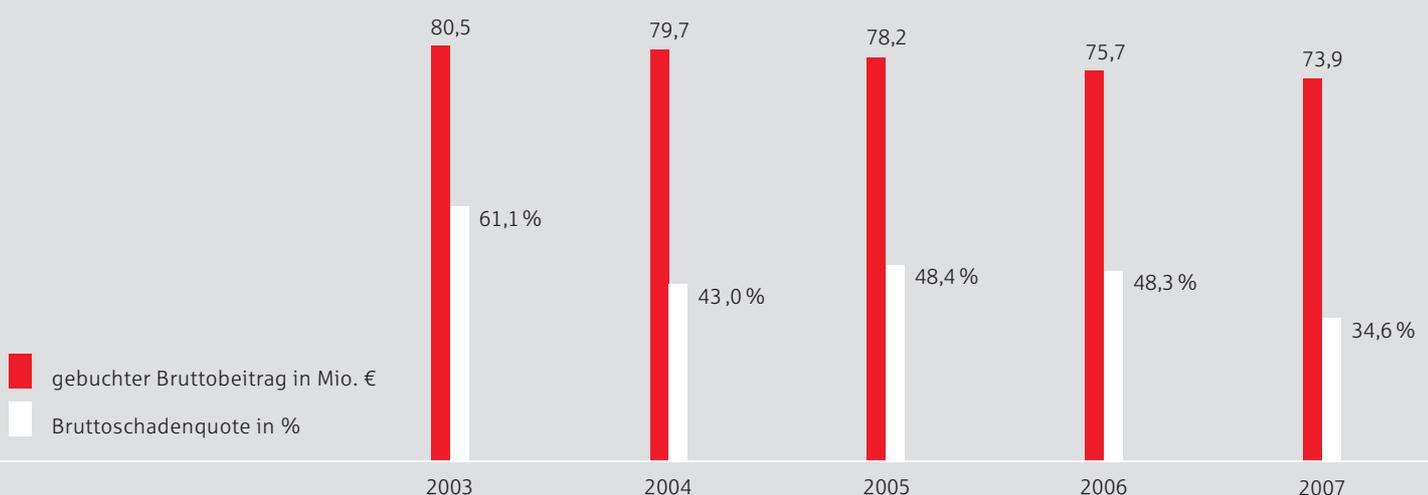
Feuerversicherung

Die Beitragseinnahmen in der Feuerversicherung gingen um 2,4 Prozent auf 73,9 Millionen Euro zurück. Da die Anzahl der Feuerschäden deutlich unter dem Vorjahreswert lag und Großschäden nicht eingetreten sind, verringerte sich die Schadenquote auf 34,6 Prozent (Vorjahr: 48,3 Prozent).

In der industriellen Feuerversicherung begann Ende 2004 ein erneuter Preiswettbewerb, der sich im Geschäftsjahr unvermindert fortsetzte. Die Anzahl der Verträge stieg um 2,1 Prozent, die Beiträge gingen dennoch um 8,2 Prozent zurück. Die Schadenbelastung war im Geschäftsjahr gering.

In der sonstigen Feuerversicherung hat sich der Wettbewerb ebenfalls verschärft. Dies wurde insbesondere bei den europaweiten Ausschreibungen der Niedersächsischen Kommunen deutlich. In dieser Kundengruppe sind Prämienverluste zu verzeichnen, im

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Feuerversicherung gesamt



klassischen Gewerbegeschäft konnten die Beitragseinnahmen leicht gesteigert werden. Insgesamt lag die Beitragseinnahme um 1,6 Prozent unter dem Vorjahreswert. Rückläufige Schadenstückzahlen und das Ausbleiben von größeren Feuerschäden entlasteten auch in diesem Spartensegment die Schadenquote, die im Geschäftsjahr bei 41,9 Prozent lag (Vorjahr: 49,1 Prozent).

Trotz unserer Marktführerschaft verzeichneten wir in der landwirtschaftlichen Feuerversicherung nur einen moderaten Bestands- und Beitragsrückgang. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat sich erwartungsgemäß fortgesetzt. Der Verdrängungswettbewerb um die weiterhin wirtschaftenden und in Zukunft wachsenden Betriebe verschärft sich weiter. Auf die sich neu bildenden Märkte im Bereich der Energieerzeugung haben wir mit umfangreichen Beratungen vor Ort und angepassten Versicherungskonzepten reagiert. Das Spartenergebnis ermöglicht, der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 8,5 Millionen Euro zuzuführen. Die Rückvergütung an unsere landwirtschaftlichen Kunden wird fortgeführt.

Verbundene Gebäudeversicherung

In der Wohngebäudeversicherung wurden nach einem erneuten Einbruch der Baukonjunktur und der unverändert starken Konkurrenzsituation im Neubaubereich deutlich weniger Neuverträge abgeschlossen. Die Beitragseinnahmen lagen mit 140,6 Millionen Euro um 0,2 Prozent unter denen des Vorjahres (Markt: +1,5 Prozent).

Das Orkanereignis „Kyrill“ vom 18./19. Januar hat in Deutschland Schäden von geschätzten 4,5 Milliarden Euro verursacht. Die versicherten Schäden belaufen sich auf ca. 2,4 Milliarden Euro. Obwohl der Schwerpunkt des Orkans nicht über Niedersachsen lag, hat „Kyrill“ auch im Geschäftsgebiet der Brandkasse erhebliche Schäden verursacht. 75.000 Schäden mit einem Schadenaufwand von 61 Millionen Euro haben die Sparte belastet. Die Schadenquote in der Sparte Verbundene Wohngebäude erhöhte sich aufgrund dessen auf 111,5 Prozent (Vorjahr: 62,1 Prozent).

Die erhebliche Sturmbelastung in dieser Sparte überlagerte die problematische Entwicklung im Leitungswasserbereich. Seit mehreren Jahren verläuft die Untersparte defizitär. Daher werden wir die eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen konsequent weiterverfolgen.

Verbundene Hausratversicherung

Die Sparte Verbundene Hausratversicherung erzielte ein Beitragsvolumen von 65,3 Millionen Euro und lag mit 0,7 Prozent über dem Vorjahreswert (Markt: –1,0 Prozent). Diese Entwicklung ist umso erfreulicher, da Neugeschäft in diesem weitgehend gesättigten Markt nur noch begrenzt akquiriert werden kann. Die Schadenquote war auch im Berichtsjahr mit 33,7 Prozent (Vorjahr: 34,0 Prozent) gering. An dem guten Spartenergebnis beteiligen wir unsere Kunden und führen der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 15,0 Millionen Euro zu.

Sonstige Sachversicherung

Die in der Vergangenheit eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen mit Schwerpunkten im gewerblichen und kommunalen Geschäft haben sich in der Sparte Leitungswasser positiv ausgewirkt. Die Schadenquote ist jedoch weiterhin zu hoch; sodass die eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen konsequent weitergeführt werden.

Der Schadenaufwand in der Sturmversicherung ist vor allem aufgrund des Sturmereignisses „Kyrill“ weit überproportional gestiegen.

In den technischen Sparten konnte trotz des starken Wettbewerbsdrucks ein Beitragszuwachs erzielt werden. Ausschlaggebend war die Sparte Maschinenversicherung mit einem Wachstum von 5,5 Prozent. Die Elektronikversicherung zeigt ebenfalls einen erfreulichen Beitragsanstieg von 3,3 Prozent. Die Schadenentwicklung verläuft insgesamt sehr günstig.

Die Transportversicherung konnte sich mit einem Beitragswachstum von 2,2 Prozent im schwierigen Markt gut entwickeln. Die Schadenquote lag durch ein deutlich positives Abwicklungsergebnis und Nachverrechnungsbeiträge mit 18,6 Prozent auf sehr niedrigem Niveau.

Die Einbruchdiebstahlversicherung erzielte eine Beitragseinnahme auf dem Niveau des Vorjahres. Die in den letzten Jahren konsequent verfolgten Sanierungsmaßnahmen trugen zu einer sinkenden Schadenanzahl bei.

In der Hagelversicherung verzeichnete die Brandkasse wegen der gestiegenen Erzeugerpreise deutliche Beitragszuwächse (+9,9 Prozent). Die Hagelereignisse in 2007 führten jedoch zu einer Belastung der Schadenquote.

Entwicklung der sonstigen Sachversicherung

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2007 Mio. €	in % zum Vorjahr	2007 %	2006 %
Leitungswasser	16,2	2,8	75,2	81,8
Sturm	16,2	4,4	155,8	38,4
Technische Versicherungen	13,5	4,0	41,7	46,8
Glas	11,4	0,4	55,9	55,9
Einbruch-Diebstahl	11,3	-1,0	54,8	64,0
Transport	3,4	2,2	18,6	53,7
Hagel	2,9	9,9	86,6	41,8

Rechtsschutzversicherung

Der Bestand an Rechtsschutzversicherungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent erhöht. Die Beitragseinnahme stieg um 2,9 Prozent auf 27,5 Millionen Euro. Die Schadenquote lag mit 55,8 Prozent annähernd auf dem Niveau des Vorjahres.

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Die Beitragseinnahme im übernommenen Geschäft betrug 48,4 Millionen Euro (Vorjahr 49,3 Millionen Euro). Das Geschäft wird in erster Linie mit unseren öffentlich-rechtlichen Verbundpartnern gezeichnet. Die Auswirkungen des Orkans „Kyrill“ belastet auch diese Sparte. Die Schadenquote stieg von 45,3 Prozent auf 69,8 Prozent. Nach Entnahme aus den Schwankungsrückstellungen verblieb ein technischer Nettoverlust von 2,1 Millionen Euro.

Kapitalanlagen

Seit Mitte des Jahres hielten die Themen Hypotheken- und Vertrauenskrise im Finanzsektor die Kapitalmärkte fest im Griff. Ausgelöst von der Furcht vor weiteren, nicht näher bezifferbaren Ausfällen im sogenannten Subprime-Bereich korrigierten die international führenden Indizes im November, legten in den darauf folgenden Wochen jedoch wieder zu. Allen voran der DAX, der mit einer Jahresperformance von 22,3 Prozent die Performance-Rangliste der großen Aktienindizes im Jahr 2007 anführte. Die große Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Kapitalmärkte und die damit verbundene Risikoaversion vieler Marktteilnehmer hält unverändert an, was an der Entwicklung der Zinsaufschläge für Unternehmensanleihen und strukturierten Kreditprodukten abzulesen ist. Die Ausweitung der Spreads führte dazu, dass Anleihen mit privaten Schuldern spürbar abgewertet wurden.

Die Rentenmärkte tendierten im Jahresvergleich seitwärts, jedoch mit teilweise hohen Schwankungsbreiten. Aufgrund der schwachen Performance im ersten Halbjahr verblieb für deutsche Staatsanleihen nur ein Ertrag knapp auf Geldmarktniveau. Rentenpapiere mit kurzer Laufzeit entwickelten sich besser als langlaufende Zinspapiere.

Vor dem Hintergrund einer steigenden Inflation und der Befürchtung einer weltwirtschaftlichen Abkühlung bestehen große Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung. Entlastungen für die Inflationsrate lieferte im abgelaufenen Jahr lediglich der US-Dollar, der von einem Rekordtief zum nächsten fiel.

Das Kapitalanlageergebnis der Brandkasse lag mit 83,5 Millionen Euro unter dem Vorjahresergebnis von 125,6 Millionen Euro, das durch Sondereffekte positiv beeinflusst war. Die Nettoverzinsung betrug 3,5 Prozent (Vorjahr: 5,6 Prozent). Das ordentliche Ergebnis aus Kapitalanlagen hat sich um 34,3 Prozent auf 100,3 Millionen Euro erhöht. Das übrige Ergebnis aus Kapitalanlagen beträgt –16,8 Millionen Euro (Vorjahr: +50,9 Millionen Euro). Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 2,9 Prozent auf 2 421,7 Millionen Euro angestiegen. Die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 9,5 Prozent.

Die strategische Neuausrichtung in unserem Immobilienengagement führte bei Grundstücken, Grundstücksgleichen Rechten und Bauten zu Abgängen in Höhe von 39,6 Millionen Euro. Es entstanden hier Abgangsgewinne in Höhe von 31,6 Millionen Euro, die in voller Höhe in den Sonderposten nach § 6 b EStG eingestellt wurden. Abschreibungen wurden in Höhe von 4,9 Millionen Euro vorgenommen; außerplanmäßige Abschreibungen fielen im Geschäftsjahr in Höhe von 2,9 Millionen Euro an. Die durchgerechnete Nettoimmobilienquote beträgt 10,2 Prozent der Kapitalanlagen.

Die Position Verbundene Unternehmen und Beteiligungen ist von 449,9 Millionen Euro auf 456,0 Millionen Euro gestiegen. Abschreibungen wurden in Höhe von 1,4 Millionen Euro vorgenommen.

In Aktien und Investmentanteile wurden 46,3 Millionen Euro investiert, durch Verkäufe in Höhe von 27,9 Millionen Euro entstanden Abgangsgewinne von 1,7 Millionen Euro. In diesem Bereich erfolgte die Allokation eines Großteils des zur Verfügung gestellten Risikokapitals. Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen in Höhe von 4,5 Millionen Euro und Zuschreibung in Höhe von 0,2 Millionen Euro vorgenommen. Die durchgerechnete Bruttoaktienquote betrug zum Stichtag 9,0 Prozent auf Buchwertbasis, Aktienbestände in den Spezialfonds waren teilweise durch derivative Finanzinstrumente gesichert.

In festverzinsliche Wertpapiere wurden 24,0 Millionen Euro investiert. Durch Abgänge flossen 80,7 Millionen Euro zurück, Kursgewinne wurden in Höhe von 0,1 Millionen Euro erzielt. Aufgrund der Zinsentwicklung erfolgten Abschreibungen in Höhe von 0,1 Millionen Euro.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten

Grundstücke	4,6 %		18,8 %	verbundene Unternehmen und Beteiligungen
Wertpapiere	24,2 %		26,2 %	Namenschuldverschreibungen und Namensgenussscheine
Schuldscheinforderungen	21,4 %		4,8 %	sonstige Kapitalanlagen

Bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen waren Zugänge in Höhe von 251,0 Millionen Euro zu verzeichnen, davon entfielen 4,0 Millionen Euro auf die Aktivierung von Zerozinsenträgen. Getilgt bzw. verkauft wurden 149,9 Millionen Euro.

Nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode ergab sich im Berichtsjahr eine laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen von 4,1 Prozent (Vorjahr: 3,2 Prozent).

Schadenmanagement

Schadenmanagement steht in unserem Unternehmen für schnelle, unbürokratische Regulierung und für aktive Hilfestellung im Schadenfall, besonders bei Massenschadensereignissen. Für solche Ereignisse wurde bereits 2003 ein Kumul-Schadenplan entwickelt, der im Januar 2007 erstmals zum Einsatz kam.

Nachdem am 18./19. Januar 2007 der Orkan „Kyrill“ über Nord- und Westdeutschland hinweg gezogen war, trat auf Veranlassung des einberufenen Krisenstabes am 19. Januar der Kumulplan für Massenschäden in Kraft. Er beinhaltet Handlungsanweisungen für die betroffenen Abteilungen, damit eine zügige Umsetzung der Maßnahmen in einer solchen Ausnahmesituation gewährleistet ist. Dazu gehörte auch der umgehende Aufruf an unsere Kunden durch Presse und Rundfunk, die Schäden schnell zu melden.

Das flächendeckende Vertriebsnetz aus Vertretungen und Sparkassen bewies sich auch in der Bewältigung dieser Extremsituation als unsere größte Stärke und als Garant für schnelle Unterstützung unserer betroffenen Kunden. Durch die Erweiterung der Regulierungsvollmachten für unseren Außendienst wurden die Regionaldirektionen bei der Schadenregulierung entlastet und konnten sich auf komplexere Schadenfälle konzentrieren. Unter Einbeziehung von 60 Mitarbeitern und Auszubildenden aus allen Bereichen des Hauses wurde in der Direktion ein Erfassungspool gebildet. Diese Unterstützung und die sehr gute Zusammenarbeit aller betroffenen Bereiche war die Gewähr für die außerordentlich schnelle, unbürokratische und faire Abwicklung der Schäden. Die Bestätigung der guten Regulierung ergab sich aus der anschließend durchgeführten Kundenbefragung.

Zum Jahresende betrug der Aufwand für 92 060 gemeldete Schäden insgesamt 83,4 Millionen Euro. Der Durchschnittsschaden lag bei 900,00 Euro. Damit gehört „Kyrill“ zu den größten Sturmmassenschadensereignissen, die unser Geschäftsgebiet in den letzten 15 Jahren getroffen haben.

Um unsere Kunden im Vorfeld vor extremen Wettersituationen zu warnen, hat die VGH das Unwetterfrühwarnsystem „Wind & Wetter“ flächendeckend eingeführt. Dieser Informationsdienst steht allen Kunden der VGH zur Verfügung.

Schadenverhütung

Die Schadenverhütung hat bei der Brandkasse traditionell einen hohen Stellenwert. Annähernd 5 000 Beratungen bei unseren Kunden aus Landwirtschaft, Kommunen und Gewerbe/Industrie haben zur Risikoverbesserung beigetragen. Besondere Projekte wurden mit den Kundengruppen Kirchen und Kommunen durchgeführt.

Im Rahmen der Brandschutzerziehung bei Kindern und Jugendlichen wurde die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Schulklassenbetreuer der Feuerwehren in besonderem Maße unterstützt. Wiederum sehr erfolgreich waren die Vorfürhungen mit unserem Brandschutzmobil. An 57 Einsatztagen wurden Brandgefahren demonstriert und das Löschen von Kleinbränden mit Handfeuerlöschgeräten geübt. Unser Internetportal zur Schadenprävention hält eine Vielzahl von praktischen Informationen und Tipps für alle Kundengruppen bereit.

Darüber hinaus stellte die Brandkasse für die Schadenverhütung weitere finanzielle Mittel zur Verfügung:

- 9,4 Millionen Euro Feuerschutzsteuer
- 1,0 Millionen Euro freiwillige Leistungen für gezielte Schadenverhütungsarbeit in der Öffentlichkeit und für Einzelberatungen
- 0,7 Millionen Euro neue zinsgünstige Darlehen an Kommunen zur Förderung des Feuerlöschwesens in Niedersachsen.

Verbundene Unternehmen

Im Geschäftsjahr haben die Brandkasse und die ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung von 1927 V.V.a.G. ihre Geschäftsaktivitäten im Bereich der Krankenversicherung unter einer gemeinsamen Holding, an der die Brandkasse zu 60,0 Prozent beteiligt ist, gebündelt. Durch diesen Zusammenschluss sind die Brandkasse und die Alte Oldenburger Beteiligungsgesellschaft AG sowie deren Tochterunternehmen, die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und die Alte Oldenburger Krankenversicherung AG verbundene Unternehmen.

Der Sparkassenverband Niedersachsen hat die Ausübung seiner Trägerrechte an den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg (ÖVO) und der Provinzial Lebensversicherung Hannover am 20. Juni 2007 auf schuldrechtlicher Basis auf die Brandkasse übertragen. Hiermit verbunden ist insbesondere die Besetzung der Mandate in den Trägerversammlungen und den Aufsichtsräten. Durch diese Vereinbarung sind die Brandkasse, die Provinzial Lebensversicherung Hannover und die ÖVO als verbundene Unternehmen einzuordnen.

Die mit der Brandkasse verbundenen Unternehmen sind in den Anhangsangaben auf Seite 72 dieses Geschäftsberichts aufgeführt. Nach § 290 HGB besteht die Verpflichtung, einen Konzernabschluss aufzustellen. Die Veröffentlichung des Konzernabschlusses erfolgt nach Aufstellung und Prüfung im elektronischen Bundesanzeiger.

Mitarbeiter

Die VGH hat in der Kategorie „Berufliche Erstausbildung“ mit ihrem Ausbildungskonzept „Außendienst als Chance“ den Bildungspreis der Deutschen Versicherungswirtschaft, den „InnoWard“, gewonnen. Unter dem Motto „Aus der Branche für die Branche“ haben sich das Berufsbildungswerk der deutschen Versicherungswirtschaft (BWW) e.V., die regionalen Berufsbildungswerke der deutschen Versicherungswirtschaft (BWW Regional) und die Deutsche Versicherungsakademie (DVA) GmbH dieser Aufgabe verpflichtet und in den Bereichen „Berufliche Erstausbildung“ und „Personalentwicklung und Qualifizierung“ je drei Preise ausgelobt. Sechs Auszubildende der VGH entwickelten im Rahmen der Projektarbeit, die bei der VGH Bestandteil der Ausbildung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen ist, das Konzept „Traineeprogramm zur Übernahme einer Vertretung“. Es soll den Nachwuchs befähigen, nach drei Jahren intensiver Vorbereitung, Betreuung und Begleitung eine VGH-Vertretung zu übernehmen. Im Januar 2007 starteten die ersten elf auslernenden Auszubildenden mit dem neuen dreijährigen Traineeprogramm. Somit ist die Möglichkeit geschaffen worden, gut ausgebildeten, ausgelernten Auszubildenden eine Perspektive für eine sehr anspruchsvolle Tätigkeit – die Selbstständigkeit – zu bieten und dem Unternehmen qualifizierten Nachwuchs für die Wiederbesetzung frei werdender Agenturen zu erhalten. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die Ausbildung für die jungen Trainees und für das Unternehmen eine nachhaltige persönliche und vertriebliche Zukunft eröffnet.

Für qualifizierten Nachwuchs sind weiterhin Investitionen geplant. Deshalb gibt es ab Januar 2008 ein neues Angebot für auslernende Auszubildende: Sie haben jetzt die Chance, im „Sprungbrett“ für zwei Jahre in ein Entwicklungsprogramm zu gehen, in dem sie bedarfsgerecht im gesamten VGH-Gebiet eingesetzt werden. Durch wechselnde Einsätze können sie so breit gefächerte Berufserfahrung sammeln, ihre Flexibilität unter Beweis stellen und damit letztlich ihre beruflichen Chancen erhöhen.

Die VGH verfolgt weiterhin eine kontinuierliche, vorsichtige Stellenentwicklung und bleibt ein attraktiver Arbeitgeber mit vielfältigen Berufschancen. Sie beschäftigt insgesamt 1.885 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und leistet damit als niedersächsisches Unternehmen einen bedeutenden Anteil zur Einkommenserzielung privater und öffentlicher Haushalte in der Region.

Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen und Sparkassen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen, insbesondere bei der schnellen und unbürokratischen Regulierung der „Kyrill“-Schäden. Alle haben wesentlich zum Erfolg unserer Unternehmen im Geschäftsjahr 2007 beigetragen. Auch den Personalräten und der Frauenbeauftragten danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Risiko-Management-System der Brandkasse ist seit mehreren Jahren etabliert und wird von der Internen Revision in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen. Wir untergliedern das Gesamtrisiko in folgende Kategorien:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft
- Risiken aus Kapitalanlagen
- Operationale Risiken

Versicherungstechnisches Risiko

Das Prämien-/Schadenrisiko in der Schaden- und Unfallversicherung besteht darin, dass der Umfang der im Vorhinein festgesetzten Prämien nicht ausreicht, um die zukünftigen Schadenaufwendungen abzudecken. Im Rahmen unserer Tarifierungsmodelle, etablierter Zeichnungsrichtlinien sowie der kontinuierlichen Überwachung des Schadenverlaufs passen wir unsere Tarifierungs- und Annahmepolitik zeitnah an erwartete Schadenssituationen an.

Als Regionalversicherer mit hohem Marktanteil in der Gebäudeversicherung kommt dem Sturmrisiko eine besondere Bedeutung zu. Wegen des Kumulcharakters kann sich dort ein Schadenereignis erheblich auf die Ertragslage auswirken. Zusammen mit den Rückversicherern errechnen wir regelmäßig einen möglichen Höchstschaden als Basis für die Größenordnung und Struktur des Rückversicherungsprogramms. Über unsere sicherheitsorientierte Rückversicherungspolitik begrenzen wir bei allen versicherungstechnischen Risiken sowohl die maximale Schadenbelastung als auch unerwünschte Schwankungen hinsichtlich größerer Schäden aus einzelnen Policen.

Das Reserverisiko aus der Unsicherheit bei der Schadenreservierung wird insbesondere in Sparten mit länger andauernder Regulierung durch laufende Beobachtung der Schadenbestände und Schadenleistungen minimiert. Die Reservequalität wird grundsätzlich für den Gesamtbestand durch interne mathematisch-stochastische Controlling-Verfahren sowie im Großschadenbereich durch externe Gutachter regelmäßig überprüft.

Entwicklung des Schadenrisikos (Gesamtgeschäft)

Jahr	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Schadenquote feR	70,8	72,9	68,2	71,7	78,3	66,1	64,7	64,7	62,3	70,6
Abwicklungsergebnis feR (in % der Eingangsrückstellung)	9,1	7,9	7,4	5,7	6,9	5,2	6,3	5,7	5,7	5,9

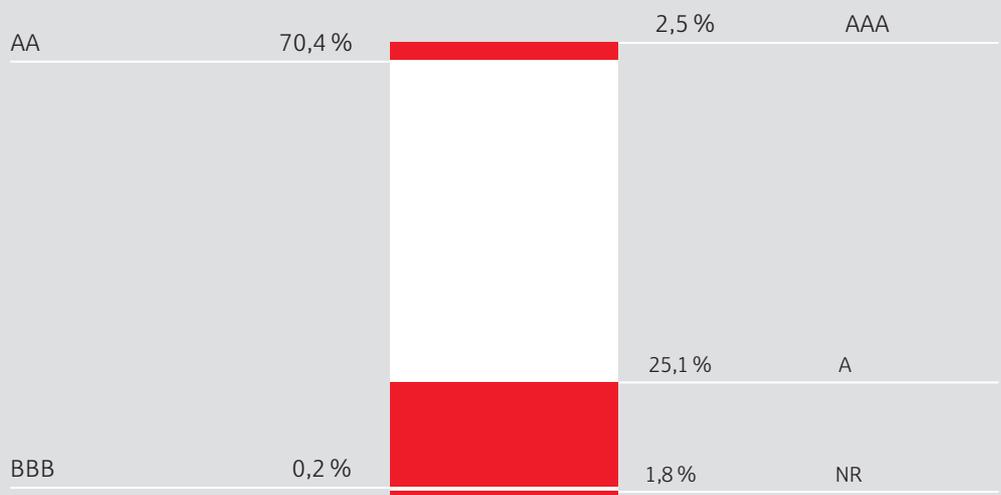
Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen können generell gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern oder Rückversicherern bestehen.

Gegenüber Versicherungsnehmern begegnet die Brandkasse diesem Risiko mittels eines EDV-gestützten Inkasso- und Mahnwesens. Die Beitragsforderungen gegenüber Versicherungsnehmern betragen zum Bilanzstichtag 24,9 Millionen Euro, hiervon sind 13,4 Millionen Euro älter als 90 Tage. Die gesamten Beitragsforderungen entsprechen 1,7 Prozent der gebuchten Brutto-Beiträge aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft.

Das Risiko von Forderungsausfällen besteht in der Erstversicherung darüber hinaus gegenüber den Rückversicherern. Die Brandkasse sichert sich gegen einen Forderungsausfall durch eine systematische Auswahl und Diversifikation der Rückversicherungspartner ab.

An Rückversicherer gegebene Rückstellungen zum 31. Dezember 2007 gemäß Ratingklassen nach S&P



Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen der VGH werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess investiert. Durch das Risikomanagement wird eine laufende Überwachung der Kapitalanlagentätigkeit insbesondere im Hinblick auf die Marktwert Risiken sichergestellt. Ziel ist es, die Risiken der Kapitalanlage frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und aufzuzeigen, damit notwendige Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- Preisrisiken bei nachteiligen Veränderungen der Märkte
- Bonitätsrisiken durch den Ausfall eines Emittenten oder Kontrahenten
- Liquiditätsrisiken durch nicht zeitgerechte Liquiditätszuflüsse und -abflüsse

Grundlage des Risikomanagements bilden dabei das vom Vorstand verabschiedete Risikokapital sowie das festgelegte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Im operativen Risikomanagement können derivative Finanzinstrumente vor allem zur Sicherung von Marktpreisrisiken und zur Steuerung der Aktienquote eingesetzt werden. Die Messung, Kontrolle und Steuerung der Marktwert Risiken erfolgt unterjährig mit Hilfe von Szenarioanalysen. So ist gewährleistet, dass jederzeit die Auswirkungen unterschiedlicher Kapitalmarktszenarien auf die Finanz- und Ertragslage auf Basis des aktuellen Kapitalanlagebestands beurteilt werden können.

Bonitätsrisiken der Kontrahenten wird durch sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und eine kontinuierliche Ratingüberprüfung begegnet.

Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro bzw. währungsgesichert getätigt wird.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war von allen Versicherungsgesellschaften zum 31. Dezember 2007 ein Stresstest durchzuführen, der vier negative Kapitalmarktszenarien simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die VGH Unternehmen alle vier Szenarien verkraften, ohne dass die Risikotragfähigkeit des Unternehmens gefährdet wäre. Freiwillige unterjährige Stresstests fielen ebenfalls ausnahmslos positiv aus.

Operationale Risiken

Das operationale Risiko betrifft Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen oder die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Technische Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Da die wesentlichen Dienstleistungen für EDV-Anwendungen und -Technik auf die ivv – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH (ivv) übertragen wurden, hat die Brandkasse Rahmenvereinbarungen mit der ivv getroffen, um die EDV-Risiken zu begrenzen. Eine umfassende Sicherheitsstrategie, die u. a. die räumlich getrennte Archivierung wichtiger Daten, redundante Rechnersysteme sowie regelmäßige Notfallübungen beinhaltet, gewährleistet in der ivv die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der eingesetzten EDV-Systeme. Eine systematische Revision in Zusammenarbeit mit dem IT-Sicherheitsmanagement sowie interne Kontrollen tragen darüber hinaus zur Sicherheit und Verfügbarkeit der EDV-Anlagen, Daten und Programme bei.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welches das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und das Risiko unternehmensschädigender Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Kontrollverfahren. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko unternehmensschädigender Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Angemessenheit, Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Interne Revision im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit laufend überwacht.

Rechtliche Risiken können insbesondere aus veränderten Rahmenbedingungen resultieren, die durch Gesetzesänderungen oder gerichtliche Entscheidungen bedingt sind. Diese schließen zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken ein. Diesen Risiken wird durch das rechtzeitige Ergreifen entsprechender Maßnahmen wie der Begleitung von Vertragsverhandlungen sowie der Überprüfung und Anpassung von bestehenden Verträgen begegnet. Darüber hinaus beobachten wir fortlaufend Änderungen im rechtlichen Umfeld, die unser Unternehmen beeinflussen könnten, und treffen alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen zur Beherrschung der sich ergebenden Risiken. So bildeten neben den neuen gesetzlichen Vorgaben für Versicherungsvermittler die Änderungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) den Schwerpunkt der unternehmensübergreifenden rechtlichen Beratung im Berichtsjahr. Um die entsprechenden Anforderungen zu realisieren, wurden frühzeitig Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mit Hilfe des Risiko-Management-Systems der Brandkasse sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risikofrüherkennungs-System, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass gegenwärtig keine Risiken erkennbar sind, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Brandkasse nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Strategie

Unsere Unternehmensstrategie basiert auf den Grundsätzen Unternehmerische Selbstständigkeit, Regionalität, Verbund mit der Sparkassen-Finanzgruppe, Gemeinwohlorientierung sowie Starke Partnerschaften. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit durch Produktivitätswachstum nachhaltig zu sichern, haben wir folgende Ziele formuliert:

- Überdurchschnittliche Ertragskraft
- Marktführerschaft
- Enge Kundenbindung und ausgeprägte Kundennähe
- Attraktive Produkte
- Überdurchschnittliche Servicequalität

Wir setzen auf unsere Hauptvertriebswege Vertretungen und Sparkassen mit hohen Serviceleistungen vor Ort. Die Produktpolitik zielt darauf ab, geänderte Kundenbedürfnisse in neue Produkte umzusetzen. Ein verstärkt modulares Vorgehen sichert dabei Schnelligkeit und Flexibilität. Durch eine Optimierung der Geschäftsprozesse lassen sich Kosten gering halten, um unseren Kunden ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis zu bieten. Personalpolitisch setzen wir auf Ziel- und Teamorientierung, Qualifizierung sowie eine vorausschauende Personaleinsatzsteuerung.

Prognosebericht

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. erwartet in seiner Vorausschätzung der Geschäftsaussichten der Versicherungswirtschaft 2008 für die Schaden- und Unfallversicherung ein gegenüber dem Vorjahr unverändertes Beitragsaufkommen. Wachstumsspielräume werden durch den bereits erreichten Grad der Marktdurchdringung begrenzt. Trotz der günstigeren wirtschaftlichen Lage muss damit gerechnet werden, dass von Unternehmen und Haushalten auch weiterhin vielfach versucht wird, die Ausgaben für Versicherungsschutz eher zu vermindern. Auch 2008 bleibt ein intensiver Prämienwettbewerb charakteristisch, der sich tendenziell auf immer mehr Sparten und Zweige ausdehnt. Für die Kraftfahrtversicherung muss unter Berücksichtigung des Angebots neuer günstiger Tarife und des heftigen Preiswettbewerbs in einzelnen Geschäftsfeldern (z. B. Flottengeschäft) marktweit mit einem erneuten Rückgang der Beitragseinnahmen gerechnet werden. Insbesondere in der industriellen Sachversicherung wird ebenfalls ein Beitragsminus bei intensivem Wettbewerb erwartet. Mit moderaten Beitragszuwächsen ist dagegen in den meisten anderen Sparten zu rechnen.

Entgegen der Marktprognose rechnen wir bei der Brandkasse insgesamt mit einem weiteren Beitragsanstieg von ca. einem Prozent, der vor allem auf die Anpassung der Bewertungsfaktoren in der Wohngebäudeversicherung zurückzuführen ist. Um den Marktanteil in der Kraftfahrtversicherung zu halten, werden neben der Vertrieboffensive im Rahmen des Jahreswechselgeschäftes umfangreiche Maßnahmen zur Belegung des unterjährigen Geschäfts durchgeführt. In der privaten Sachversicherung werden die Maßnahmen zur Bestandssicherung fortgesetzt. Die Schadenquote des gesamten Versicherungsgeschäfts wird sich weiterhin vom Marktdurchschnitt positiv abheben.

An den Kapitalmärkten gehen wir aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheiten, ausgelöst durch die Subprime-Krise in den USA, von einem sehr volatilen Jahresverlauf aus. Unter Nutzung des bereitgestellten Risikokapitals werden wir die Entwicklungen auf den Kapitalmärkten nutzen, um Zusatzerträge zu generieren. Ziel ist es, eine adäquate Nettoverzinsung zu erreichen.

Hannover, den 25. Februar 2008

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

Aktivseite	2007			2006
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			6 093 403	2 848 558
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		110 101 254		147 312 453
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	325 134 571			220 808 634
2. Beteiligungen	126 213 774			223 931 024
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4 639 000	455 987 345		5 140 826
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	564 105 203			549 961 558
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22 246 260			78 879 791
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	11 771 290			13 263 774
4. Sonstige Ausleihungen	1 163 597 304			1 062 512 157
5. Einlagen bei Kreditinstituten	82 082 363			39 000 000
6. Andere Kapitalanlagen	8 306	1 843 810 726		0
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		11 841 718	2 421 741 043	12 468 532
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	15 148 995			17 785 765
2. Versicherungsvermittler	4 374 690	19 523 685		5 228 291
davon: an verbundene Unternehmen 452 750 (40 217) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 93 574 (473 968) €				
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		8 648 025		12 102 056
davon: an verbundene Unternehmen 0 (0) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 267 479 (2 399 009) €				
III. Sonstige Forderungen		18 449 181	46 620 891	9 663 943
davon: an verbundene Unternehmen 9 231 160 (2 469 388) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 114 592 (3 846 463) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		6 641 550		9 403 836
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		17 951 088		17 898 338
III. Andere Vermögensgegenstände		17 125 388	41 718 026	3 604 540
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		23 049 893		22 183 863
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		14 895 286	37 945 179	18 932 092
F. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB			0	16 600 000
Summe der Aktivseite			2 554 118 542	2 489 530 031

Passivseite	2007			2006
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital		20 000 000		20 000 000
II. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	2 000 000			2 000 000
2. Rücklage für außergewöhnliche Risiken	55 000 000			55 000 000
3. Rücklage für Sturmrisiken	35 000 000			35 000 000
4. Andere Gewinnrücklagen	606 000 000	698 000 000	718 000 000	576 000 000
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			42 887 996	9 317 796
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	159 622 185			157 978 582
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	16 377 094	143 245 091		15 932 221
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	12 453 955			11 303 064
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	12 453 955		0
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1 017 398 204			1 009 476 233
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	233 535 988	783 862 216		235 759 446
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	86 416 417			76 109 280
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	86 416 417		0
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		186 538 958		186 748 372
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	73 755 006			70 074 523
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-1 234 482	74 989 488	1 287 506 125	-958 722
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		321 366 201		311 760 101
II. Steuerrückstellungen		30 597 561		40 394 888
III. Sonstige Rückstellungen		76 831 970	428 795 732	81 824 302
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			0	923 818
Übertrag:			2 477 189 853	2 393 178 014

			2007	2006
	€	€	€	€
Übertrag:			2 477 189 853	2 393 178 014
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	37 706 087			46 162 230
2. Versicherungsvermittlern	4 118 672	41 824 759		4 234 758
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 132 232 (6 366) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 20 683 (122 100) €				
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		3 806 875		4 011 227
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 2 689 792 (1 261 037) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 0 (949 976) €				
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0		0
IV. Sonstige Verbindlichkeiten		29 768 445	75 400 079	40 540 533
davon: aus Steuern 9 293 184 (8 204 325) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit 1 113 864 (1 212 415) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 9 921 334 (2 380 683) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 0 (35 770) €				
G. Rechnungsabgrenzungsposten			1 528 610	1 403 269
Summe der Passivseite			2 554 118 542	2 489 530 031

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C II 1 der Passiva und die unter dem Posten C III 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und 341 g HGB sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11 c VAG ist nicht vorhanden.

Hannover, den 25. Februar 2008

Krüger

Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	2007			2006
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	929 720 222			926 061 634
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-127 118 953	802 601 269		-126 908 884
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-1 643 603			-877 273
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	444 873	-1 198 730	801 402 539	-310 850
2. Technischer Zinsertrag feR			4 317 959	4 368 816
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			787 391	1 597 287
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-639 065 446			-535 470 859
bb) Anteil der Rückversicherer	82 548 888	-556 516 558		48 993 158
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-7 238 864			-10 296 240
bb) Anteil der Rückversicherer	-2 223 459	-9 462 323	-565 978 881	-96 413
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellung		-1 150 891		-32 047
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		-3 945 269	-5 096 160	-32 067 282
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			-31 125 031	-23 504 237
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		-220 363 414		-216 674 222
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		38 699 682	-181 663 732	44 060 911
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			-8 095 285	-8 115 780
9. Zwischensumme			14 548 800	70 727 719
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			209 414	-10 158 843
11. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			14 758 214	60 568 876
Übertrag:			14 758 214	60 568 876

	2007		2006
	€	€	€
Übertrag:			14 758 214
			60 568 876
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen	22 997 661		11 129 661
davon: aus verbundenen Unternehmen 1 685 831 (2 804 734) €			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	91 451 625		78 679 779
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €			
c) Erträge aus Zuschreibungen	300 963		17 049 681
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	33 957 153		47 592 858
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	2 992		3 416
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	482 873	149 193 267	740 585
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-9 250 033		-9 752 459
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-13 645 764		-18 309 454
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-8 733 200		-934 399
d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil	-34 053 073	-65 682 070	-588 077
		83 511 197	125 611 591
3. Technischer Zinsertrag		-4 363 702	79 147 495
4. Sonstige Erträge		18 003 156	18 439 962
5. Sonstige Aufwendungen		-58 513 192	-40 510 036
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			53 395 673
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-22 893 174	-53 225 304
8. Sonstige Steuern		-502 499	-23 395 673
9. Jahresüberschuss			30 000 000
10. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			-30 000 000
11. Bilanzgewinn			0

Übrige Angaben

Versicherungsweige und Versicherungsarten

Lebensversicherung¹⁾
Krankenversicherung¹⁾
Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr
Haftpflichtversicherung
Kraftfahrtversicherung
Luftfahrtversicherung
Rechtsschutzversicherung
Feuerversicherung
Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung
Leitungswasserversicherung
Glasversicherung
Sturmversicherung
Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Wohngebäudeversicherung
Hagelversicherung
Tierversicherung¹⁾
Technische Versicherungen
Einheitsversicherung
Transportversicherung
Kredit- und Kautionsversicherung¹⁾
Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage-Versicherung)
Betriebsunterbrechungs-Versicherung
Beistandsleistungsversicherung
Luft- und Raumfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Schadenversicherung
Ausstellungsversicherung
Garderobenversicherung
Jagd- und Sportwaffenversicherung
Musikinstrumentenversicherung
Fotoapparateversicherung
Kühlgüterversicherung
Warenversicherung in Tiefkühlanlagen
Atomanlagen-Sachversicherung
Automatenversicherung
Reisegepäckversicherung
Valorenversicherung (privat)
Campingversicherung
Schlüsselverlustversicherung
Mietverlustversicherung
Tank- und Fassleckageversicherung
Filmtheater-Einheitsversicherung
Vertrauensschadenversicherung
Inhaltsversicherung für Geschäfte und Betriebe

¹⁾ Diese Versicherungsweige werden nur im übernommenen Geschäft betrieben.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- A. Immaterielle Vermögensgegenstände** Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Ein erworbener Versicherungsbestand wird entsprechend der erwarteten Bestandshaltedauer abgeschrieben.
- B. Kapitalanlagen**
- Grundstücke werden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen. Sonderabschreibungen nach § 6 b EStG und auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.
- Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse.
- Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.
- Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie übrige Ausleihungen sind grundsätzlich in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Agio- und Disagio-beträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt.
- Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet.
- Einlagen bei Kreditinstituten und Depotforderungen sind mit dem Nennbetrag ausgewiesen.
- Depotforderungen sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.
- C. Forderungen** Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung. Geringwertige Anlagegüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

F. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB

Dieser Posten resultierte im Vorjahr aus der unterschiedlichen Bewertung der Schadenrückstellung für die Sparten Kraftfahrt-Haftpflicht und Allgemeine Haftpflicht in der Handels- und Steuerbilanz.

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Dieser Posten wird, soweit steuerlich zulässig, auch in der Handelsbilanz gebildet.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag und unter Beachtung der aufsichtsbehördlichen Vorschriften pro rata temporis ermittelt. Die nicht übertragungsfähigen Kostenbestandteile werden abgesetzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft werden die Aufgaben der Zedenten angesetzt. Der koordinierte Ländererlass vom 9. 3. 1973 wird berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird für jeden einzelnen Vertrag nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Vorversicherer eingestellt oder geschätzt. In einem Fall erfolgt eine zeitversetzte Bilanzierung.

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft individuell je Schadenfall. Die Rückstellung für noch nicht gemeldete Spätschäden ist nach den Erfahrungen der Vorjahre angemessen geschätzt und hinzugesetzt worden. Für noch nicht abgewickelte Schäden der Sparte Rechtsschutz aus den Ereignisjahren 2003 und später wird die Rückstellung aufgrund eines statistischen Verfahrens pauschal ermittelt.

Die Berechnung der noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen erfolgt nach dem koordinierten Ländererlass vom 22. 2. 1973.

Zweifelsfrei zu erwartende Erträge aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen werden abgesetzt.

Die Rentendeckungsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bei erstmaliger Bildung bis zum 30. 6. 2000 mit 4 %, ab 1. 7. 2000 mit 3,25 %, ab 1. 1. 2004 mit 2,75 % und ab 1. 1. 2007 mit 2,25 % diskontiert. Als Ausscheideordnung wird die Sterbetafel DAV 2006 HUR angesetzt.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung für die Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr erfolgt auf Basis der Sterbetafel DAV 1994 T und einem Rechnungszins von 2,75 %, für Neuverträge ab 1. 1. 2007 2,25 %.

Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des AGG Rechnung.

Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e.V. (DGVM), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern des DGVM veröffentlichte Hinweise finden sich unter www.aktuar.de (Veröffentlichungen/Sonstige).

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Zedenten eingestellt oder geschätzt.

Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden in vertragsmäßiger Höhe berücksichtigt.

Sowohl für das selbst abgeschlossene als auch für das übernommene Geschäft werden die Schwankungsrückstellungen, die Rückstellungen für die Produkthaftpflicht-Versicherungen von Pharmarisiken (Pharmarückstellungen), die Atomanlagenrückstellungen und die Rückstellung für Terrorisiken nach den entsprechenden Vorschriften des HGB und der RechVersV ermittelt.

Über die nach diesen Vorschriften ermittelten Beträge hinaus erfolgt eine weitere Aufstockung der Schwankungsrückstellung für Sturmrisiken, die unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Die Stornorückstellung für zu erwartende Beitragsausfälle ist aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit berechnet.

Die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen ist individuell in Höhe der je Vertrag errechneten anteiligen Beiträge zwischen Stilllegungstermin und nächster Fälligkeit gebildet.

Die Rückstellung aufgrund der Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft zur Verkehrsofferhilfe e.V. wird gemäß der Angabe des Vereins gebildet.

Die Höhe der Rückstellung für noch nicht verdiente Gewinnanteile aus abgegebenem und übernommenem Rückversicherungsgeschäft ergibt sich aus den Rückversicherungsverträgen.

In einer Sparte wird in Höhe der erwarteten Verluste eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.

D. Andere Rückstellungen

Die Berechnung der Pensionsrückstellung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren in Anlehnung an IAS 19 unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 4,5 %. Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,5 %, 2,0 bzw. 1,0 % p.a. berücksichtigt.

Die Berechnung der Pensionsrückstellung durch Gehaltsverzicht wird gemäß § 6 a EStG unter Verwendung der „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 6 % durchgeführt. Als Alterskapital zum Pensionsalter wird die Ablaufleistung der auf das 65. Lebensjahr abgeschlossenen Rückdeckungsversicherung dargestellt. Im Verzichtsyear wird nur die garantierte Leistung aus der Rückdeckungsversicherung als Todes- und Alterskapital angesetzt. Der Wert erhöht sich jährlich um den Wert der Überschussbeteiligung.

Die Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst den Aufstockungsbetrag, den Erfüllungsrückstand und die Kapitalzahlungen zum Ausgleich von Abschlägen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Verbindlich feststehende Vorruhestands- und Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert bzw. Barwert, noch nicht feststehende Fälle werden in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme bilanziert. Der Berechnung beider Rückstellungen liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 % berechnet. Der Berechnung der Rückstellung liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Die Rückstellung für Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB ist mit dem Barwert der künftigen Verpflichtungen unter Berücksichtigung von Fluktuationsabschlägen bewertet worden. Der Zinssatz beträgt 4,5 %.

Die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen wird versicherungsmathematisch unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Beihilfezahlungen der Vorjahre ermittelt.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessenen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

F. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag. In einem Fall erfolgt eine Abzinsung unter Anwendung eines Diskontsatzes in Höhe von 3 %.

Sonstige Angaben

Alle Posten in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtages bewertet.

Einzelne Rückversicherungsabrechnungen wurden geschätzt bzw. zeitversetzt bilanziert.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2006		
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2 849	4 020	0
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	147 312	10 105	0
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	220 809	56 461	111 642
2. Beteiligungen	223 931	29 779	-111 642
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5 141	778	0
Summe B II.	449 881	87 018	0
B III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	549 961	46 334	-8
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	78 880	24 001	0
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	13 264	85	0
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	422 353	163 204	110 000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	590 608	87 603	-111 534
c) Übrige Ausleihungen	49 551	164	1 534
5. Einlagen bei Kreditinstituten	39 000	1 746 052	0
6. Andere Kapitalanlagen	0	0	8
Summe B III.	1 743 617	2 067 443	
Insgesamt	2 343 659	2 168 586	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Als Zeitwert für Grundstücke und Bauten wurde grundsätzlich der Ertragswert angesetzt. Bei den eigengenutzten Immobilien wird der Mischwert aus Ertrags- und Substanzwert angesetzt. Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte 2007.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren nach dem IDW ES 1 i. d. F. 2007, dem Net Asset Value, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteils-erwerb/-veräußerung hergeleitet. Bei zahlreichen Beteiligungen entsprechen die Zeitwerte den jeweiligen Buchwerten.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
			2007	2007	2007	2007
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
0	0	775	6 094			
39 550	0	7 766	110 101	110 101	212 152	102 051
63 777	0	0	325 135	325 135	422 913	97 778
14 502	0	1 353	126 213	126 213	157 994	31 781
1 280	0	0	4 639	4 639	4 639	0
79 559	0	1 353	455 987	455 987	585 546	129 559
27 889	228	4 521	564 105	564 105	597 223	33 117
80 702	73	6	22 246	22 246	22 467	221
1 577	0	0	11 772	11 762	11 734	-28
92 203	0	0	603 354	608 182	588 873	-19 309
48 786	0	0	517 891	523 697	506 532	-17 164
8 896	0	0	42 353	43 236	45 174	1 938
1 702 970	0	0	82 082	82 082	82 082	0
0	0	0	8	8	8	0
1 963 023	301	4 527	1 843 811	1 855 318	1 854 093	-1 225
2 082 132	301	14 421	2 415 993	2 421 406	2 651 791	230 385

*) ohne A.; einschließlich Agien und Disagien

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, übrigen Ausleihungen und Hypothekenforderungen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über laufzeitunabhängige Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit derivativen Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. In einzelnen Fällen wird auf unabhängige externe Datenlieferanten zurückgegriffen.

Bei den Sonstigen Ausleihungen wird der Zeitwert anhand von Zinsstrukturkurven ermittelt.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst 19 Grundstücke mit Geschäftsbauten, ein Grundstück mit unfertigen Bauten sowie zwei Grundstücke ohne Bauten. Der Bilanzwert der von uns im Rahmen unserer Tätigkeit selbst genutzten Grundstücke beträgt zum Bilanzstichtag 37 144 (49 798) Tausend Euro.

B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
B II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	%	Tsd. €	Tsd. €
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	55,00	5 210	360
Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg ¹⁾	45,00	111 908	4 767
Öffentliche Lebensversicherung Oldenburg, Oldenburg ¹⁾	45,00	8 687	377
Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover ^{1) 2)}	50,00	179 550	3 550
Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover	100,00	6 878	-29
ALTE OLDENBURGER Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta (vormals: VGH 1. Verwaltungs AG, Hannover ²⁾)	60,00	59 593	-
ivv Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH, Hannover	81,56	10 652	747
Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Landschaftlichen Brandkasse Hannover mbH, Hannover ²⁾	100,00	81 512	14 628
VGH Rechtsschutz Schaden-Service-GmbH, Hannover ^{2) 3)}	100,00	51	0
Grundstücksgesellschaft Öffentliche Versicherungen Bremen bR, Bremen ²⁾	93,25	1 907	84
VGH & Partner Grundstücksgesellschaft bR, Hannover ²⁾	95,00	22 995	763
VGH Beteiligungs GmbH, Hannover	100,00	30 527	-2 556
VGH Projekt GmbH & Co. 2. Immobilien Verwaltungs KG, Hannover ^{2) 4)}	100,00	10 500	-
VGH Projekt GmbH, Hannover	100,00	87	10
B II 2. Beteiligungen			
Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	37 606	730
Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	13 926	1 121
Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich	25,00	29 232	1 357
VGH Projekt GmbH & Co. Prager Platz KG, Hannover	50,00	43 113	95
Hannoversch-Kölnische Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover ⁴⁾	50,00	25	-
Hannoversch-Kölnische Handels-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Hannover ⁴⁾	50,00	28 282	-
Grundberg;\ Garant Gebäudemanagement GmbH, Hannover	50,00	127	61
Nordwestdeutsche Treuhand Hannover GmbH, Hannover	40,00	2 550	371
Bildungszentrum der hannoverschen Versicherungsunternehmen GbR, Hannover	26,85	2 051	68
RMX Risk Management Exchange AG, Hannover ²⁾	29,52	12 001	-6 245
Herrenhausen Verwaltungs GmbH, Hannover	25,00	34	3
Herrenhausen Verwaltungs GmbH Gastronomie & Co. KG, Hannover	25,00	1 781	-1 910
HMG Beteiligungs-GbR der S-Finanzgruppe, Hannover	25,00	29	-2
IfMOS Institut für Mittelstandsfragen Osnabrück gGmbH, Osnabrück	20,00	104	-24
Pro-City GmbH Göttingen, Göttingen	20,00	83	4

¹⁾ Über die Anteile am Kapital hinaus übt die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, weitere Trägerrechte aus

²⁾ Die angegebenen Werte beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2007

³⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

⁴⁾ Gegründet in 2007

B III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Hier handelt es sich überwiegend um Hypothekendarlehen an unsere Mitarbeiter. Abschreibungen waren nicht erforderlich.

B III 4. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 36 217 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 32 890 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven aus anderen Titeln in Höhe von 604 Tausend Euro gegenüber.

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 34 408 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 33 959 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven aus anderen Titeln in Höhe von 119 Tausend Euro gegenüber.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten mit 29 950 Tausend Euro Namensgenussrechte, mit 10 869 Tausend Euro nicht börsenfähige Genussrechte und mit 1 534 Tausend Euro weitere Sonstige Ausleihungen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen, Namensgenussscheine und Schuldscheinforderungen von 12 610 (16 481) Tausend Euro, anteilige Zinsen für 2007, die erst in 2008 fällig werden in Höhe von 23 050 (22 184) Tausend Euro, vorausgezahlte Abschlussprovisionen von 1 157 (1 078) Tausend Euro sowie Beitragsguthaben von 540 (631) Tausend Euro.

A II 4. Andere Gewinnrücklagen

Den anderen Gewinnrücklagen werden im Geschäftsjahr 30 000 Tausend Euro zugeführt.

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten enthält eine Rücklage gemäß § 6 b EStG mit 37 398 (3 344) Tausend Euro aus übertragungsfähigen Verkäufen von Grundstücken. Weiterhin sind Wertberichtigungen aus einer Übertragung gemäß § 6 b EStG auf Grundstücke zweier verbundener Unternehmen mit 4 635 (5 118) Tausend Euro und eine Rücklage gemäß § 14 BerlinFG mit 855 (855) Tausend Euro enthalten.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen	versicherungstechnische Bruttoreückstellungen insgesamt		Bruttoreückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	
	2007 Tsd. €	2006 Tsd. €	2007 Tsd. €	2006 Tsd. €	2007 Tsd. €	2006 Tsd. €
Unfall	91 258	88 570	55 095	56 859	20 027	17 433
Haftpflicht	269 801	270 612	187 652	194 409	36 533	34 114
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	684 508	659 432	604 245	582 227	77 711	74 469
sonstige Kraftfahrt	32 244	40 736	17 431	17 253	8 198	16 845
Feuer und Sach	338 820	326 410	82 791	85 699	21 878	18 285
davon: Feuer	75 787	74 946	16 768	23 831	13 430	8 238
Verbundene Hausrat	58 445	53 853	6 446	6 475	0	0
Verbundene Gebäude	139 986	135 157	39 210	33 754	0	825
sonstige Sach	64 602	62 453	20 367	21 639	8 448	9 222
Rechtsschutz	48 726	48 982	39 620	39 585	5	574
Selbst abgeschlossenes Geschäft	1 477 880	1 449 236	995 132	985 856	167 331	165 205
Übernommenes Geschäft	58 305	62 454	22 266	23 620	19 208	21 543
Gesamtes Versicherungsgeschäft	1 536 185	1 511 690	1 017 398	1 009 476	186 539	186 748

C IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die unter diesem Posten mit ausgewiesene vertragliche Beitragsrückerstattung in der Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr wird nach Art der Lebensversicherung betrieben und hat sich wie folgt entwickelt:

	2007 €	2006 €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	196 374	0
Zahlungen für den Unfallbonus	150	0
Zuführung aus vorhandenen Mitteln Allgemeine Unfall	81 101	177 797
Zuführung aus Geschäftsjahr	110 332	18 577
Stand am Ende des Geschäftsjahres	387 657	196 374

Von dieser erfolgsabhängigen Rückstellung am Ende des Geschäftsjahres entfallen auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile 304 883 Euro. Darüber hinaus sind aus Bonuszahlungen gemäß der Gewinnbeteiligung für Schäden des Geschäftsjahres 76 824 Euro und für Schäden des Vorjahres 5 950 Euro reserviert. Unsere Dividendensätze für die Überschussbeteiligung in der Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr sind auf der Seite 80 dieses Geschäftsberichts dargestellt.

C VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Für die Sparte Leitungswasser erfolgt im Geschäftsjahr eine Aufstockung der Rückstellung für drohende Verluste auf 8 000 (4 000) Tausend Euro.

Es bestehen außerordentliche Aufstockungen zu Schwankungsrückstellungen für die Sparte Verbundene Gebäudeversicherung in Höhe von 53 000 (53 000) Tausend Euro und für die Sparte Sturm in Höhe von 9 500 (9 500) Tausend Euro.

D I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der handelsrechtliche Ansatz bei der Rückstellung für Pensionen beläuft sich im Geschäftsjahr auf 321 366 Tausend Euro, der Teilwert gemäß § 6 a EStG beträgt 205 372 Tausend Euro.

D III. Sonstige Rückstellungen

	2007	2006
	Tsd. €	Tsd. €
Verpflichtungen aus Vorruhestand und Altersteilzeit	21 486	21 962
Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB	21 051	21 540
Provisionen	12 234	12 845
Beihilfeverpflichtungen	8 911	8 995
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	3 959	3 495
Mitarbeiterjubiläen	2 725	2 569
Archivierung	2 240	840
Prozessrisiken	1 707	1 483
VGH-Jubiläum	0	6 000
Übrige Rückstellungen	2 519	1 948
Insgesamt	76 832	81 677

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 45 (81) Tausend Euro sowie Disagiobeträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 1 103 (862) Tausend Euro sowie abgegrenzte im Voraus erhaltene Provisionen in Höhe von 380 (461) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Versicherungstechnische Rechnung	gebuchte Bruttobeiträge		verdiente Bruttobeiträge		verdiente Nettobeiträge	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Unfall	57 755	55 846	57 516	55 846	56 062	54 262
Haftpflicht	100 796	98 776	100 611	98 267	75 411	73 603
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	195 160	196 210	195 121	196 172	192 926	194 232
sonstige Kraftfahrt	131 021	130 447	130 999	130 446	128 972	128 452
Feuer und Sach	359 609	359 475	358 801	359 783	286 936	287 033
davon: Feuer	73 930	75 745	74 311	75 960	47 100	47 559
Verbundene Hausrat	65 286	64 827	64 943	64 464	64 204	63 722
Verbundene Gebäude	140 553	140 834	140 349	141 305	117 908	118 821
sonstige Sach	79 840	78 069	79 198	78 054	57 724	56 931
Rechtsschutz	27 477	26 696	27 217	26 672	27 087	26 551
Selbst abgeschlossenes Geschäft	881 300	876 735	879 682	876 445	771 446	768 039
Übernommenes Geschäft	48 420	49 326	48 395	48 739	29 956	29 926
Gesamtes Versicherungsgeschäft	929 720	926 061	928 077	925 184	801 402	797 965

I 2. Technischer Zinsertrag feR

Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft umfasst die Zinszuführung zur Brutto-Rentendeckungsrückstellung ausschließlich Unfall- und Haftpflichtversicherungen. Sie wird brutto durch Multiplikation des arithmetischen Mittels von Anfangs- und Endbestand der Rentendeckungsrückstellung mit 4 %, 3,25 %, 2,75 % bzw. 2,25 % ermittelt. Bei dem Anteil der passiven Rückversicherung handelt es sich um die den Rückversicherern gutgeschriebenen Depotzinsen. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft werden im Lebensversicherungsgeschäft die vom Vorversicherer erhaltenen Depotzinsen angesetzt.

Für die nach Art der Lebensversicherung abgeschlossenen Unfallversicherungen werden die vereinnahmten Erträge des Sicherungsvermögens ausgewiesen.

I 7 a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungs- betrieb

Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 78 810 (72 691) Tausend Euro auf den Abschluss von Versicherungsverträgen und 141 553 (143 983) Tausend Euro auf den laufenden Verwaltungsaufwand.

Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle		Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		Rückversicherungs-Saldo		versicherungs-technisches Ergebnis für eigene Rechnung	
2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
20 765	20 932	17 876	18 285	-2 324	236	12 785	13 715
35 722	41 033	31 026	30 236	-11 798	-5 692	13 795	15 191
172 904	158 803	26 088	25 414	2 815	4 966	-1 397	20 354
100 998	95 328	26 685	25 468	-1 618	-1 724	10 330	10 633
264 708	188 638	93 263	92 299	9 837	-23 408	-27 959	-5 805
25 728	36 718	20 772	18 620	-7 617	-4 131	3 085	3 635
21 856	21 935	21 608	20 653	-464	-710	5 164	10 829
156 468	87 716	28 680	32 661	16 434	-10 980	-30 421	-21 763
60 656	42 269	22 203	20 365	1 484	-7 587	-5 787	1 494
15 190	14 714	5 770	5 966	-355	-1 422	6 477	4 022
611 831	522 238	203 030	200 317	-6 348	-28 377	16 891	60 318
34 473	23 529	17 333	16 357	-1 301	-5 885	-2 133	251
646 304	545 767	220 363	216 674	-7 649	-34 262	14 758	60 569

II 1 b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Von den Erträgen aus anderen Kapitalanlagen resultieren 12 091 (13 825) Tausend Euro aus Grundstücken und 79 361 (64 855) Tausend Euro aus anderen Kapitalanlagen.

II 2 b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Dieser Posten enthält außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von 1 353 (4 000) Tausend Euro sowie auf Grundstücke in Höhe von 2 900 (0) Tausend Euro.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2007	2006
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	93 739	95 453
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	4 443	6 090
3. Löhne und Gehälter	80 159	78 445
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	13 672	14 176
5. Aufwendungen für Altersversorgung	8 215	11 159
6. Aufwendungen insgesamt	200 228	205 323

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	2007	2006
	Stück	Stück
Unfall	365 704	361 820
Haftpflicht	699 614	697 597
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	1 031 649	1 013 620
sonstige Kraftfahrt	769 491	761 802
Feuer und Sach	1 580 628	1 595 071
davon: Feuer	175 017	177 654
Verbundene Hausrat	480 273	481 971
Verbundene Gebäude	482 012	488 189
sonstige Sach	443 326	447 257
Rechtsschutz	170 759	169 301
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	4 631 058	4 611 785

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Begebung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr betragen 1 486 Tausend Euro.

Gegenüber einem Lebensversicherungsunternehmen besteht die Verpflichtung, weitere Organisationszuschüsse zu leisten, insbesondere um die geschäftsplanmäßige Mindestbeteiligung der Versicherungsnehmer am Überschuss sicherzustellen. Derzeit wird mit einer Einforderung nicht gerechnet.

Als Mitglied des Vereins Verkehrsofferhilfe e. V. sind wir verpflichtet, dem Verein die für die Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ferner sind wir Mitglied des Vereins Deutsches Büro Grüne Karte e. V.

Als Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft haben wir eine anteilige Bürgschaft für den Fall übernommen, dass eines der übrigen Pool-Mitglieder zahlungsunfähig wird. Eine gleichartige Verpflichtung besteht aufgrund von Verträgen mit der Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft.

Als Mitglied des Solidaritätspools der Öffentlichen Versicherer haben wir eine Deckungszusage gegeben, bestimmte Terrorismusgroßschäden solidarisch zu tragen. Die Haftung ist auf 17 900 Tausend Euro beschränkt.

Als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 312 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbandes übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Zur Insolvenzsicherung der sich aus Altersteilzeitwertguthaben ergebenden Ansprüche der Mitarbeiter eines anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmens besteht die Verpflichtung im Fall der Insolvenz, die jeweiligen bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens entstandenen Ansprüche bis zu einer Gesamthöhe von 2 000 Tausend Euro zu befriedigen.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen von 47 523 Tausend Euro sowie Schuldversprechen von 5 367 Tausend Euro (davon an verbundene Unternehmen 26 652 Tausend Euro).

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 1 318. Hiervon entfallen im Innendienst 671 auf die Hauptverwaltung und 567 auf unsere Regionaldirektionen. Im Außendienst sind 80 Mitarbeiter bei uns angestellt.

Mitarbeiter, die auch mit der Provinzial Lebensversicherung Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihres Arbeitseinsatzes anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 1 519 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 46 Tausend Euro aktiviert. Die Kredite haben eine Laufzeit von 33 Jahren. Der Zinssatz beträgt 4,6 %. An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sind insgesamt 855 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 14 911 Tausend Euro passiviert. An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 319 Tausend Euro gezahlt worden.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 29 bis 32 angegeben.

**Überschussbeteiligung der
Versicherungsnehmer in der
Unfallversicherung mit garan-
tierter Beitragsrückgewähr**

Für das in 2008 endende Versicherungsjahr wurden folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

Unfallversicherungen mit garantierter Beitragsrückgewähr erhalten am Ende eines jeden Versicherungsjahres einen laufenden Überschussanteil in Prozent der überschussberechtigten Deckungsrückstellung.

Bei beitragspflichtigen Versicherungen werden die laufenden Überschussanteile zur Finanzierung einer ab Versicherungsbeginn wirksamen Erhöhung der Invaliditätssumme und – sofern mit abgeschlossen – des Krankenhaustagegeldes mit Genesungsgeld verwendet (Unfallbonus).

Der Unfallbonus beträgt für	
Versicherungsdauern bis 15 Jahre:	90 %,
Versicherungsdauern von 16 bis 20 Jahre:	80 %,
Versicherungsdauern von 21 bis 30 Jahre:	60 %,
Versicherungsdauern ab 31 Jahre:	40 %.

Bei beitragsfreien Versicherungen werden die laufenden Überschussanteile verzinslich angesammelt und bei Beendigung der Versicherung ausgezahlt. Die Versicherung erhält den ersten Überschussanteil am Ende des Versicherungsjahres, das auf die Beitragsfreistellung folgt.

Der laufende Überschussanteil beträgt 1,75 % der überschussberechtigten Deckungsrückstellung.

Hannover, den 25. Februar 2008

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Herdecke

Kasten

Krüger

Thole

Vorholt

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Eine Prüfung der im Anhang wiedergegebenen Entsprechenserklärung nach § 161 AktG haben wir nicht vorgenommen. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 5. März 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Werner Hölzl
Wirtschaftsprüfer

André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen drei Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2008, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2008 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Der Aufsichtsrat hat in seinen Sitzungen mehrfach über die Konzeptionen zur Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Versicherungswesens in Niedersachsen intensiv beraten. In Fortentwicklung der Entstehungsgeschichte der Brandkasse sowie des S-Finanzverbundes in Niedersachsen hat der Aufsichtsrat insbesondere die Einbindung von Vertretern der Region Oldenburg und des Sparkassenverbandes Niedersachsen in den Brandkassenausschuss befürwortet. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat im Hinblick auf den Wachstumsmarkt der privaten Krankenversicherung der Kooperation zwischen der Alte Oldenburger Krankenversicherung VVaG und der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG zugestimmt und die Zusammenführung der operativen Krankenversicherungstöchter unter dem Dach der Alte Oldenburger Beteiligungsgesellschaft AG begleitet.

In einer gemeinsamen Sitzung mit der Trägerversammlung hat der Aufsichtsrat mit dem Vorstand umfassend die strategische Marktpositionierung unter besonderer Berücksichtigung der wesentlichen Erfolgsfaktoren und der Auswirkungen auf die Strukturen der Brandkasse erörtert und bestätigt.

Schließlich stand im Rahmen der Risikoberichterstattung die VVG-Reform und die Rückversicherung für Sturmereignisse im Mittelpunkt der Diskussion.

Zur Unterstützung seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet. Der Hauptausschuss, der schwerpunktmäßig die besonderen Themenfelder für den Aufsichtsrat vorbereitet, tagte im Geschäftsjahr dreimal. Des Weiteren wurde er laufend über die Umsetzung der Kapitalanlagestrategie unterrichtet.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Vertriebsentwicklung 2007. Ein neues Bonifikationssystem und die VVG-Reform aus vertrieblicher Sicht waren Gegenstand der Beratung.

Der Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungslegungsangelegenheiten trat im Berichtsjahr zweimal zusammen und befasste sich mit der Prüfung und Beratung des Jahresabschlusses sowie des Konzernabschlusses. Darüber hinaus erörterte der Ausschuss zusammen mit dem Abschlussprüfer die wirtschaftliche Lage des Unterneh-

mens, das Risikomanagement, die Ausgestaltung der internen Revision sowie die Auswirkungen von Solvency II auf das Unternehmen. Ferner hat sich der Ausschuss über die Auswirkungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement auf die Versicherungsunternehmen informiert.

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten behandelte die ihm zugewiesenen Aufgaben.

Die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der Landschaftlichen Brandkasse Hannover geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Allen Mitgliedern des Aufsichtsrats lagen rechtzeitig vor der Bilanzsitzung der Jahresabschluss nebst Lagebericht und Bericht des Abschlussprüfers vor. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt dem Brandkassenausschuss den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

Der bisherige stellvertretende Vorstandsvorsitzende, Herr Bernd Schnabel, ist am 31. Dezember 2007 in den Ruhestand getreten. Der Aufsichtsrat dankt ihm für seine langjährige erfolgreiche Arbeit.

Mit Wirkung vom 1. Juli 2007 wurde Herr Franz Thole und per 1. Dezember 2007 Herr Thomas Krüger zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, den 3. April 2008

v. Lenthe

Vorsitzender

Corporate Governance

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landschaftlichen Brandkasse Hannover zum Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex in der aktuellen Fassung stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften dar und enthält sowohl international als auch national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Er soll das deutsche Corporate Governance System transparent und nachvollziehbar machen und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften fördern.

Mit der Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Corporate Governance Kodex in seiner Gesamtheit nicht für öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen anwendbar. Aufsichtsrat und Vorstand der Landschaftlichen Brandkasse Hannover bekennen sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung und haben mit Ausnahme der nachstehenden Einschränkungen alle Regelungen des Corporate Governance Kodex auf freiwilliger Basis übernommen, die unter Berücksichtigung ihrer besonderen Rahmenbedingungen für öffentliche Versicherungsunternehmen Anwendung finden können.

Abgesehen wurde lediglich von der Übernahme der Regelungen zur Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats in den Ziffern 4.2 und 5.4, der Mitteilung der Abwesenheiten von Mitgliedern des Aufsichtsrats nach Ziffer 5.4.8 sowie der frühzeitigen Veröffentlichung des Konzernabschlusses nach Ziffer 7.1.2 des Kodexes.

Vorstand und Aufsichtsrat haben im zurückliegenden Geschäftsjahr die Ausrichtung ihrer Zusammenarbeit an den Empfehlungen des Kodexes und den unternehmensspezifischen Grundsätzen einer verantwortungsvollen Unternehmensführung überprüft und die Übereinstimmung festgestellt.

Hannover, den 3. April 2008

Für den Vorstand:

Dr. Pohlhausen

Krüger

Für den Aufsichtsrat:

v. Lenthe

Geschäftsentwicklung

Landschaftliche Brandkasse Hannover, gegründet im Jahre 1750 durch die Calenberg- Grubenhagensche Landschaft

Jahr	Beiträge	Versicherungs- summen	Anschluss der Brandversicherungsanstalten
1751	4 896 Thl	8 811 900 Thl	
1850	182 036	82 092 250	Fürstenthum Hildesheim
1851	299 224	94 994 600	Fürstenthum Lüneburg
1873	300 552	133 739 164	Grafschaften Hoya und Diepholz
1878	1 383 649 M	761 250 370 M	Fürstenthum Osnabrück
1882	2 069 202	981 222 635	Herzogthümer Bremen und Verden
1925	6 705 983 RM	3 686 312 425 RM	
1938	11 702 000	–	
1945	14 476 000	–	

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Stammkapital und offene Rücklagen
	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
1950	19 052	16 796	3 648	7 956
1955	33 051	28 230	24 546	10 737
1960	48 494	40 724	48 304	18 644
1965	83 853	68 188	75 542	32 623
1970	133 052	105 564	88 229	51 300
1975	234 010	177 923	128 510	65 400
1980	367 670	279 246	291 556	100 100
1985	957 740	828 532	1 070 388	357 000
1990	1 274 648	1 056 452	1 267 300	609 600
1995	1 698 567	1 439 608	1 750 753	817 000
2000	1 676 859	1 434 713	2 139 868	1 090 000
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	878 740	751 946	1 161 464	583 000
2002	889 494	758 957	1 144 282	583 000
2003	927 251	788 142	1 159 258	593 000
2004	943 324	801 006	1 145 643	613 000
2005	940 159	801 088	1 204 175	648 000
2006	926 062	799 153	1 260 957	688 000
2007	929 720	802 601	1 287 506	718 000

Währungseinheiten:

1751–1817 Thaler-Cassemünze

1817–1834 Thaler-Conventions-
münze

1834–1874 Thaler-Courant

1875–1923 Mark

1924–1948 Reichsmark

1949–2000 Deutsche Mark

ab 2001 Euro

Mit Beginn der Reichsmark-Zeit verlieren die Versicherungssummen, die einen Aussagewert nur im Gebäude-Feuergeschäft haben, an Bedeutung. Die anderen Versicherungszweige wie u. a. Leitungswasser, Sturm, Glas, Hagel, Transport, Maschinen, Bauleistungen sowie das Mobiliar-Feuergeschäft gewinnen ständig an Gewicht. Der Aussagewert verlagert sich nunmehr auf die Beitragseinnahmen und die technischen Werte.

Seit 1984 zeichnet die Brandkasse auch das HUK-Geschäft. Es erfolgte eine Bestandsübertragung von der Provinzial.

Unser Krankenversicherungs-Partner in Vechta:
ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG



Friedrich Schmücker,
Vorstandsvorsitzender der
ALTE OLDENBURGER Kranken-
versicherung AG

„Herr Schmücker, die ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG und die zur VGH gehörende Provinzial Krankenversicherung Hannover AG bilden seit dem Jahr 2007 eine Krankenversicherungsgruppe unter einer gemeinsamen Holding mit Sitz in Vechta. Welche Ziele verbinden Sie damit?“

„Gemeinsames Ziel mit der VGH ist der Ausbau des Standortes Vechta und damit die nachhaltige Stärkung des Kompetenzzentrums für die private Krankenversicherung. Davon profitiert die Region Oldenburg. Die neue Gruppe in Vechta orientiert ihre Geschäftspolitik weiterhin am Gegenseitigkeitsgedanken. Für unsere Versicherungsnehmer wollen wir nach wie vor das Beste.“

Daten & Fakten der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG:

ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG, gegründet 2007, Bestandsübertragung von dem ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung von 1927 V.V.a.G.

Zahl der Mitarbeiter:

Innendienst:	144
Auszubildende:	13

Gebuchte Bruttobeitragseinnahmen 2007: 158,3 Millionen Euro

Versicherte Personen 2007: 129 843

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Nach dem starken Aufschwung im Jahr 2006 hat sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland in 2007 trotz der dämpfenden Effekte der Mehrwertsteuererhöhung nur leicht abgeschwächt. Insgesamt ist die deutsche Volkswirtschaft im Berichtsjahr nochmals um rund 2,5 Prozent gewachsen. Getragen wurde die wirtschaftliche Entwicklung von den Unternehmensinvestitionen und dem Export, während der private Konsum stagnierte. Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte, auf die über 80 Prozent der Versicherungsnachfrage entfallen, hat sich bisher noch nicht spürbar gebessert. Der Preisanstieg lag im Jahresdurchschnitt um 2 Prozent, hat sich aber gegen Jahresende beschleunigt. Am Arbeitsmarkt ist eine deutliche Besserung zu verzeichnen.

Wichtiger als die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist für die Lebensversicherung die Akzeptanz und das Wissen hinsichtlich der privaten Vorsorge bei Berufsunfähigkeit und im Alter in allen Bevölkerungsschichten. Es bleibt Aufgabe des Gesetzgebers alle Säulen gleichermaßen zu fördern, um allen Berufs- und Einkommensschichten individuelle Lösungen zu ermöglichen. Mit der unbefristeten Fortführung der Sozialversicherungsfreiheit für die Entgeltumwandlung ist seitens des Gesetzgebers ein zukunftsweisender Schritt vollzogen worden.

In der Lebensversicherung ist das Beitragsaufkommen marktweit leicht um 0,4 Prozent gestiegen. Beim Neuzugang haben sich die Strukturverschiebungen zugunsten von Versicherungen mit rentenförmiger Auszahlung fortgesetzt. So wurden nochmals 2,1 Millionen neue Verträge nach dem Altersvermögensgesetz (Riester-Verträge) abgeschlossen. Gedämpft wurde die Geschäftsentwicklung durch das erhebliche Volumen an regulären Vertragsabläufen, die mit einem entsprechenden Wegfall von Beitragszahlungen einhergingen. *

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten war von der Krise am US-Immobilienmarkt geprägt. Die Kapitalmarktzinsen standen auch in Deutschland im Zeichen der hohen Nachfrage an sicheren Anlagen. Die Rendite von öffentlichen Anleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren ging von 4,6 Prozent im Juni bis auf 4,1 Prozent im November zurück. Nachdem die Aktienmärkte im Frühsommer noch mehrjährige Höchststände erreicht hatten, war die Aktienkursentwicklung im Juli unter Druck geraten. Die wichtigen Leitindizes gaben zeitweilig deutlich nach, vor allem bei den Dividentiteln aus dem Finanzsektor kam es zu kräftigen Kurseinbußen. Bis zum Jahresende war zwar eine Erholung zu verzeichnen, eine erhebliche Unsicherheit über die künftige Aktienkursentwicklung bleibt jedoch bestehen.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Das Neugeschäft der Provinzial lag gemessen in statistischem Jahresbeitrag mit 34,0 Millionen Euro leicht unter dem Vorjahreswert. Beeinflusst war die Entwicklung weiter durch die Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Erfreulich ist besonders die Entwicklung bei der staatlich geförderten Rente nach dem AvmG, die in der

* alle Marktdaten laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.

Stückzahl um über 25,2 Prozent wachsen konnte. Im Einmalbeitragsgeschäft konnte an die Erfolge aus dem Vorjahr nicht in gleicher Höhe angeschlossen werden. Der Einmalbeitrag belief sich auf 36,0 Millionen Euro (Vorjahr 43,7 Millionen Euro).

Des Weiteren hat sich die hohe Anzahl der ablaufenden Verträge negativ auf die Beitragsentwicklung ausgewirkt. Die gebuchten Brutto-Beiträge sind um 4,1 Prozent auf 593,4 Millionen Euro zurückgegangen.

Das Kapitalanlageergebnis liegt mit 4,5 Prozent unter dem mit Sondereffekten beeinflussten Vorjahreswert von 5,2 Prozent. Durch die Subprime-Krise an den Kapitalmärkten war unser Unternehmen nicht direkt betroffen. Die steigenden Zinsen und die Ausweitung der Spreads führten jedoch zu einer Verringerung der Zeitwerte bei den Namenspapieren. Über den gesamten Kapitalanlagebestand ergeben sich daher stille Lasten in Höhe von 2,4 Prozent des Jahresendbestands, die in Höhe von über 2 Prozent das Risikokapital im Asset-Liability-Kontext nicht belasten.

Aufgrund des guten Geschäftsergebnisses wird ab 2008 die laufende Überschussbeteiligung vollständig der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen. Weiterhin erfolgte eine Absenkung des Diskontierungszinses von 6,0 Prozent auf 5,5 Prozent im Schlussüberschussanteilsfonds, der daher um zusätzliche 11,0 Millionen Euro angestiegen ist. Ab 2008 wird der laufende Zinsüberschuss von 4,0 Prozent auf 4,25 Prozent angehoben. Die beschriebenen Maßnahmen binden zusätzliche Mittel innerhalb der Rückstellung für Beitragsrückerstattung. Die freie RfB stieg dennoch um 25,4 Millionen Euro auf 179,6 Millionen Euro. Die Solvabilität beträgt 195 Prozent (Vorjahr: 184 Prozent).

Überschussverwendung

Aus dem erwirtschafteten Brutto-Überschuss von 171,2 Millionen Euro werden 158,2 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Darüber hinaus erhalten unsere Kunden eine Direktgutschrift in Höhe von 7,3 Millionen Euro, die sich wie folgt zusammensetzt:

- 6,3 Millionen Euro Zuführung zur Brutto-Deckungsrückstellung
- 0,7 Millionen Euro gutgeschriebene angesammelte Überschussanteile
- 0,3 Millionen Euro übrige Aufwendungen

Nach Abzug der erforderlichen Ertragsteuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 3,55 Millionen Euro. Davon sollen 2,5 Millionen Euro zur Stärkung des Eigenkapitals und 1,05 Millionen Euro zur Ausschüttung einer Dividende auf das eingezahlte Trägerkapital verwendet werden.

Die Provinzial hat die Überschussbeteiligung für ihre Versicherungsnehmer für 2008 weiter verbessert. Die Gesamtverzinsung der Guthaben beträgt zukünftig 4,25 Prozent. Zusätzlich werden unseren Kunden Kosten- und Risikogewinne sowie ein Schlussgewinn gutgeschrieben. Den Deckungsrückstellungen werden aus Garantiezins und Überschussbeteiligung 213,8 Millionen Euro (Vorjahr: 247,3 Millionen) zugeführt. Es wird eine Gesamtverzinsung von bis zu 5,3 Prozent erzielt.

Hervorragende Bewertungen durch Rating-Agenturen

Die Provinzial wurde von mehreren Rating-Agenturen auf Basis der Geschäftsberichtsdaten 2006 analysiert und positiv bewertet. Die guten Vorjahresergebnisse bei Standard & Poor's („BBBpi“), der Wirtschaftswoche (vier Sterne) sowie bei FitchRatings („BBBq“) wurden bestätigt. Die Provinzial liegt damit weiterhin im gehobenen Mittelfeld der Branche.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

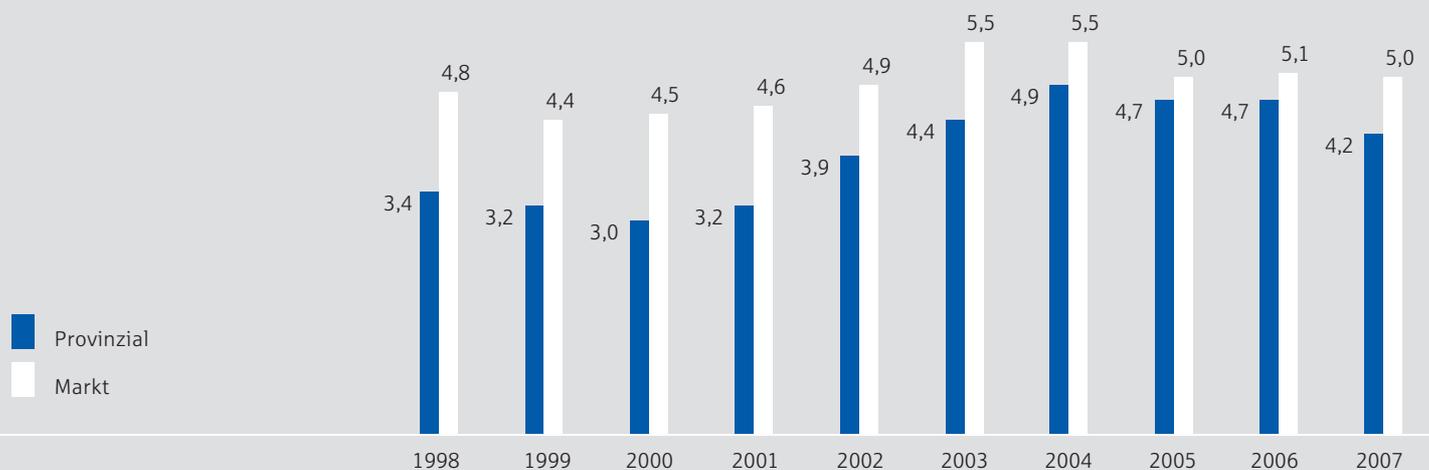
Neuzugang

Unser Neugeschäft hat sich je Produkt sehr unterschiedlich entwickelt. Restschuldversicherungen und AVmG-Verträge konnten wir im Markt gut positionieren. Fondsgebundene Versicherungen gewannen mit einem Anstieg der Stückzahlen im Neuzugang von 150,5 Prozent erheblich an Bedeutung. Die Unsicherheit über die veränderten Rahmenbedingungen im Markt der Lebensversicherungen belastete in anderen Segmenten unseres Geschäfts das Neugeschäft spürbar.

Gemessen am statistischen Jahresbeitrag hat sich das Neugeschäft um 8,1 Prozent verringert. Die Beitragssumme des Neugeschäfts betrug 720,5 Millionen Euro.

Entwicklung der Stornoquote

in % des statistischen Jahresbeitrags des mittleren Bestands



Bestand und Beitragseinnahme

Die Bestands- und Beitragsentwicklung war durch das moderate Neugeschäft der Vorjahre negativ beeinflusst. Die laufenden Beiträge sind dabei aufgrund der steigenden Vertragsabläufe um 3,1 Prozent zurückgegangen. Die Versicherung gegen Einmalbeitrag entwickelte sich rückläufig, trotz Anstiegs ablaufender Versicherungen.

Entgegen der Entwicklung des Neugeschäfts gemessen in Versicherungssumme war das Wachstum der Bestandsstückzahlen von 2,8 Prozent erfreulich. Diese Entwicklung verdeutlicht die Bereitschaft breiter Bevölkerungsschichten zum Abschluss zusätzlicher Altersversorgungsverträge.

Der Versicherungsbestand gemessen in Versicherungssumme stieg um 0,1 Prozent an. Die Stornoquote war mit 4,2 Prozent bezogen auf den Jahresbeitrag besser als im Vorjahr (4,7 Prozent).

Versicherungsleistungen

Für Versicherungsfälle, ausgezahlte Gewinnanteile und Rückkäufe leisteten wir 661,9 Millionen Euro (Vorjahr: 653,5 Millionen Euro). Diese Leistungen waren ganz überwiegend Erlebensfalleistungen. Zur Sicherstellung der künftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Kunden führten wir der Deckungsrückstellung, der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und dem Ansammlungsguthaben unserer Versicherungsnehmer insgesamt 156,8 Millionen Euro zu.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Die guten Ergebnisse der letzten Jahre in den versicherungstechnischen Gewinnquellen haben sich 2007 fortgesetzt. Die Entwicklung der Kosten- und Risikogewinne ist in der Graphik dargestellt, die den strukturellen Wettbewerbsvorteil der Provinzial aufzeigt.

Die mit den Beiträgen vereinnahmten Kostenanteile überstiegen die tatsächlichen Kosten, sodass sich ein positives Kostenergebnis von 23,0 Millionen Euro ergab. Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge errechnete sich für die laufenden Aufwendungen ein Kostensatz von 2,12 Prozent.

Die Abschlusskostenquote liegt bei 5,6 Prozent (Vorjahr: 5,2 Prozent).

Die Aufwendungen für vorzeitige Versicherungsfälle gestalteten sich erneut günstiger, als sie bei der Kalkulation der Beiträge berücksichtigt waren. Der daraus resultierende Risikogewinn betrug 65,6 Millionen Euro.

Kapitalanlagen

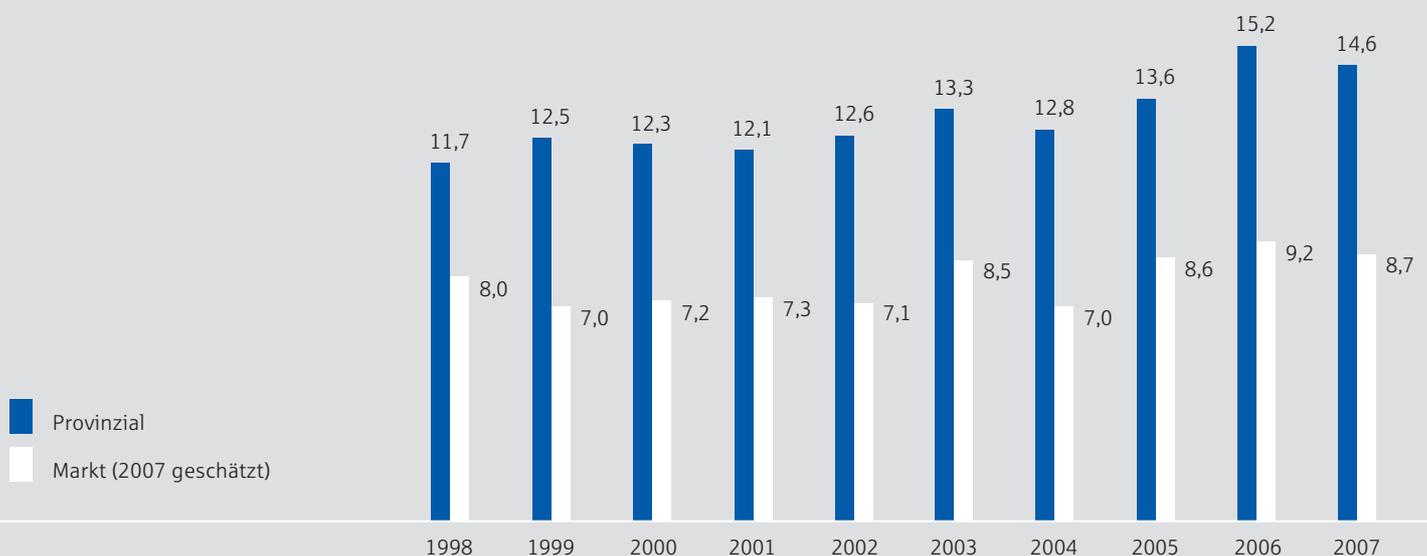
Seit Mitte des Jahres hielten die Themen Hypotheken- und Vertrauenskrise im Finanzsektor die Kapitalmärkte fest im Griff. Ausgelöst von der Furcht vor weiteren, nicht näher bezifferbaren Ausfällen im sogenannten Subprime-Bereich. Die international führenden Indizes legten in den darauf folgenden Wochen jedoch wieder zu. Allen voran der DAX, der mit einer Jahresperformance von 22,3 Prozent die Performance-Rangliste der großen Aktienindizes im Jahr 2007 anführte. Die große Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Kapitalmärkte und die damit verbundene Risikoaversion vieler Marktteilnehmer hält unverändert an, was an der Entwicklung der Zinsaufschläge für Unternehmensanleihen und strukturierten Kreditprodukten abzulesen ist. Die Ausweitung der Spreads führte dazu, dass Anleihen mit privaten Schuldern spürbar abgewertet wurden.

Die Rentenmärkte tendierten im Jahresvergleich seitwärts, jedoch mit teilweise hohen Schwankungsbreiten. Aufgrund der schwachen Performance im ersten Halbjahr verblieb für deutsche Staatsanleihen nur ein Ertrag knapp auf Geldmarktniveau. Rentenpapiere mit kurzer Laufzeit entwickelten sich besser als langlaufende Zinspapiere.

Vor dem Hintergrund einer steigenden Inflation und der Befürchtung einer weltwirtschaftlichen Abkühlung bestehen große Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung. Entlastungen für die Inflationsrate lieferte im abgelaufenen Jahr lediglich der US-Dollar, der von einem Rekordtief zum nächsten fiel.

Entwicklung des versicherungstechnischen Ergebnisses

Rohüberschuss ohne Kapitalanlageergebnis/sonstiges Ergebnis
in % der gebuchten Bruttobeiträge



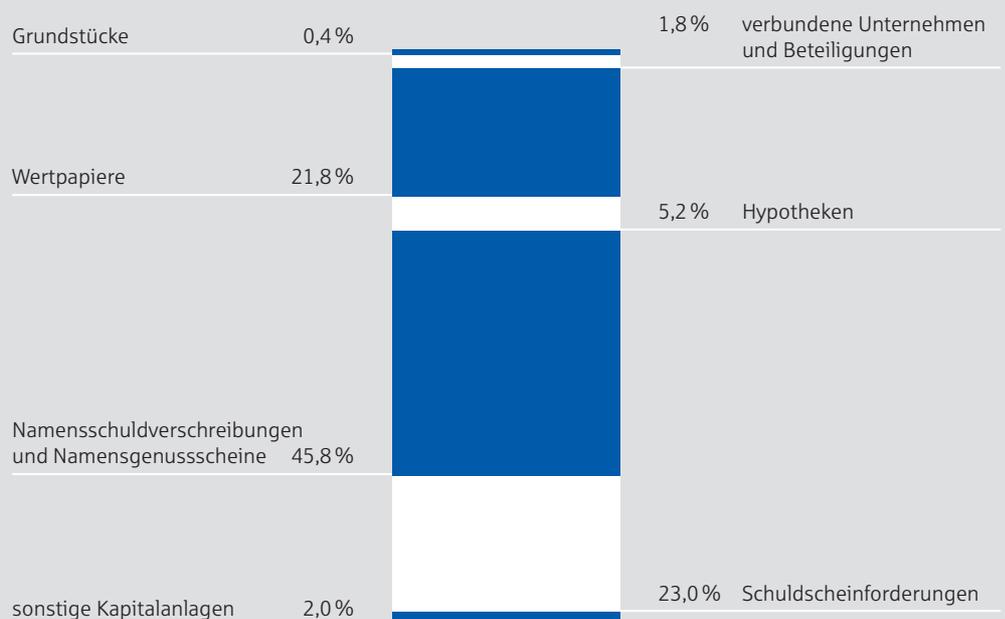
Der Kapitalanlagebestand ist im Berichtsjahr um 3,5 Prozent auf 6 707,8 Millionen Euro angestiegen. Das Kapitalanlageergebnis der Provinzial lag bei 295,6 Millionen Euro. Dies entspricht einer Nettoverzinsung von 4,5 Prozent (Vorjahr: 5,2 Prozent). Das laufende Nettoergebnis aus Kapitalanlagen hat sich von 278,9 Millionen Euro auf 280,5 Millionen Euro erhöht. Das übrige Ergebnis aus Kapitalanlagen betrug 15,1 Millionen Euro (Vorjahr: 52,0 Millionen Euro).

Mit der Reform des Versicherungsvertragsgesetzes ist zum Jahresabschluss 2007 erstmalig der Zeitwert je Anlageklasse zu veröffentlichen. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Zinsen und des höheren Risikozinses für Kreditrisiken haben sich im Bereich der Nennwertpapiere jedoch Verluste ergeben, die durch stille Reserven aus anderen Anlagen nicht ausgeglichen werden konnten. Insgesamt sind 160,2 Millionen Euro bzw. 2,4 Prozent der Kapitalanlagen als stille Last auszuweisen.

In Aktien und Investmentanteile wurden 534,3 Millionen Euro investiert. Schwerpunkt war mit 500 Millionen Euro der Investitionstätigkeit die Neuinvestition in einen Spezialfonds. Ziel der Masterfonds ist es, das zur Verfügung stehende fondsspezifische Risikokapital in verschiedene Anlageklassen so zu investieren, dass unter Ausnutzung der Diversifikationseffekte das Verhältnis aus Risikokapital und vereinnahmten Risikoprämien optimiert wird.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten



Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen in Aktien und Investmentanteile in Höhe von 0,4 Millionen Euro und Zuschreibungen in Höhe von 0,1 Millionen Euro vorgenommen. Auf zwei dem Anlagevermögen zugeordnete Fonds wurden Wertberichtigungen in Höhe von 16,8 Millionen Euro vermieden. Die durchgerechnete Bruttoaktienquote betrug zum Bilanzstichtag 6,3 Prozent auf Buchwertbasis. Aktienbestände in den Spezialfonds waren teilweise durch derivative Finanzinstrumente gesichert.

Die durchgerechnete Nettoimmobilienquote beträgt 5,6 Prozent der Kapitalanlagen.

Der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren wurde von 70,8 Millionen Euro auf 24,4 Millionen Euro reduziert.

An Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen wurden 11,9 Millionen Euro neu ausgeliehen. Tilgungen flossen in Höhe von 31,7 Millionen Euro zurück. Einzelwertberichtigungen bestehen in Höhe von 0,4 Millionen Euro.

Bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen waren Zugänge in Höhe von 1 027,7 Millionen Euro zu verzeichnen, davon entfallen 19,5 Millionen Euro auf die Aktivierung von Zerosinserträgen. Die Zinsentwicklung im Geschäftsjahr wurde genutzt, die Duration im Zinsbestand zu verlängern und somit den längerfristigen Verpflichtungen auf der Passivseite geeigneter Rechnung zu tragen. Getilgt bzw. verkauft wurden 1.224,5 Millionen Euro. Kursgewinne von 10,4 Millionen Euro standen Kursverluste von 2,7 Millionen Euro gegenüber.

Nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode ergab sich im Berichtsjahr eine laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen von 4,2 Prozent (Vorjahr: 4,4 Prozent).

Mitarbeiter

Die VGH hat in der Kategorie „Berufliche Erstausbildung“ mit ihrem Ausbildungskonzept „Außendienst als Chance“ den Bildungspreis der Deutschen Versicherungswirtschaft, den „InnoWard“, gewonnen. Unter dem Motto „Aus der Branche für die Branche“ haben sich das Berufsbildungswerk der deutschen Versicherungswirtschaft (BWV) e.V., die regionalen Berufsbildungswerke der deutschen Versicherungswirtschaft (BWV Regional) und die Deutsche Versicherungsakademie (DVA) GmbH, dieser Aufgabe verpflichtet und in den Bereichen „Berufliche Erstausbildung“ und „Personalentwicklung und Qualifizierung“ je drei Preise ausgelobt. Sechs Auszubildende der VGH entwickelten im Rahmen der Projektarbeit, die bei der VGH Bestandteil der Ausbildung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen ist, das Konzept „Traineeprogramm zur Übernahme einer Vertretung“. Es soll den Nachwuchs befähigen, nach drei Jahren intensiver Vorbereitung, Betreuung und Begleitung eine VGH-Vertretung zu übernehmen. Im Januar 2007 starteten die ersten elf auslernenden Auszubildenden mit dem neuen dreijährigen Traineeprogramm. Somit ist die Möglichkeit geschaffen worden, gut ausgebildeten und ausgelerten Auszubildenden eine Perspektive für eine sehr anspruchs-

volle Tätigkeit – die Selbstständigkeit – zu bieten und dem Unternehmen qualifizierten Nachwuchs für die Wiederbesetzung frei werdender Agenturen zu erhalten. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die Ausbildung für die jungen Trainees und für das Unternehmen eine nachhaltige persönliche und vertriebliche Zukunft eröffnet.

Für qualifizierten Nachwuchs sind weiterhin Investitionen geplant. Deshalb gibt es ab Januar 2008 ein neues Angebot für auslernende Auszubildenden: Sie haben jetzt die Chance, im „Sprungbrett“ für zwei Jahre in ein Entwicklungsprogramm zu gehen, in dem sie bedarfsgerecht im gesamten VGH-Gebiet eingesetzt werden. Durch wechselnde Einsätze können sie so breit gefächerte Berufserfahrung sammeln, ihre Flexibilität unter Beweis stellen und damit letztlich ihre beruflichen Chancen erhöhen.

Unter dem Programmnamen „Schiffbauer“ wurde vor zwei Jahren ein Veränderungsprozess eingeleitet, der eine stärkere Vernetzung der Leitungsebenen und die Vorbereitung auf unsere Change-Management-Themen der nächsten Jahre zum Ziel hat. Im Berichtsjahr haben wir die Maßnahmen auf die Führungsebene der Abteilungs- und Vertriebsleiter ausgeweitet.

Die VGH verfolgt weiterhin eine kontinuierliche Stellenentwicklung und bleibt ein attraktiver Arbeitgeber mit vielfältigen Berufschancen. Sie beschäftigt insgesamt 1 885 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und leistet damit als niedersächsisches Unternehmen einen bedeutenden Anteil zur Einkommenserzielung privater und öffentlicher Haushalte in der Region.

Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen und Sparkassen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen, mit denen sie wesentlich zum Erfolg unserer Unternehmen im Geschäftsjahr 2007 beigetragen haben. Auch den Personalräten und der Frauenbeauftragten danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Risiko-Management-System der Provinzial ist seit mehreren Jahren etabliert und wird von der internen Revision in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen. Wir untergliedern das Gesamtrisiko in folgende Kategorien:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft
- Risiken aus Kapitalanlagen
- Operationale Risiken

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko in der Lebensversicherung besteht im Wesentlichen darin, dass aus der im Voraus festgesetzten Prämie eine langfristig gleichbleibende Versicherungsleistung zu erbringen ist, die von zukünftigen Entwicklungen abhängt. Zur Beschränkung dieses Risikos werden in den Kalkulationsgrundlagen der Lebensversicherer Sicherheitszuschläge berücksichtigt. Sofern sich die in den Kalkulationsgrundlagen eingerechneten Sicherheitszuschläge als unzureichend erweisen, werden neue Rechnungsgrundlagen und Konzepte zur Stärkung der Deckungsrückstellung erarbeitet. Die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen werden von der Aufsichtsbehörde und der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) als ausreichend für die Berechnung der Deckungsrückstellung angesehen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Das mögliche Risiko eines Forderungsausfalls im Versicherungsgeschäft ist bei der Provinzial gering. Die fälligen Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern am Bilanzstichtag betragen 7,3 Millionen Euro, hiervon sind 1,6 Millionen Euro älter als 90 Tage.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen der VGH werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess investiert. Durch das Risikomanagement wird eine laufende Überwachung der Kapitalanlagentätigkeit insbesondere im Hinblick auf die Marktwert Risiken sichergestellt. Ziel ist es, die Risiken der Kapitalanlage frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und aufzuzeigen, damit notwendige Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- Preisrisiken bei nachteiligen Veränderungen der Märkte
- Bonitätsrisiken durch den Ausfall eines Emittenten oder Kontrahenten
- Liquiditätsrisiken durch nicht zeitgerechte Liquiditätszuflüsse und -abflüsse

Grundlage des Risikomanagements bilden dabei das vom Vorstand verabschiedete Risikokapital sowie das festgelegte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Im operativen Risikomanagement können derivative Finanzinstrumente vor allem zur Sicherung von Marktpreisrisiken und zur Steuerung der Aktienquote eingesetzt werden. Die Messung, Kontrolle und Steuerung der Marktwert Risiken erfolgt unterjährig mit Hilfe von Szenarioanalysen. So ist gewährleistet, dass jederzeit die Auswirkungen unterschiedlicher Kapitalmarktszenarien auf die Finanz- und Ertragslage auf Basis des aktuellen Kapitalanlagebestands beurteilt werden können.

Bonitätsrisiken der Kontrahenten wird durch sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und einer kontinuierlichen Ratingüberprüfung begegnet.

Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro bzw. währungsgesichert getätigt wird.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war von allen Versicherungsgesellschaften zum 31. Dezember 2007 ein Stresstest durchzuführen, der vier negative Kapitalmarktszenarien simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Provinzial alle vier Szenarien verkraften kann, ohne dass die Risikotragfähigkeit des Unternehmens gefährdet wäre. Weitere unterjährige Stresstests fielen ausnahmslos positiv aus.

Die Kapitalanlagen der Provinzial Lebensversicherung in Höhe von 6,7 Milliarden Euro dienen zum weit überwiegenden Teil der Bedeckung von zukünftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern. Dies stellt besondere Anforderungen an die Sicherheit der Kapitalanlage und an ein damit korrespondierendes Risikomanagement. Die Provinzial sichert daher über langfristige, stochastische Simulationen im Rahmen des Asset-Liability-Managements ab, dass die gewählte Kapitalanlagestrategie die Erfordernisse der zinspflichtigen Passiva erfüllen kann. Im laufenden Prozess wird dann der tatsächlich eingetretenen Kapitalmarktentwicklung Rechnung getragen. Unterjährig wird über regelmäßige Simulationen und eine ständige Steuerung der Mischung der verschiedenen Kapitalanlagen sowie durch die Nutzung entsprechender Derivate eine möglichst hohe Ausschöpfung aller Chancen unter Beachtung des vorhandenen Risikokapitals angestrebt.

Operationale Risiken

Das operationale Risiko betrifft Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen oder die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Technische Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Da die wesentlichen Dienstleistungen für EDV-Anwendungen und -Technik auf die ivv – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH (ivv) übertragen wurden, hat die Provinzial Rahmenvereinbarungen mit der ivv getroffen, um die EDV-Risiken zu begrenzen. Eine umfassende Sicherheitsstrategie, die u. a. die räumlich getrennte Archivierung wichtiger Daten, redundante Rechnersysteme sowie regelmäßige Notfallübungen beinhaltet, gewährleistet in der ivv die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der eingesetzten EDV-Systeme. Eine systematische Revision in Zusammenarbeit mit dem IT-Sicherheitsmanagement sowie interne Kontrollen tragen darüber hinaus zur Sicherheit und Verfügbarkeit der EDV-Anlagen, Daten und Programme bei.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welches das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und das Risiko unternehmensschädigender Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Kontrollverfahren. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko unternehmensschädigender Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Angemessenheit, Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Interne Revision im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit laufend überwacht.

Rechtliche Risiken können insbesondere aus veränderten Rahmenbedingungen resultieren, die durch Gesetzesänderungen oder gerichtliche Entscheidungen bedingt sind. Diese schließen zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken ein. Diesen Risiken wird durch das rechtzeitige Ergreifen entsprechender Maßnahmen wie der Begleitung von Vertragsverhandlungen sowie der Überprüfung und Anpassung von bestehenden Verträgen begegnet. Darüber hinaus beobachten wir fortlaufend Änderungen im rechtlichen Umfeld, die unser Unternehmen beeinflussen könnten, und treffen alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen zur Beherrschung der sich ergebenden Risiken. So bildeten neben den neuen gesetzlichen Vorgaben für Versicherungsvermittler die Änderungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) den Schwerpunkt der unternehmensübergreifenden rechtlichen Beratung im Berichtsjahr. Um die entsprechenden Anforderungen zu realisieren, wurden frühzeitig Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mit Hilfe des Risiko-Management-Systems der Provinzial Lebensversicherung sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risikofrüherkennungs-System, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass gegenwärtig keine Risiken erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Provinzial Lebensversicherung nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Strategie

Unsere Unternehmensstrategie basiert auf den Grundsätzen Unternehmerische Selbstständigkeit, Regionalität, Verbund mit der Sparkassen-Finanzgruppe, Gemeinwohlorientierung sowie Starke Partnerschaften. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit durch Produktivitätswachstum nachhaltig zu sichern, haben wir folgende Ziele formuliert:

- Überdurchschnittliche Ertragskraft
- Marktführerschaft
- Enge Kundenbindung und ausgeprägte Kundennähe
- Attraktive Produkte
- Überdurchschnittliche Servicequalität

Wir setzen auf unsere Hauptvertriebswege Vertretungen und Sparkassen mit hohen Serviceleistungen vor Ort. Die Produktpolitik zielt darauf ab, geänderte Kundenbedürfnisse in neue Produkte umzusetzen. Ein verstärkt modulares Vorgehen sichert dabei Schnelligkeit und Flexibilität. Durch eine Optimierung der Geschäftsprozesse lassen sich Kosten gering halten, um unseren Kunden ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis zu bieten. Personalpolitisch setzen wir auf Ziel- und Teamorientierung, Qualifizierung sowie eine vorausschauende Personaleinsatzsteuerung.

Prognosebericht

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. geht für die Lebensversicherung insgesamt (einschließlich Pensionskassen und Pensionsfonds) von einem Beitragswachstum von 2 Prozent aus. Der bereits heute deutlich spürbare Trend zugunsten einer verstärkten Akzeptanz der Altersvorsorgeprodukte der Lebensversicherungswirtschaft wird sich weiter fortsetzen. Dies sollte sich auch in einem weiterhin kräftigen Riester-Neugeschäft – mit dem Sondereffekt der letzten Anhebung der Riester-Förderung 2008 – widerspiegeln. Im Einmalbeitragsgeschäft spielt der Wettbewerb mit anderen Formen der Geldanlage eine wichtige Rolle. Wegen der Einführung der Abgeltungsteuer ab 2009 auf Einkünfte aus Kapitalvermögen wird das zu erwartende „Last Call“-Geschäft mit Fonds für eine intensive Konkurrenzsituation sorgen. Ab 2009 wird die Lebensversicherung dagegen profitieren.

Mit der unbefristeten Fortführung der Sozialversicherungsfreiheit für die Entgeltumwandlung ist seitens des Gesetzgebers ein Schritt vollzogen worden, der auch im aktuellen Jahr das Neugeschäft in diesem Bereich unterstützen wird.

Die Provinzial hat für das Jahr 2008 ein Neugeschäftsvolumen geplant, das positiv beeinflusst durch die vierte Riester-Stufe spürbar über dem Niveau des Jahres 2007 liegt. Aktiv gefördert wird das Neugeschäft zusätzlich durch eine erweiterte Produktlandschaft. So wird besonders im Bereich der Rentenversicherungen das Leistungsspektrum erweitert. Darüber hinaus werden neue Produkte die Angebotspalette weiter vervollständigen. Gemessen an der Versicherungssumme kann deshalb von einem leichten Bestandszuwachs ausgegangen werden, auf Grund der derzeitigen Struktur an Vertragsabläufen muss jedoch mit einem weiteren Rückgang der Beitragseinnahmen gerechnet werden.

Im Kapitalanlagebereich gehen wir aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage und der risiko-/ertragsorientierten Anlagestruktur bei der Provinzial von einem marktkonformen Ergebnis aus.

Hannover, den 25. Februar 2008

Der Vorstand

Übrige Angaben

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2007

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
		Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	
		Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	812 177	570 230		25 462 586
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang				
a) eingelöste Versicherungsscheine	79 394	28 653	30 352	1 840 058
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos. 2)		5 342	5 590	140 898
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile				44 049
3. Übriger Zugang	290	187	26	10 169
4. Gesamter Zugang	79 684	34 182	35 968	2 035 174
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	2 314	1 236		52 360
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	21 836	29 584		910 381
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	29 593	21 964		867 286
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	3 246	1 674		176 352
5. Übriger Abgang	235	941		10 016
6. Gesamter Abgang	57 224	55 399		2 016 395
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	834 637	549 013		25 481 365

Einzelversicherungen								Kollektivversicherungen	
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungs- versicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonst. Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähig- keits- und Pflegerentenver- sicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
436 294	374 994	124 487	49 634	189 661	132 967	1 850	2 385	59 885	10 250
8 549	4 704	12 179	5 610	33 251	15 747	1 378	1 399	24 037	1 193
	3 238		53		1 735		19		297
108	110	14	17	19	33			149	27
8 657	8 052	12 193	5 680	33 270	17 515	1 378	1 418	24 186	1 517
1 409	901	286	145	364	164	2	14	253	12
9 958	18 905	7 625	2 305	834	8 173		95	3 419	106
17 816	14 723	3 012	1 218	7 659	5 648	148	155	958	220
	317	3 246	1 294		63				
47	53	76	27	11	784			101	77
29 230	34 899	14 245	4 989	8 868	14 832	150	264	4 731	415
415 721	348 147	122 435	50 325	214 063	135 650	3 078	3 539	79 340	11 352

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonst. Lebensversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	812 177	25 462 586	436 294	12 424 824
davon beitragsfrei	116 341	1 802 353	47 938	783 991
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	834 637	25 481 365	415 721	11 771 064
davon beitragsfrei	143 952	2 242 818	56 459	1 040 394

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt		Unfall-Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	229 644	11 252 473	85 822	2 209 061
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	217 060	10 769 870	78 389	2 039 673

Einzelversicherungen				Kollektivversicherungen			
Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversiche- rungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe	Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen		Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
124 487	6 652 832	189 661	5 599 878	1 850	39 599	59 885	745 453
4 824	61 865	15 927	539 960	143	1 598	47 509	414 939
122 435	6 637 830	214 063	6 103 200	3 078	72 624	79 340	896 647
4 356	40 617	17 570	589 195	172	1 899	65 395	570 713

Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts- Zusatzversicherungen		Risiko- und Zeitrenten- Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatz- versicherungen	
Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
134 637	8 912 787	5	184	9 180	130 441
129 144	8 574 961	5	184	9 522	155 052

Übrige Angaben

Einzelversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Vermögensbildungsversicherung

Risikolebensversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Fondsgebundene Lebensversicherung

Versicherungen nach Altersvermögensgesetz

Kollektivversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Bausparrisikoversicherung

Restschuldversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Zusatzversicherung

Unfallzusatzversicherung

Berufsunfähigkeits(Invaliditäts)-Zusatzversicherung

Risikozusatzversicherung

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 1 050 Tausend Euro ausgewiesen.

Der Trägerversammlung am 7. April 2008 wird vorgeschlagen, den ausgewiesenen Bilanzgewinn zur Ausschüttung einer Dividende von 7 Prozent auf das eingezahlte Trägerkapital von 15 Millionen Euro an die Träger zu verwenden.

Hannover, den 25. Februar 2008

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

Aktivseite	2007			2006
	€	€	€	€
A. Ausstehende Einlagen auf das Trägerkapital			45 000 000	45 000 000
davon eingefordert: 0 (0) €				
B. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			2 936 245	1 481 595
C. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		27 789 854		28 565 501
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	100 000			6 284 558
2. Beteiligungen	120 563 405			101 315 961
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2 781 731	123 445 136		3 465 883
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 436 955 108			1 002 296 305
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24 439 220			70 755 035
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	351 604 162			371 399 592
4. Sonstige Ausleihungen	4 697 615 569			4 894 381 335
5. Einlagen bei Kreditinstituten	46 000 000	6 556 614 059	6 707 849 049	0
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			13 671 029	11 642 149
E. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	22 974 691			25 742 860
2. Versicherungsvermittler	1 075 113	24 049 804		576 307
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		213 992		1 634
III. Sonstige Forderungen		5 256 908	29 520 704	25 762 153
davon: an verbundene Unternehmen 551 753 (0) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 0 (0) €				
F. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		710 020		551 139
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		16 741 882		69 198 662
III. Andere Vermögensgegenstände		2 131 636	19 583 538	254 852
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		100 773 297		105 948 566
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		35 668 715	136 442 012	47 109 575
Summe der Aktivseite			6 955 002 577	6 811 733 662

Passivseite	2007			2006
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital		60 000 000		60 000 000
II. Kapitalrücklage		100 000 000		100 000 000
III. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	6 000 000			6 000 000
2. Andere Gewinnrücklagen	12 500 000	18 500 000		10 000 000
IV. Bilanzgewinn		1 050 000	179 550 000	1 050 000
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			243 063	267 370
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	67 434 605			72 532 244
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	11 087 500	56 347 105		11 505 319
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	5 953 800 079			5 854 551 971
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	170 096 380	5 783 703 699		153 079 635
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	34 728 849			38 560 541
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	3 242 076	31 486 773		3 685 302
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	574 133 602			521 578 165
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	574 133 602	6 445 671 179	0
D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	13 490 768			11 462 104
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	13 490 768		0
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	180 261			180 045
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	180 261	13 671 029	0
E. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		46 245 971		43 119 923
II. Steuerrückstellungen		10 269 080		4 404 375
III. Sonstige Rückstellungen		10 835 500	67 350 551	10 992 086
Übertrag:			6 706 485 822	6 566 428 568

	2007			2006
	€	€	€	€
Übertrag:			6 706 485 822	6 566 428 568
F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			181 183 880	164 584 955
G. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	37 701 243			55 057 447
2. Versicherungsvermittlern	2 271 710	39 972 953		2 136 374
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		763 881		1 899 980
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1 909		0
IV. Sonstige Verbindlichkeiten		13 449 097	54 187 840	11 362 549
davon: aus Steuern 731 612 (468 056) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit 265 840 (289 374) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 7 904 913 (0) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 0 (4 291 060) €				
H. Rechnungsabgrenzungsposten			13 145 035	10 263 789
Summe der Passivseite			6 955 002 577	6 811 733 662

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C II und D I der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne von § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 8. 1. 2008 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Hannover, den 25. Februar 2008

Krüger

Verantwortlicher Aktuar

Bestätigung gemäß VAG:

In analoger Anwendung zu § 73 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 26. Februar 2008

Dr. Plathe

Treuhänder

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	2007			2006
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	593 432 901			618 833 714
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-28 848 196	564 584 705		-26 044 900
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	5 097 639			8 615 055
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-417 820	4 679 819	569 264 524	-375 352
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			35 282 520	0
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €		9 169 424		7 580 685
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
aa) Erträge aus Grundstücken	2 292 688			10 357 921
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	277 378 133	279 670 821		272 955 282
c) Erträge aus Zuschreibungen		283 820		15 270 347
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		20 789 810		44 920 529
e) Erträge aus Gewinnabführung		0		9 421 443
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		24 307	309 938 182	24 307
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			284 233	781 590
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			427 397	328 607
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-598 897 406			-586 409 903
bb) Anteil der Rückversicherer	14 577 479	-584 319 927		7 221 625
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	3 831 692			-656 267
bb) Anteil der Rückversicherer	-443 226	3 388 466	-580 931 461	264 650
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	-101 276 772			-126 232 558
bb) Anteil der Rückversicherer	17 016 745	-84 260 027		18 927 654
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		-216	-84 260 243	-103 240
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung feR			-158 152 303	-135 666 812
Übertrag:			91 852 849	140 014 377

	2007			2006
	€	€	€	€
Übertrag:			91 852 849	140 014 377
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen	-40 214 248			-40 155 624
b) Verwaltungsaufwendungen	-12 552 245	-52 766 493		-12 114 586
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		3 549 648	-49 216 845	4 159 368
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		-7 546 676		-7 674 694
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		-2 543 920		-13 771 682
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-4 252 985		-8 243 155
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		0		0
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		0	-14 343 581	0
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-17 637	0
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			-10 605 870	-43 619 795
13. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			17 668 916	18 594 209
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		4 129 733		3 282 916
2. Sonstige Aufwendungen		-16 048 617	-11 918 884	-15 286 018
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			5 750 032	6 591 107
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-2 164 178		-2 146 154
5. Sonstige Steuern		-35 854	-2 200 032	-394 953
6. Jahresüberschuss			3 550 000	4 050 000
7. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			-2 500 000	-3 000 000
8. Bilanzgewinn			1 050 000	1 050 000

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

B. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

C. Kapitalanlagen

Grundstücke werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse. Das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zum Nennwert bilanziert.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, soweit dem Umlaufvermögen zugeordnet, mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteilen erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip. Das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind zum Nennwert bzw. in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Erforderliche Abschreibungen werden vorgenommen. Agio- und Disagiobeträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt.

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet. Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen nicht börsenfähigen Genussrechte sind teilweise zu Anschaffungskosten bilanziert.

Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sind in Höhe der Rückzahlungsbeträge angesetzt.

Die unter den übrigen Ausleihungen bilanzierten Wertpapiere sind zum Nennwert bilanziert.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Nominalbetrag ausgewiesen.

- D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**
- Die Kapitalanlagen für die fondsgebundene Lebensversicherung werden mit dem Zeitwert angesetzt.
- E. Forderungen**
- Forderungen werden grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.
- Die noch nicht fälligen Forderungen an Versicherungsnehmer sind für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.
- F. Sonstige Vermögensgegenstände**
- Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung. Geringwertige Anlagegüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.
- Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks, des Kassenbestands sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit dem Nennbetrag.
- B. Sonderposten mit Rücklageanteil**
- Dieser Posten wird, soweit steuerlich zulässig, auch in der Handelsbilanz gebildet.
- C. Versicherungstechnische Rückstellungen**
- Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag einzeln ermittelt. Sie sind um die steuerlich zulässigen verausgabten anteiligen Kosten gekürzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Der koordinierte Ländererlass vom 9. 3. 1973 wird berücksichtigt.
- Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung ist für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet. Die Berechnungen für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG und die Berechnungen der Auffüllungsbeträge für Renten- und BU-Versicherungen sind nach den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplänen erfolgt.

Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestandes werden

- bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1926/42 und 1967 mit einem Rechnungszins von 3 % und einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme bzw. die Sterbetafel 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme,
- bei Rentenversicherungen die Sterbetafel 1949/51 mit einem Rechnungszins von 3 % und einem Zillmersatz von 35 % der Jahresrente bzw. die Sterbetafeln 1987 R mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 5 % der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge auf Basis des von der DAV empfohlenen Interpolationsverfahrens die Sterbetafeln DAV 2004 R Bestand und DAV 2004 R-B20, bzw. DAV 94 R, mit einem Rechnungszins von 4 % als Rechnungsgrundlage verwendet.

Den Berechnungen für die wesentlichen Teilbestände des Neubestandes liegen bei Kapitalversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 T bzw. bei Rentenversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 R und DAV 2004 R sowie ein Rechnungszins von 4 %, 3,25 % bzw. 2,75 % und ein Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme zugrunde.

Die Ermittlung der Auffüllungsbeträge für Rentenversicherungen erfolgt auf Basis des von der DAV empfohlenen Interpolationsverfahrens mit den Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20 und dem jeweiligen Rechnungszins. Zusätzlich werden bei der Berechnung Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten sowie Verwaltungskosten gemäß den Ermittlungsgrundsätzen der DAV berücksichtigt.

Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des AGG Rechnung.

Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e. V. (DGVM), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern des DGVM veröffentlichte Hinweise finden sich unter www.aktuar.de (Veröffentlichungen/Sonstige).

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung.

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt.

Für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wird der Schlussüberschussanteilfonds als Barwert der künftigen Leistungen unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung und einem Gesamtdiskontsatz von 5,5 % berechnet.

Der Schlussüberschussanteilfonds des Neubestandes wird nach dem in § 28 Abs. 7 RechVersV beschriebenen Verfahren mit einem Gesamtdiskontsatz von 5,5 % berechnet.

Der Anspruch auf Schlusszahlung für BU-Versicherungen wird in voller Höhe innerhalb des Schlussüberschussanteilfonds reserviert.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird individuell je Schadenfall ermittelt. Für Spätschäden wird die fällige Versicherungsleistung unter Abzug der Deckungsrückstellung passiviert.

Zu den noch nicht abgewickelten Versicherungsfällen werden die steuerlich rückstellungsfähigen Regulierungsaufwendungen hinzugesetzt. Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen die Rückstellungen den Rückversicherungsverträgen.

D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherungen sowie die übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen der fondsgebundenen Überschussanteile der AVmG-Verträge werden nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert ermittelt.

E. Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem in § 6 a EStG festgelegten Teilwert der Verpflichtungen bewertet. Der Berechnung der Rückstellung liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 6 % zugrunde.

Die Berechnung der Pensionsrückstellung durch Gehaltsverzicht wird gemäß § 6 a EStG unter Verwendung der „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 6 % durchgeführt. Als Alterskapital zum Pensionsalter wird die Ablaufleistung der auf das 65. Lebensjahr abgeschlossenen Rückdeckungsversicherung dargestellt. Im Verzichtsyear wird nur die garantierte Leistung aus der Rückdeckungsversicherung als Todes- und Alterskapital angesetzt. Der Wert erhöht sich jährlich um den Wert der Überschussbeteiligung.

Die Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst den Aufstockungsbetrag, den Erfüllungsrückstand und die Kapitalzahlungen zum Ausgleich von Abschlägen in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Verbindlich feststehende Vorruhestands- und Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert passiviert. Der Berechnung beider Rückstellungen sind die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 % berechnet. Der Bewertung sind die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.

F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

G. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag. In einem Fall erfolgt eine Abzinsung unter Anwendung eines Diskontsatzes in Höhe von 3 %.

Sonstige Angaben

Alle Positionen in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtags bewertet.

Eine Rückversicherungsabrechnung wurde geschätzt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst ein Grundstück mit Geschäftsbauten sowie zwei Grundstücke ohne Bauten. Am Bilanzstichtag wurden keine Bauten selbst genutzt. Bei den Abschreibungen auf Grundstücke handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen.

C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
	%	Tsd. €	Tsd. €
C II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen			
VGH Projekt GmbH & Co. 1. Immobilien Verwaltungs KG, Hannover	100,00	95	0
C II 2. Beteiligungen			
VV Immobilien GmbH & Co. US City KG, München	22,22	178 178	9 408

Für eine Beteiligung mit einem Bilanzwert in Höhe von 36 063 Tausend Euro wurde ein Zeitwert in Höhe von 28 774 Tausend Euro ermittelt. Die Differenz resultiert aus vorübergehenden Dollarkursschwankungen.

C III 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind zwei dem Anlagevermögen zugeordnete Investmentanteile mit einem Bilanzwert in Höhe von 337 376 Tausend Euro und einem Zeitwert in Höhe von 320 555 Tausend Euro enthalten. Die Differenz ist im Wesentlichen durch die allgemeine Spreadausweitung bedingt.

C III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Bei 11 Hypothekendarlehen übersteigen die Ausleihungen die vorgeschriebene Beleihungsgrenze um insgesamt 497 Tausend Euro. Diese Darlehen sind durch Bürgschaften gem. § 1 Absatz 1 Nr. 3e der Anlageverordnung zusätzlich gesichert. Wir betreiben 27 Zwangsversteigerungsverfahren.

C III 4. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 446 551 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 400 907 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven aus anderen Titeln in Höhe von 451 Tausend Euro gegenüber.

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 291 849 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 276 753 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven aus anderen Titeln in Höhe von 867 Tausend Euro gegenüber.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten mit 206 036 Tausend Euro Namensgenussrechte, mit 6 647 Tausend Euro nicht börsenfähige Genussrechte und mit 8 874 Tausend Euro weitere Sonstige Ausleihungen.

Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2006		
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	1 482	1 811	0
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	28 566	0	0
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	6 284	350	0
2. Beteiligungen	101 316	31 965	0
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3 466	1 876	0
Summe C II.	111 066	34 191	0
C III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 002 296	540 241	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	70 755	0	0
3. Hypotheken, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	371 400	11 869	0
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	2 502 884	470 105	435 841
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2 064 507	538 324	-435 841
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	80 581	17 584	0
d) Übrige Ausleihungen	246 409	1 715	0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	0	1 712 500	0
Summe C III.	6 338 832	3 292 338	0
Insgesamt	6 479 946	3 328 340	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Als Zeitwert für Grundstücke und Bauten wird grundsätzlich der Ertragswert angesetzt. In einem Fall erfolgte die Bewertung anhand des vorläufigen Verkaufspreises. Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte 2007.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt nach dem Net Asset Value, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten. In einem Fall wird der Zeitwert aus Anteilerwerb/-veräußerung hergeleitet. Die Zeitwerte entsprechen teilweise dem Buchwert.

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, übrigen Ausleihungen und Hypothekenforderungen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen und Schuld-

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
			2007	2007	2007	2007
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
0	0	357	2 936			
0	0	776	27 790	27 790	35 005	7 215
6 534	0	0	100	100	100	0
12 218	0	500	120 563	120 563	138 609	18 046
2 560	0	0	2 782	2 782	2 782	0
21 312	0	500	123 445	123 445	141 491	18 046
105 214	76	444	1 436 955	1 436 955	1 460 669	23 714
45 787	30	559	24 439	24 439	25 002	563
31 698	178	145	351 604	351 462	349 095	-2 367
556 269	0	0	2 852 561	2 870 809	2 731 401	-139 408
622 404	0	0	1 544 586	1 541 920	1 482 473	-59 447
19 253	0	0	78 912	78 912	78 912	0
26 534	0	33	221 557	229 322	220 842	-8 480
1 666 500	0	0	46 000	46 000	46 000	0
3 073 659	284	1 181	6 556 614	6 579 819	6 394 394	-185 425
3 094 971	284	2 814	6 710 785	6 731 054	6 570 890	-160 164

*) ohne B.; einschließlich Agien und Disagien

scheindarlehen mit derivativen Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. In einzelnen Fällen wird auf unabhängige externe Datenlieferanten zurückgegriffen.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Für in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen ergeben sich als

	Tsd. €
Gesamtsumme der Anschaffungskosten	6 731 054
Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes	6 570 890
Saldo	-160 164

D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

	Fondsanteile 2007	Bilanzwert 2007
Der Anlagestock setzt sich zusammen aus:	Anzahl	Tsd. €
DekaSystem		
Ertrag	525,7	23
Wachstum	2 722,0	113
Chance	3 101,0	122
Chance Plus	3 268,8	123
DekaStruktur: 2		
Ertrag Plus	8 399,1	421
Wachstum	46 220,2	2 117
Chance	104 139,3	4 261
Chance Plus	86 895,0	3 072
DekaStruktur: 3		
Ertrag Plus	11 865,8	620
Wachstum	28 288,9	1 454
Chance	11 812,3	610
Chance Plus	6 559,9	328
DekaStruktur: 4		
Ertrag	97,8	5
Ertrag Plus	357,7	19
Wachstum	1 882,2	110
Chance	2 098,5	144
Chance Plus	1 686,5	129
Insgesamt	319 920,7	13 671

E I 1. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die ausgewiesenen Forderungen enthalten 7 254 (7 222) Tausend Euro fällige Ansprüche sowie noch nicht fällige Ansprüche von 15 720 (18 521) Tausend Euro.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen mit 20 439 (24 837) Tausend Euro, Schuldscheinforderungen in Höhe von 7 293 (12 416) Tausend Euro sowie übrige Ausleihungen 7 764 (9 811) Tausend Euro.

Des Weiteren beinhaltet der Posten abgegrenzte Zinsen für Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von 100 115 (104 032) Tausend Euro und für Wertpapiere von 540 (1 893) Tausend Euro, die erst in 2008 fällig werden.

A III 2. Andere Gewinnrücklagen

Den anderen Gewinnrücklagen werden im Geschäftsjahr 2 500 Tausend Euro zugeführt.

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten beinhaltet eine Wertberichtigung aus einer Übertragung gemäß § 6 b EStG auf das Grundstück der VGH & Partner Grundstücksgesellschaft bR mit 243 (267) Tausend Euro.

C IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2007	2006
	Tsd. €	Tsd. €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	521 578	424 177
Entnahmen im Geschäftsjahr	-105 597	-38 266
Zuführung aus dem Bruttoüberschuss des Geschäftsjahres	158 152	135 667
Stand am Ende des Geschäftsjahres	574 134	521 578

Die in der Rückstellung enthaltenen Verpflichtungen betreffen ausschließlich die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung.

Die Entnahmen enthalten auch die den Rechnungszinsfuß übersteigenden Zinsen auf angesammelte Überschussanteile.

Von der Rückstellung Ende 2007 entfallen auf bereits deklarierte laufende Überschussanteile 89,2 Millionen Euro. Darüber hinaus sind für Schlussüberschussanteile 305,4 Millionen Euro bestimmt, von denen 38,5 Millionen Euro in 2008 fällig werden. Unsere Dividendensätze für das Jahr 2008, einschließlich der Direktgutschrift, sind auf den Seiten 122 bis 139 dieses Geschäftsberichtes dargestellt.

E III. Sonstige Rückstellungen

	2007	2006
	Tsd. €	Tsd. €
Verpflichtungen aus Vorruhestandsgeld und Altersteilzeit	4 083	4 052
Provisionen	3 688	3 980
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	1 326	1 008
Jahresabschlusskosten und Geschäftsbericht	590	498
Mitarbeiterjubiläen	523	545
Archivierung	420	160
IHK- und Berufsgenossenschaftsbeiträge	107	116
erbrachte und noch nicht abgerechnete Herstellungs- und Instandhaltungsaufwendungen	0	525
übrige Rückstellungen	98	108
Insgesamt	10 835	10 992

G I 1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten 17 279 (17 604) Tausend Euro gutgeschriebene Überschussanteile sowie 1 879 (1 425) Tausend Euro noch nicht abgehobene Gewinnanteile.

H. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 854 (970) Tausend Euro sowie Disagio aus Kapitalanlagen in Höhe von 12 291 (9 294) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 1 a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2007	2006
	Tsd. €	Tsd. €
Einzelversicherungen		
laufende Beiträge	547 186	564 721
Einmalbeiträge	23 814	33 688
Kollektivversicherungen		
laufende Beiträge	10 279	10 423
Einmalbeiträge	12 154	10 002
Selbst abgeschlossenes Geschäft	593 433	618 834
Die gebuchten Bruttobeiträge verteilen sich wie folgt:		
mit Gewinnbeteiligung	590 617	616 697
Verträge, bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	2 816	2 137

I 3./I 10. Erträge aus Kapitalanlagen / Aufwendungen für Kapitalanlagen

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen aus fondsgebundenen Lebensversicherungen sind nicht enthalten.

I 4./I 11. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen / Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen

Der Ausweis betrifft nicht realisierte Gewinne in Höhe von 284 Tausend Euro sowie nicht realisierte Verluste in Höhe von 18 Tausend Euro als Differenz der Anschaffungskosten zum Buchwert am Bilanzstichtag.

I 10 b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

In diesem Posten sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Kapitalanlagen in Höhe von 732 Tausend Euro enthalten.

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo beträgt 5 435 (4 153) Tausend Euro zu Lasten des Rückversicherers.

Sonstige Angaben

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 87 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbandes übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen bei einem verbundenen Unternehmen, 11 Beteiligungen sowie zwei Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von insgesamt 86 881 Tausend Euro.

Darüber hinaus besteht eine latente Verpflichtung zur Einzahlung zusätzlicher Eigenmittel gegenüber dem Sicherungsfonds für die Lebensversicherer bzw. der Beteiligung PROTEKTOR Lebensversicherung-AG in Höhe von 60 417 Tausend Euro.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 295. Hiervon entfallen im Innendienst 222 auf die Hauptverwaltung und 22 auf unsere Regionaldirektionen. Im Außendienst sind 51 Mitarbeiter angestellt.

Mitarbeiter, die auch mit der Landschaftlichen Brandkasse Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihres Arbeitseinsatzes anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 801 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 323 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 25 und 34 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,6 %. Rückzahlungen erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von 51 Tausend Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands sind insgesamt 393 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 5 986 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 225 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppe sind am Bilanzstichtag dinglich gesicherte Kredite in Höhe von 102 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 10 und 27 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,7 %.

Der Sparkassenverband Niedersachsen hat die Ausübung seiner Trägerrechte an der Provinzial Lebensversicherung Hannover am 20. Juni 2007 auf schuldrechtlicher Basis auf die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, übertragen. Durch diese Vereinbarung ist die Provinzial Lebensversicherung Hannover als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Brandkasse einzubeziehen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 34 und 35 angegeben.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2007	2006
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	23 405	23 102
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	1 653	2 129
3. Löhne und Gehälter	18 551	18 626
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3 077	3 228
5. Aufwendungen für Altersversorgung	3 507	2 421
6. Aufwendungen insgesamt	50 193	49 506

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Bei Abschluss eines Lebensversicherungsvertrages wird ein langfristiges Vertragsverhältnis eingegangen. Um die vereinbarten Versicherungsleistungen während der gesamten Versicherungsdauer zu gewährleisten, sind die in die Tarifikalkulation einfließenden Rechnungsgrundlagen besonders vorsichtig gewählt. An den erwirtschafteten Überschüssen und den Bewertungsreserven werden die Versicherungsnehmer im Jahr 2008 gemäß der folgenden Deklaration beteiligt.

Die für die nachfolgende Deklaration benötigten Mittel werden vollständig der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen. Eine Ausschüttung in Form der Direktgutschrift erfolgt nicht.

Für das Jahr 2008 werden im Einzelnen folgende Überschussanteile festgesetzt:

A. Einzelkapitalversicherungen und Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen

I. Tarifgruppen 42, 68, 87, 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008

1. Beitragspflichtige und beitragsfreie Kapitalversicherungen (außer Risikoversicherungen)

a) laufende Überschussanteile

Am Schluss des in 2008 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppen 42 und 68	1,25 %,
Tarifgruppe 87	0,75 %,
Tarifgruppe 94	
mit 3,5 % Rechnungszins	0,75 %,
mit 4,0 % Rechnungszins	0,25 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %,
Tarifgruppe 2004	1,50 %,
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %.

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt.

Tarifgruppe 87 (Tarifgruppen 42 und 68):

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2008 bis zu einem erreichten Alter von 44 Jahren 60 (70) %, fällt dann jährlich um 5 % bis auf 20 (25) %. Der Risikogewinn ist auf 4 (5) ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 (10) ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008:

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2008 unabhängig vom erreichten Alter für

Männertarife	30 %,
Frauentarife	15 %,
Tarife auf verbundene Leben	30 %.

Der Risikogewinn ist auf 4 ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Kosten- und sonstiger Gewinn

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppe 42	
Normaltarif	2,00 ‰,

Tarifgruppe 68	
Normaltarif	0,85 ‰,

Tarifgruppe 87	
Normaltarif	0,75 ‰,
Verbundtarif	0,50 ‰,

Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008

Normaltarif:	
Männertarife	0,70 ‰,
Frauentarife	0,60 ‰,
Tarife auf verbundene Leben	0,70 ‰,

Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen und Verbundtarif:

Männertarife	0,60 ‰,
Frauentarife	0,50 ‰,
Tarife auf verbundene Leben	0,60 ‰.

Bei Versicherungen nach dem VermBG und nach Verbundtarif der Tarifgruppe 68 entfallen Kosten- und sonstige Gewinne.

Die Überschussverwendung und die Überschussanteilsätze für Versicherungen nach Tarif AHV, Tarifgruppe 42, entsprechen denen der Tarifgruppe 68. Die Überschussanteilsätze für Tarif AHV, Tarifgruppe 94, entsprechen denen der Tarifgruppe 87, Verbundtarif.

Überschussverwendung

Entsprechend der vereinbarten Überschussverwendung wird dieser jährliche Überschussanteil entweder in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet, verzinslich angesammelt, zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Todes- und Erlebensfall (Summenzuwachs) oder zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Erlebensfall (Erlebensfallbonus, nur für die Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 möglich) verwendet. Summenzuwachs und Erlebensfallbonus sind ebenfalls gewinnberechtigt. Für Barbezug beträgt die Mindestversicherungssumme 5 000 Euro.

b) Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen wird am Schluss des in 2008 endenden Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile gebildet bzw. eine bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaft erhöht.

Tarifgruppen 42, 68 und 87:

Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Tod, Heirat (sofern mitversichert) oder Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Kündigung des Vertrages werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile gezahlt, wenn

- die Deckungsrückstellung für die Hauptversicherung und für den Summenzuwachs zusammen mit den Schlussüberschussanteilen die Erlebensfallsumme erreicht oder
- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren, in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008:

Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Tod (sofern für die laufenden Überschussanteile nicht der Erlebensfallbonus vereinbart wurde) oder Heirat (sofern mitversichert) werden die Schlussüberschussanteile in anteiliger Höhe fällig. Bei Kündigung oder Tod werden die erreichten Schlussüberschussanteile in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr (bei Tarifen auf verbundene Leben ist das Alter der jüngeren Person maßgebend) vollendet hat und die Restlaufzeit des Vertrages 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Er beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppe 42	6,0 ‰,
Tarifgruppen 68 und 87	2,5 ‰,
Tarifgruppe 94	2,0 ‰,
Tarifgruppen 2000 und 2002	3,0 ‰,
Tarifgruppe 2004	4,0 ‰,
Tarifgruppen 2007 und 2008	7,0 ‰.

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 68, 87 und 94	180 ‰,
Tarifgruppen 2000, 2002 und 2004	210 ‰,
Tarifgruppen 2007 und 2008	280 ‰

der vereinbarten Erlebensfallsumme erreicht sind.

Für Versicherungen nach dem VermBG entfällt eine Schlussüberschusszuteilung.

Sterbegeldversicherungen der Tarifgruppen 2007 und 2008 erhalten die Schlussüberschussanteile der Tarifgruppe 2004.

c) Sonderleistung im Todesfall

(Mindestgewinnbeteiligung)

Im Jahr 2008 wird für beitragspflichtige Versicherungen der Tarifgruppen 68 und 87 im Todesfall unter Einbeziehung der erreichten Todesfallleistung aus der Überschussbeteiligung ein Gewinnanteil von 10 % der vereinbarten Todesfallsumme gezahlt.

Die Sonderleistung im Todesfall entfällt bei Vereinbarung von Barbezug oder Verrechnung der Überschussanteile mit den Beiträgen.

III. Risikoversicherungen

1. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Beitrags gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppe 68	70 %,
Tarifgruppe 87	
Normaltarif	60 %,
Bausparrisiko	40 %,
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarif	45 %,
Frauentarif	35 %,
Tarif auf verbundene Leben	40 %,
Bausparrisiko	40 %.

Alternativ kann bei Versicherungsbeginn anstelle der Beitragsreduzierung ein sofortiger Todesfallbonus gewählt werden. Der Überschussanteil wird bei Tod im Jahr 2008 in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt und beträgt für

Tarifgruppe 68	240 %,
Tarifgruppe 87	180 %,
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarif	120 %,
Frauentarif	100 %,
Tarif auf verbundene Leben	110 %.

Für Versicherungen nach Tarifgruppe 2008 mit einer während der Vertragslaufzeit konstanten Versicherungssumme, die mindestens 38 000 Euro beträgt, erhöht sich der Überschussanteil für

Männertarife auf	160 %,
Frauentarife auf	120 %,
Tarif auf verbundene Leben auf	140 %.

2. Beitragsfreie Versicherungen

Bei Tod im Jahr 2008 wird ein Überschussanteil in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt. Er beträgt für

Tarifgruppe 68	
Normaltarif	240 %,
Tarifgruppe 87	
Normaltarif	180 %,
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008, Normaltarif	
Männertarife	120 %,
Frauentarife	100 %,
Tarife auf verbundene Leben	110 %,
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2008, Restkreditversicherungen	
Männertarife	70 %,
Frauentarife	60 %.

B. Gruppenkapitalversicherungen nach Sondertarifen

Zu dieser Gruppe zählen die Firmen-, Verbands- und Vereinsgruppenversicherungen. Es gelten die gleichen Regelungen wie für Einzelkapitalversicherungen (siehe A.), allerdings gilt für

Kosten- und sonstiger Gewinn

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppe 68	0,75 ‰,
Tarifgruppe 87	0,50 ‰,
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarife	0,50 ‰,
Frauentarife	0,40 ‰,
Tarife auf verb. Leben	0,50 ‰.

C. Renten- und Pensionsversicherungen**I. Tarifgruppe 42****1. Aufgeschobene Renten****a) Versicherungen mit laufender Beitragszahlung**

Am Schluss des in 2008 endenden Versicherungsjahres wird eine Grund- und Zusatzdividende in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags ausgeschüttet. Sie beträgt in Abhängigkeit vom Versicherungsjahr

Versicherungsjahr	Grund- und Zusatzdividende
2.– 4.	5 %
5.– 9.	20 %
10.–14.	25 %
15.–19.	35 %
20.–24.	50 %
25.–29.	55 %
ab 30.	65 %.

Die Überschussanteile werden verzinslich angesammelt und dienen am Ende der Aufschubzeit der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden die bis dahin verzinslich angesammelten Überschussanteile ausgezahlt.

b) Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen

Am Schluss des in 2008 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil in Höhe von 1,25 % des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, verzinslich angesammelt und bei Beendigung der Aufschubzeit fällig. Die angesammelten Überschussanteile dienen der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden sie ausgezahlt.

2. Laufende Renten

An die Bezieher von Renten werden Überschüsse in Form einer Zinsrente ausgeschüttet. Diese errechnet sich als Differenz zwischen der mit Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung gerechneten Rente aus dem bei Rentenbeginn vorhandenen Deckungskapital und der versicherten Rente. Für die Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung wird im Jahr 2008 ein Zinsfuß in Höhe des Rechnungszinses zuzüglich 1,0 % zugrunde gelegt.

II. Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007 und 2008 (ohne Versicherungen nach dem AVmG)

1. Laufende Überschussbeteiligung

Am Schluss des in 2008 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppen 87 und 94	0,75 %,
Tarifgruppe 95	0,25 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %,
Tarifgruppen 2004 und 2005	1,50 %,
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %.

Darüber hinaus erhalten Rentenversicherungen mit Todesfallleistung Risiko- und Kostengewinne.

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt und beträgt für Rentenversicherungen mit Todesfallleistung nach den Tarifgruppen 2005, 2007 und 2008 im Jahr 2008 für

Männertarife	30 %,
Frauentarife	15 %.

Der Risikogewinn ist auf 4 ‰ der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Kostengewinn

Er wird in Promille der vereinbarten Todesfallleistung für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt für Rentenversicherungen mit Todesfallleistung nach den Tarifgruppen 2005, 2007 und 2008 im Jahr 2008 für

Normaltarif, Männer	0,70 ‰,
Normaltarif, Frauen	0,60 ‰,

Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen und Verbundtarif

Männertarife	0,60 ‰,
Frauentarife	0,50 ‰.

Die laufenden Überschussanteile werden während der Aufschubzeit entsprechend der gewählten Überschussverwendung entweder zur Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente, Erlebensfallbonus) verwendet, in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet oder verzinslich angesammelt. Für die Barauszahlung bzw. Beitragsverrechnung muss die versicherte Jahresrente mindestens 1 500 EUR betragen. Während der Rentenbezugszeit werden die laufenden Überschussanteile entsprechend der gewählten Überschussverwendung entweder zur Finanzierung einer ab Rentenbeginn fälligen Gewinnrente bzw. zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet oder in bar ausgezahlt.

2. Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen aller Tarifgruppen und für tariflich beitragsfreie Versicherungen der Tarifgruppen 2007 und 2008 wird am Schluss des in 2008 endenden Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile gebildet bzw. eine bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaft erhöht.

Tarifgruppe 87:

Die Schlussüberschussanteile werden bei Ablauf der Aufschubzeit und bei Tod fällig. Bei Kündigung des Vertrages werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile gezahlt, wenn

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007 und 2008:

Die Schlussüberschussanteile werden bei Auszahlung der Kapitalabfindung am Ende der Aufschubzeit fällig. Bei Kündigung werden die erreichten Schlussüberschussanteile in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr vollendet hat und die verbleibende Aufschubzeit des Vertrages 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Prozent der vereinbarten Jahresrente bzw. ab Tarifgruppe 2004 in Promille der garantierten Kapitalabfindung gewährt. Er beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000 und 2002	0,0 %,
Tarifgruppe 2004	0,0 ‰,
Tarifgruppe 2005	4,0 ‰,
Tarifgruppen 2007 und 2008	
beitragspflichtige Versicherungen	7,0 ‰,
beitragsfreie Versicherungen	3,0 ‰.

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 87 und 94	150 %,
Tarifgruppe 95	300 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002	360 %,
Tarifgruppen 2004 und 2005	210 ‰,
Tarifgruppen 2007 und 2008	280 ‰

der vereinbarten Jahresrente bzw. der garantierten Kapitalabfindung (ab Tarifgruppe 2004) erreicht sind.

III. Versicherungen nach dem AVmG und Flexible FirmenRenten

1. Laufende Überschussbeteiligung in der Aufschubzeit

Am Ende des Kalenderjahres 2008 wird für Versicherungen in der Aufschubzeit ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppe 2002	1,00 %,
Tarifgruppen 2004, 2005 und 2006	1,50 %,
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %.

Grundüberschuss

Er wird in Promille der gewinnberechtigten Summe der bisher gezahlten Beiträge gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppen 2002, 2004, 2007 und 2008	0,0 ‰,
Tarifgruppen 2005 und 2006: PrämienRente, Normaltarif	0,9 ‰,
PrämienRente, Kollektiv-Versicherungen nach Einzeltarif	0,7 ‰,
PrämienRente, Kollektiv-Versicherungen nach Sondertarif	0,6 ‰,
PrämienRenteFonds	0,0 ‰,
Flexible FirmenRente	0,0 ‰.

Die laufenden Überschussanteile können während der Aufschubzeit entweder verzinslich angesammelt (nur PrämienRente) werden, in Fondsanteile umgewandelt und einem Sondervermögen zugeführt werden (nur PrämienRente) oder zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente, nur Flexible FirmenRente) verwendet werden.

2. Laufende Überschussbeteiligung in der Rentenbezugszeit

Am Anfang des in 2008 beginnenden Versicherungsjahres (für Versicherungen nach dem AVmG) bzw. am Schluss des in 2008 endenden Versicherungsjahres (für Flexible FirmenRenten) wird für Versicherungen in der Rentenbezugszeit ein Überschussanteil ausgeschüttet. Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppe 2002	1,00 %,
Tarifgruppen 2004, 2005 und 2006	1,50 %,
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %.

Die laufenden Überschussanteile werden zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet.

3. Schlussüberschussanteile

Bei Ablauf der Aufschubzeit oder bei Rentenbeginn bzw. Vertragsbeendigung innerhalb der Abrufphase können Schlussüberschussanteile gewährt werden. Sie werden in Prozent des Ansammlungsguthabens bzw. (bei Umwandlung der laufenden Überschussanteile in Fondsanteile bzw. Bonusrente) in Prozent der Summe der ausgeschütteten Überschussanteile festgelegt. Der Prozentsatz beträgt im Jahr 2008 für

PrämienRente	
Tarifgruppen 2002, 2004, 2005, 2006, 2007 und 2008	16 %.
PrämienRenteFonds	
Tarifgruppen 2007 und 2008	16 %.
Flexible FirmenRente Normaltarif und Kollektiv-Versicherungen nach Einzeltarif	
Tarifgruppe 2005	50 %,
Tarifgruppen 2007 und 2008	60 %.
Kollektiv-Versicherungen nach Sondertarif	
Tarifgruppen 2005, 2007 und 2008	16 %.

D. Selbständige Berufsunfähigkeitsversicherungen und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

I. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

1. Tarifgruppe 68

Im Jahr 2008 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr (für SBV ab dem 3. Versicherungsjahr) ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags bzw. gewinnberechtigten Jahresbeitrags (SBV) gewährt, fällig als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf. Die Höhe des Überschussanteils ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2008 für

Frauen: Eintrittsalter bis zu 39 Jahre	45 %,
Eintrittsalter über 39 Jahre	30 %,
Männer: Eintrittsalter bis zu 39 Jahre	30 %,
Eintrittsalter über 39 Jahre	15 %.

Alternativ kann bei Tarif BRL mit einer Versicherungsdauer bis zu 20 Jahren eine Überschussbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewählt werden, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Die Höhe der Überschussbeteiligung ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2008 für

Frauen: Eintrittsalter bis zu 39 Jahre	30 %,
Eintrittsalter über 39 Jahre	20 %,
Männer: Eintrittsalter bis zu 39 Jahre	20 %,
Eintrittsalter über 39 Jahre	10 %.

Zusätzlich erhalten die Versicherungen bei Ablauf, Rückkauf oder Tod im Jahr 2008, sofern keine Leistung aus der Berufsunfähigkeitsversicherung fällig wurde, für jedes vom 3. Versicherungsjahr an zurückgelegte volle beitragspflichtige Jahr einen Überschussanteil in Höhe von 10 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags.

2. Tarifgruppen 87 und 94

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppen 87 und 94	20 %.
------------------------	-------

Alternativ wird ein Überschussanteil gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf fällig wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppen 87 und 94	30 %.
------------------------	-------

3. Tarifgruppen 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet oder am Ende eines Versicherungsjahres zugeteilt und verzinslich angesammelt wird.

a) Selbständige Berufsunfähigkeitsversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Berufsklasse	Männertarife	Frauentarife
A	55 %	45 %
B	45 %	35 %
C	20 %	10 %
D	15 %	5 %

b) Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Berufsklasse	Männertarife	Frauentarife
A	45 %	40 %
B	30 %	25 %
C	15 %	10 %
D	10 %	5 %

II. Versicherungen gegen Einmalbeitrag und durch Umwandlung beitragsfreie Versicherungen

Im Jahr 2008 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung oder Ablauf fällig wird. Die Höhe des Überschussanteils beträgt für

Tarifgruppe 68	1,25 %,
Tarifgruppe 87	0,75 %,
Tarifgruppe 94	0,25 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %,
Tarifgruppe 2004	1,50 %,
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %.

III. Laufende Berufsunfähigkeitsbarrenten

Laufende Barrenten erhalten zum Jahrestag der Versicherung, erstmals am Ende des auf den Eintritt der Berufsunfähigkeit folgenden Versicherungsjahres eine beitragsfreie Zusatzrente in Prozent der jeweils gewährten Rente. Der Prozentsatz beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppe 68	1,25 %,
Tarifgruppe 87	0,75 %,
Tarifgruppe 94	0,25 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %,
Tarifgruppe 2004	1,50 %,
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %.

IV. Laufende Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit

Verträge mit laufender Beitragsbefreiung erhalten einen Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals für die Beitragsbefreiung, fällig als Schlusszahlung bei Ablauf der Beitragsbefreiung. Die Höhe des Überschussanteils beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppe 68	1,25 %,
Tarifgruppe 87	0,75 %,
Tarifgruppe 94	0,25 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %,
Tarifgruppe 2004	1,50 %,
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %.

E. Unfall-Zusatzversicherungen

Unfall-Zusatzversicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer, gegen Einmalbeitrag und Unfall-Zusatzversicherungen, die durch Umwandlung beitragsfrei wurden, erhalten am Ende des Versicherungsjahres einen Überschussanteil in Prozent des Deckungskapitals der Unfall-Zusatzversicherung. Der Überschussanteil wird verzinslich angesammelt. Er beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppe 68	1,25 %,
Tarifgruppe 87	0,75 %,
Tarifgruppe 94	0,25 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %,
Tarifgruppe 2004	1,50 %,
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %.

F. Fondsgebundene Versicherungen

1. Fondsgebundene Lebensversicherungen und Fondsgebundene Rentenversicherungen in der Aufschubzeit

Fondsgebundene Versicherungen erhalten einen laufenden Überschussanteil, der monatlich dem Fondsguthaben zugeführt wird. Der laufende Überschussanteil setzt sich zusammen aus:

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen monatlichen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt und beträgt 2008 für

Männertarife	30 %,
Frauentarife	20 %.

Kostengewinn

Er wird in Prozent eines Zwölftel des Jahresbeitrags gewährt. Er beträgt 2008 für die

Tarifgruppen 2000, 2004, 2005	1,0 %,
Tarifgruppen 2006, 2007 und 2008	0,0 %.

Zusätzlich erhalten Fondsgebundene Rentenversicherungen mit Beitragserhaltungsgarantie einen Zinsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals. Er beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppe 2006	1,50 %,
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %.

2. Fondsgebundene Rentenversicherungen in der Rentenbezugszeit

Am Schluss des in 2008 endenden Versicherungsjahres wird für Versicherungen in der Rentenbezugszeit ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet. Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2008 für

Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %,
Tarifgruppen 2004, 2005 und 2006	1,50 %,
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %.

Der laufende Überschussanteil wird zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet.

G. Frauenbonus

Zu Kapitalbildenden und Risikoversicherungen der Tarifgruppen 42 und 68, bei denen mindestens eine versicherte Person eine Frau ist, wird bei Tod der Frau eine zusätzliche Todesfallleistung in Prozent der jeweiligen Todesfallsumme gewährt. Sie beträgt im Jahr 2008 für

Versicherungen nach „Frauentarif“	10 %,
sonstige	20 %.

H. Verzinsung des Ansammlungsguthabens

Dividendenguthaben aufgrund der Dividendenbezugsform „Verzinsliche Ansammlung“ werden ab dem 1. 1. 2008 mit einem Rechnungszins und einem Ansammlungsüberschussanteil von zusammen 4,25 % verzinst.

I. Weitere Erläuterungen

Die Grundlagen der Überschussbeteiligung für die Tarifgruppen 42, 68 und 87 – insbesondere die Ermittlung der Bemessungsgrundlagen – sind in dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Gesamtgeschäftsplan für die Überschussbeteiligung festgelegt.

zu A.

Zur Tarifgruppe 42 gehören der Tarif FV und alle mit römischen Ziffern bezeichneten Tarife der Kapitalversicherungen. Sie wurde 1968 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt bis auf wenige Ausnahmen 3,0 %.

Die Tarifgruppe 68 wurde zwischen 1968 und 1987 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1987 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5%.

Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt mit wenigen Ausnahmen 4,0 % (Ausnahmen u. a. Tarif AHV, Bausparrisikoversicherungen: 3,5 %).

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 war zwischen Januar 2004 und Dezember 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2007 war im Jahr 2007 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

Die Tarifgruppe 2008 ist ab Januar 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

zu A. I.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 setzt sich zusammen aus dem positiven gezillmerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital des Summenzuwachses bzw. Erlebensfallbonus jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei den Tarifgruppen 2004, 2007 und 2008) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettjahresbeitrag.

zu A. III.

Der gewinnberechtigende Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von Zuschlägen für erhöhte Risiken.

zu C.

Die Tarifgruppe 42 wurde 1992 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1992 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war in den ersten acht Monaten des Jahres 1995 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 95 war zwischen September 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 war zwischen Januar und November 2004 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2005 war zwischen November 2004 und Dezember 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2006 für Verträge nach dem AVmG war im Jahr 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2007 war im Jahr 2007 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

Die Tarifgruppe 2008 ist ab Januar 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

zu C. II.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007 und 2008 für Rentenversicherungen in der Aufschubzeit (während der Rentenbezugszeit) setzt sich zusammen aus dem positiven geillmerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn (am Ende) des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei den Tarifgruppen 2004, 2005, 2007 und 2008) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettojahresbeitrag.

zu C. III.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den anteiligen Deckungskapitalen zum Monatsende abgeleitet.

Die gewinnberechtigende Summe der bisher gezahlten Beiträge für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den jeweils zum Monatsende erreichten Summen anteilig abgeleitet. Das gewinnberechtigende Deckungskapital für Versicherungen während der Rentenbezugszeit setzt sich zusammen aus dem positiven Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres für Versicherungen nach dem AVmG bzw. am Ende des Versicherungsjahres für Flexible FirmenRenten.

zu D.

Die Tarifgruppe 68 wurde 1993 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1993 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 war zwischen Januar 2004 und Dezember 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2007 war im Jahr 2007 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

Die Tarifgruppe 2008 ist ab Januar 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

- zu D. I.** Der gewinnberechtigte Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von medizinischen Zuschlägen.
- zu D. II. und D. IV.** Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.
- zu E.** Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.
- zu F.** Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Fondsgebundenen Rentenversicherungen nach den Tarifgruppen 2006, 2007 und 2008 wird in der Aufschubzeit aus den anteiligen Deckungskapitalen für die Beitragserhaltungsgarantie jeweils zum Monatsende abgeleitet.
- Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Fondsgebundenen Rentenversicherung während der Rentenbezugszeit setzt sich aus dem Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils am Ende des Versicherungsjahres zusammen.

Hannover, den 25. Februar 2008

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Herdecke

Kasten

Krüger

Thole

Vorholt

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 5. März 2008

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Geib
Wirtschaftsprüfer

Schuster
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen drei Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2008, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2008 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Der Aufsichtsrat hat in seinen Sitzungen mehrfach über die Konzeptionen zur Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Versicherungswesens in Niedersachsen intensiv beraten und begrüßt die Einbindung der Vertreter der Region Oldenburg in die Verbundstruktur. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat im Hinblick auf den Wachstumsmarkt der privaten Krankenversicherung die Kooperation zwischen der Alte Oldenburger Krankenversicherung VVaG und der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG befürwortet und die Zusammenführung der operativen Krankenversicherungstöchter unter dem Dach der Alte Oldenburger Beteiligungsgesellschaft AG begleitet.

In einer gemeinsamen Sitzung mit der Trägerversammlung hat der Aufsichtsrat mit dem Vorstand umfassend die strategische Marktpositionierung unter besonderer Berücksichtigung der wesentlichen Erfolgsfaktoren und der Auswirkungen auf die Strukturen des Unternehmens erörtert und bestätigt.

Zur Unterstützung seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet. Der Hauptausschuss, der schwerpunktmäßig die besonderen Themenfelder für den Aufsichtsrat vorbereitet, tagte im Geschäftsjahr dreimal. Des Weiteren wurde er laufend über die Umsetzung der Kapitalanlagestrategie unterrichtet.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Vertriebsentwicklung 2007. Ein neues Bonifikationssystem und die VVG-Reform aus vertrieblicher Sicht waren Gegenstand der Beratung.

Der Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungslegungsangelegenheiten trat im Berichtsjahr zweimal zusammen und befasste sich mit der Prüfung und Beratung des Jahresabschlusses. Darüber hinaus erörterte der Ausschuss zusammen mit dem Abschlussprüfer die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, das Risikomanagement, die Ausgestaltung der internen Revision sowie die Auswirkungen von Solvency II auf das Unternehmen. Ferner hat sich der Ausschuss über die Auswirkungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement auf die Versicherungsunternehmen informiert.

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten behandelte die ihm zugewiesenen Aufgaben.

Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Allen Mitgliedern des Aufsichtsrats lagen rechtzeitig vor der Bilanzsitzung der Jahresabschluss nebst Lagebericht und Bericht des Abschlussprüfers vor. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

Der bisherige stellvertretende Vorstandsvorsitzende, Herr Bernd Schnabel, ist am 31. Dezember 2007 in den Ruhestand getreten. Der Aufsichtsrat dankt ihm für seine langjährige erfolgreiche Arbeit.

Mit Wirkung vom 1. Juli 2007 wurde Herr Franz Thole und per 1. Dezember 2007 Herr Thomas Krüger zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, den 3. April 2008

v. Lenthe

Vorsitzender

Geschäftsentwicklung

Provinzial Lebensversicherung Hannover, gegründet im Jahre 1918 durch Beschluss des Hannoverschen Provinzial-Landtags

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungstechnische Nettorückstellungen	Trägerkapital und offene Rücklagen	Lebensversicherungsbestand
	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM
1925	1 513	363	104	–	28 701
1938	11 670	9 730	44 264	–	207 574
1945	12 863	12 836	104 232	–	294 275
1947	12 443	9 340	121 016	–	279 310

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungstechnische Nettorückstellungen	Trägerkapital und offene Rücklagen	Lebensversicherungsbestand
	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
1949	11 160	7 583	34 290	1 856	152 275
1950	11 246	7 949	40 127	1 298	152 275
1955	23 992	21 331	89 206	1 338	216 991
1960	45 172	40 369	166 528	4 800	378 524
1965	79 429	73 986	262 458	12 500	753 963
1970	141 871	131 583	423 957	24 700	1 340 381
1975	282 112	263 607	823 268	49 000	2 687 508
1980	527 346	482 772	1 568 911	95 000	5 741 932
1985	356 803	315 131	2 413 961	17 400	9 914 373
1990	644 460	581 952	4 378 988	51 450	18 552 433
1995	1 027 910	952 105	6 777 143	141 450	30 226 087
2000	1 427 541	1 390 395	10 731 639	141 450	40 909 627

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungstechnische Nettorückstellungen	Trägerkapital und offene Rücklagen	Lebensversicherungsbestand
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	762 197	723 563	5 666 250	171 000	23 141 197
2002	723 092	684 952	5 722 179	171 000	23 774 910
2003	640 656	611 942	5 832 779	171 000	24 289 775
2004	621 806	596 876	5 946 472	171 000	25 256 340
2005	629 589	602 849	6 133 634	173 000	25 288 161
2006	618 834	592 789	6 330 595	176 000	25 462 586
2007	593 433	564 585	6 459 342	178 500	25 481 365

Währungseinheiten:

1924–1948 Reichsmark

1949–2000 Deutsche Mark

ab 2001 Euro

Bis 1983 zeichnete die Provinzial das HUK-Geschäft. Zum 1. 1. 1984 erfolgte eine Bestandsübertragung auf die Brandkasse.

Unsere Krankenversicherung in Hannover: Provinzial Krankenversicherung Hannover AG



**Dr. Ulrich Knemeyer,
Vorstandsvorsitzender
der Provinzial Kranken-
versicherung Hannover AG**

„Herr Dr. Knemeyer, welche Vorteile sehen Sie in der Kooperation der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG und der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG?“

„Mit der Bündelung der Krankenversicherungsaktivitäten in Vechta setzt die VGH ihr erfolgreiches dezentrales Geschäftsmodell fort. Die Kooperation sichert die Zukunftsfähigkeit der beiden niedersächsischen Krankenversicherer auch mit Blick auf die Herausforderungen der Gesundheitsreform. Die Zusammenführung bietet Vorteile für beide Unternehmen, die in unterschiedlichen und sich nunmehr ergänzenden Marktsegmenten tätig sind.“

Daten & Fakten der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG:

Gegründet 1996 als Hanse-Regional-Krankenversicherung AG mit Sitz in Hamburg, 2001 Umbenennung in Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und Sitzverlagerung nach Hannover

Zahl der Mitarbeiter:

Innendienst:	28
Berater Krankenversicherung:	10
Auszubildende:	4

Gebuchte Bruttobeitragseinnahmen 2007: 37,1 Millionen Euro

Versicherte Personen 2007: 124 038

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Nach dem starken Aufschwung im Jahr 2006 hat sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland in 2007 trotz der dämpfenden Effekte der Mehrwertsteuererhöhung nur leicht abgeschwächt. Insgesamt ist die deutsche Volkswirtschaft in 2007 nochmals um rund 2,5 Prozent gewachsen. Getragen wurde die wirtschaftliche Entwicklung von den Unternehmensinvestitionen und dem Export, während der private Konsum stagnierte. Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte, auf die über 80 Prozent der Versicherungsnachfrage entfallen, hat sich bisher noch nicht spürbar gebessert. Der Preisanstieg lag im Jahresdurchschnitt um 2 Prozent, hat sich aber gegen Jahresende beschleunigt. Am Arbeitsmarkt ist eine deutliche Besserung zu verzeichnen.

Für die privaten Krankenversicherer war 2007 ein turbulentes Jahr. Im Ringen mit der Großen Koalition von Union und SPD um die Gesundheitsreform wurde unter anderem auch das Geschäftsmodell der privaten Krankenversicherung ausgiebig diskutiert und an den Grundfesten der privaten Krankenversicherer gerüttelt. Mit dem GKV-WSG wurden für die privaten Krankenversicherer weitere Hürden aufgebaut: So muss beispielsweise ein Angestellter jetzt nicht mehr ein Jahr, sondern drei Jahre in Folge mit seinem Gehalt über der Jahresarbeitsentgeltgrenze liegen, um in die PKV wechseln zu können.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Auch im elften Geschäftsjahr hat sich die positive Entwicklung der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG (Provinzial Kranken) fortgesetzt. Das Unternehmen weist sowohl in der Zusatz- als auch in der Vollversicherung Zuwächse bei der Anzahl der versicherten Personen sowie bei den Beitragseinnahmen aus.

Die Provinzial Kranken bietet die folgenden gängigen Tarife für die infrage kommenden Berufsgruppen und deren Angehörige:

- Krankheitskostenversicherung
- Krankentagegeldversicherung
- Selbstständige Krankenhaustagegeldversicherung
- Sonstige selbstständige Teilversicherungen
- Pflegepflichtversicherung

Ergebnis

Wie in den Vorjahren führte auch das Jahr 2007 zu einem positiven Gesamtergebnis. Die Provinzial Kranken erwirtschaftete einen Rohüberschuss vor Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung und vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 4,8 Millionen Euro und die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog lag bei 16,08 Prozent.

Hervorragende Bewertung durch Rating-Agenturen

Im fünften Folgerating durch den Finanz- und Wirtschaftsdienst „map-report“ konnte die Provinzial Kranken wieder überzeugen und erhielt für ihr Abschneiden beim Kurzfristtest mit „ppp“ (hervorragend) die höchstmögliche Bewertung. In dem Rating wurden die Bilanz, der Service und die Beitragsstabilität untersucht. Dass sich die Provinzial Kranken sehr gut auf dem Markt behauptet, belegt auch der große Qualitätsvergleich von 36 Krankenversicherern des Analysehauses Morgen & Morgen. Bei der Bewertung, die in dem Finanzmagazin Capital veröffentlicht wurde, findet die Provinzial Kranken ihren Platz in der Spitzengruppe. In diesem Leistungsvergleich wurden sechs zentrale Bilanz-Kriterien untersucht. Die Anforderungen der Analyse werden von der Provinzial Kranken in allen Bereichen uneingeschränkt erfüllt. Das Ergebnis zeigt, dass die Provinzial Kranken für die kommenden Reformschritte der Gesundheitsreform bereits heute gut gerüstet ist.

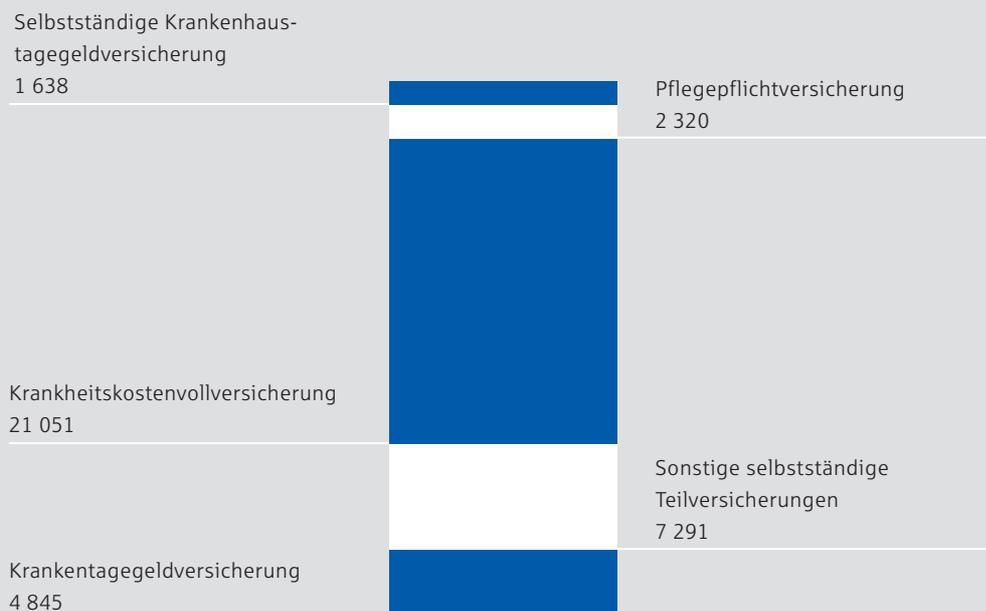
Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Neugeschäftsentwicklung

Die Neugeschäftsentwicklung bei der Provinzial Kranken blieb von der 2007 verabschiedeten Gesundheitsreform und der unklaren Zukunftsperspektive für die private Krankenvollversicherung nicht unbeeinflusst. Das Neugeschäftsergebnis aus dem Vorjahr konnte daher nicht ganz erreicht werden. Bei einigen Punkten des GKV-WSG besteht

Gebuchte Bruttobeiträge nach Tarifgruppen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft

in Tsd. € (Gesamt 37 145 €)



immer noch Unklarheit über die praktische Ausgestaltung des Gesetzes wie beispielsweise über die Regelung zur Mitnahme der Alterungsrückstellungen.

Mit moderaten Beitragserhöhungen, teilweisen Beitragssenkungen und einem nach wie vor guten Preis-/Leistungs-Verhältnis war die Ausgangssituation der Provinzial Kranken auch in 2007 auf dem Niveau der Vorjahre. Im Geschäftsjahr 2007 haben sich 13 588 neue versicherte Personen für eine Krankenversicherung bei der Provinzial Kranken entschieden – davon 1 560 Personen für eine Vollversicherung.

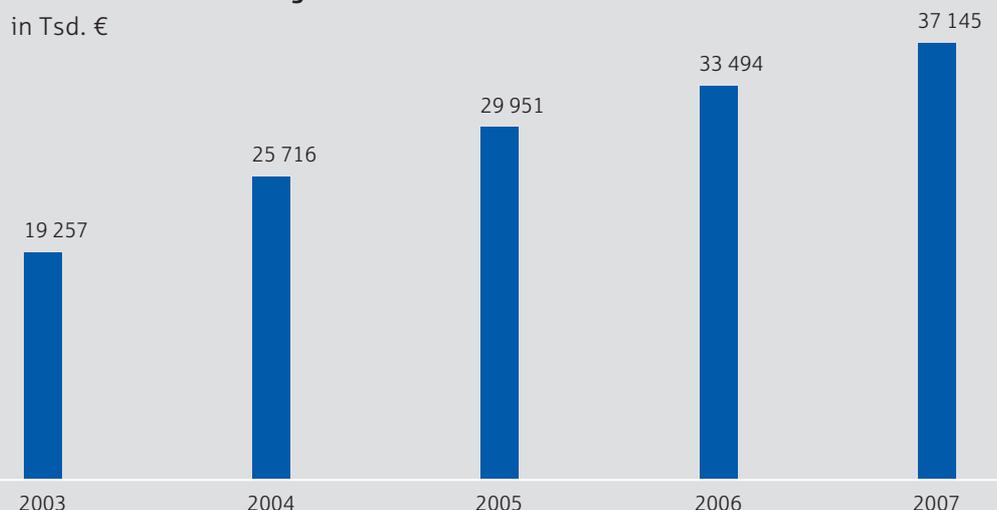
Beitrags- und Bestandsentwicklung

Am Jahresende 2007 haben 124 038 Personen ihren Versicherungsschutz im Krankheits- oder Pflegefall der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG anvertraut. Damit stieg der Bestand der Provinzial Kranken in 2007 um 5,6 Prozent. Die Anzahl der versicherten Personen in der Krankheitskostenvollversicherung stieg um 7,1 Prozent auf 10 868. Die Prämieinnahmen beliefen sich im Geschäftsjahr auf 37,1 Millionen Euro (Vorjahr 33,5 Millionen Euro).

Maßgeblich für diese positive Entwicklung sind der fortwährende Zugang neuer versicherter Personen, eine niedrige Stornoquote sowie die im Marktvergleich maßvollen Beitragsanpassungen. Sowohl im Bereich der Krankheitskostenvollversicherungen als auch bei den Zusatzversicherungen verlief die Steigerung der Einnahmen zufriedenstellend. Die Beiträge für Vollversicherungen erreichten 21,1 Millionen Euro, dies entspricht einem Wachstum von 12,6 Prozent. Somit entfielen 56,7 Prozent aller gebuchten Bruttobeiträge auf die Krankheitskostenvollversicherungen. Bei den Zusatzversicherungen konnte eine Beitragshöhe von 13,8 Millionen Euro erreicht werden, was eine Steigerung von 9,3 Prozent bedeutet.

Gebuchte Bruttobeiträge

in Tsd. €



Beitragsanpassung und -rückerstattung

Zum 1. Januar 2007 betrafen die erforderlichen Anpassungen den Vollversicherungstarif für Selbstständige, das Pfl egetagegeld und die Beihilfetarife für ambulante und zahnärztliche Behandlung sowie für stationäre Regelleistungen in Form einer Erhöhung. Die Tarife „top plus“ und „Zahn 30“ wurden gesenkt.

In der Beitragsanpassung zum 1. Januar 2008 konnten in großem Umfang Beitragssenkungen durchgeführt werden. Hiervon profitierten zwei Drittel der Kunden. Beitragserhöhungen, insbesondere bei Männern, sind zum Teil auf die gesetzlich vorgeschriebene Umverteilung der Schwangerschaftskosten gemäß des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zurückzuführen. Bezogen auf den Gesamtbestand ergibt sich eine Beitragssenkung um 2 Prozent.

Leistungen

Die Leistungsausgaben steigen gegenüber dem letzten Geschäftsjahr im zweistelligen Prozentbereich. Ein Vergleich mit dem Vorjahr wird allerdings erschwert, da in 2006 der einmalige Effekt, Rückgang der eingereichten Rechnungen bei einem wachsenden Bestand, zu verzeichnen war. Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle beliefen sich im Geschäftsjahr auf 15,9 Millionen Euro. Die Schadenquote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog stieg von 65,7 Prozent in 2006 auf 69,3 Prozent in 2007. Aufgrund der günstigen Schadensituation liegen die Leistungsaufwendungen aber immer noch deutlich unter dem Marktdurchschnitt. Die günstige Risikostruktur in unserem Geschäftsgebiet sowie Selektionsgewinne durch eine risikogerechte Annahmepolitik gelten als Gründe für diese weiterhin positive Entwicklung. Von den gesamten Leistungen entfielen rund 42,6 Prozent auf den ambulanten Bereich, gefolgt vom stationären Bereich mit 23,2 Prozent, Zahnbehandlung und Zahnersatz mit 16,6 Prozent, dem Krankentagegeld mit 13,4 Prozent und dem Krankenhaustagegeld mit 2,9 Prozent.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung belief sich zum Bilanzstichtag auf insgesamt 9,7 Millionen Euro (Vorjahr 7,4 Millionen Euro). Im Berichtsjahr wurden 3,3 Millionen Euro zugeführt und für unsere Kunden insgesamt Einmalbeiträge in Höhe von 0,6 Millionen Euro zur Abmilderung notwendig gewordener Beitragsanpassungen eingesetzt, indem eine Entnahme aus der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung erfolgte. Zudem wurden 0,4 Millionen Euro an unsere Kunden für Beitragsrückerstattung ausgeschüttet. Die Provinzial Kranken erzielte insgesamt eine RfB-Quote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog in Höhe von 30,4 Prozent (Vorjahr 25,4 Prozent).

Gemäß § 12 a Abs. 3 VAG ist die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung aus überrechnungsmäßigen Zinsen unabhängig vom Unternehmenserfolg zu

bilden und innerhalb von drei Jahren beitragsmildernd für Versicherte zu verwenden, die am Bilanzstichtag mindestens das 55. Lebensjahr vollendet haben. Des Weiteren stehen finanzielle Mittel für die Pflegepflichtversicherung zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung 0,6 Millionen Euro zugeführt.

Kosten

Das Neugeschäftsergebnis aus dem Vorjahr konnte nicht ganz erreicht werden. Diese Entwicklung hat im Geschäftsjahr zu einem Rückgang der Abschlusskosten geführt. Diese lagen im Jahr 2007 bei 4,2 Millionen Euro (Vorjahr 5,0 Millionen Euro). Gemäß PKV-Kennzahlenkatalog ergibt sich daraus eine Abschlusskostenquote von 11,3 Prozent (Vorjahr 14,9 Prozent). Die Verwaltungskostenquote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog sinkt ebenfalls und erreicht 3,3 Prozent gegenüber 3,6 Prozent im Vorjahr.

Die gesamten Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb haben sich im Berichtszeitraum um 0,8 Millionen Euro von 6,2 Millionen Euro auf 5,4 Millionen Euro verringert. Die Kostenquoten der Provinzial Kranken sind damit im Marktvergleich nach wie vor überdurchschnittlich; im Vergleich zu jungen Krankenversicherern, die alle eine hohe Fixkostenbelastung aufweisen, ist die Kostensituation aber weiterhin erfreulich. In den letzten Jahren sind sowohl die Abschlusskosten- als auch die Verwaltungskostenquote der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG rückläufig.

Kapitalanlagen

Seit Mitte des Jahres hielten die Themen Hypotheken- und Vertrauenskrise im Finanzsektor die Kapitalmärkte fest im Griff. Ausgelöst von der Furcht vor weiteren, nicht näher bezifferbaren Ausfällen im sogenannten Subprime-Bereich korrigierten die international führenden Indizes im November, legten in den darauf folgenden Wochen jedoch wieder zu. Allen voran der DAX, der mit einer Jahresperformance von 22,3 Prozent die Performance-Rangliste der großen Aktienindizes im Jahr 2007 anführte. Die große Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Kapitalmärkte und die damit verbundene Risikoaversion vieler Marktteilnehmer hält unverändert an, was an der Entwicklung der Zinsaufschläge für Unternehmensanleihen und strukturierten Kreditprodukten abzulesen ist. Die Ausweitung der Spreads führte dazu, dass Anleihen mit privaten Schuldnern spürbar abgewertet wurden.

Der Kapitalanlagebestand erhöhte sich im Geschäftsjahr von 59,9 Millionen Euro auf 77,4 Millionen Euro. Eine Übersicht über die Entwicklung und Zusammensetzung des Kapitalanlagebestandes geben die Seiten 164 und 165 des Geschäftsberichtes. Die Nettokapitalerträge stiegen von 2,4 Millionen Euro auf 3,1 Millionen Euro. Die Nettoverzinsung lag im Berichtszeitraum bei 4,5 Prozent (Vorjahr 4,4 Prozent). Sie bildet die Grundlage für die Ermittlung des Überzinsbetrages gemäß § 12 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Im Rahmen der Überzinsverwendungsvorschriften wurden 2007 gemäß § 12 a Abs. 2 und 3 Mittel in Höhe von 0,3 Millionen Euro aufgewendet.

Mitarbeiter

28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (25 Kapazitäten) sind in der Provinzial Kranken direkt für die Antragsbearbeitung, die medizinische Risikoprüfung, die Bestands- und Leistungsbearbeitung sowie für die Mathematik und für das Controlling tätig. Die Provinzial Kranken beschäftigt darüber hinaus vier Auszubildende.

Der Vorstand dankt den Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft. Für die Verkaufserfolge im vergangenen Geschäftsjahr wird ferner den selbstständigen Vertretungen und der niedersächsischen Sparkassenorganisation sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Innen- und angestellten Außendienst gedankt.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

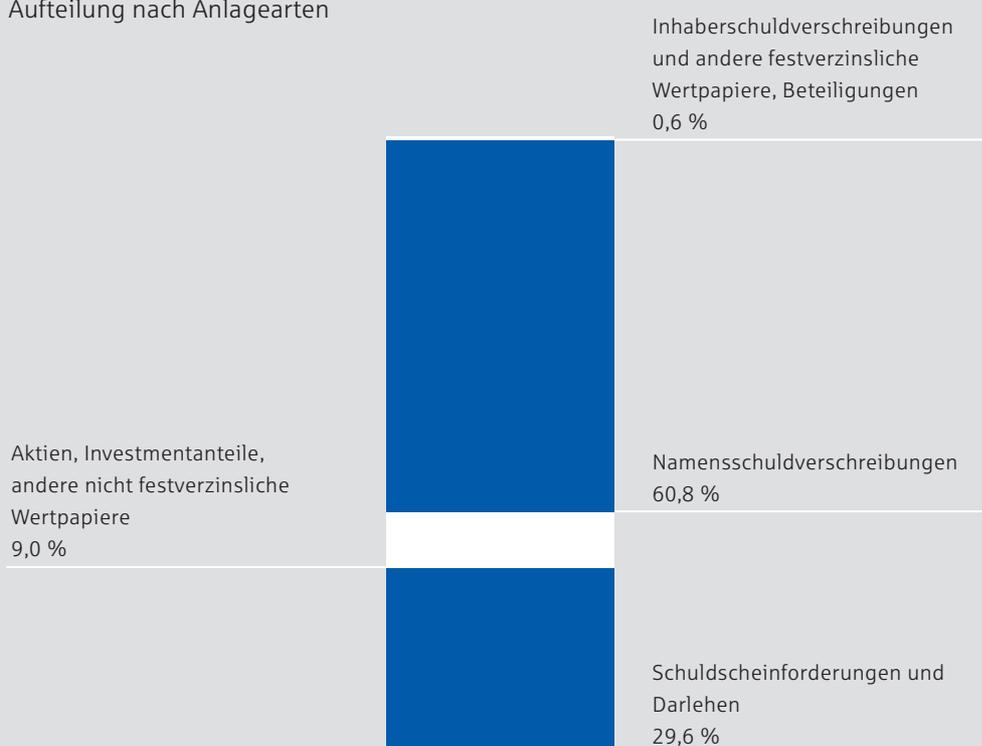
Die Provinzial Kranken ist in das zentrale Risikomanagementsystem der VGH integriert, das von der Internen Revision in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen wird.

Als Risiken der künftigen Entwicklung bei einer privaten Krankenversicherung gelten im Wesentlichen:

- sozialpolitische Änderungsrisiken (medizinisch-technischer Fortschritt, Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen)
- versicherungstechnische Risiken (Prämien-/Versicherungsleistungs-, Reserve- und Zinsgarantierisiko)

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten



- Risiken aus der Zeichnungspolitik (medizinische Risikoprüfung bzw. -selektion)
- Risiken der Kapitalanlagen (u. a. Zins-, Bonitäts- und Kursänderungsrisiken)
- operationale Risiken (Störungen bei DV-Systemen und betrieblichen Prozessen)

Sozialpolitische Änderungsrisiken

Ein wesentliches Risiko für die Provinzial Kranken wie für alle privaten Krankenversicherer besteht im Eingriff des Gesetzgebers in die Finanzierungsformen des Gesundheitswesens. Insbesondere das GKV-WSG wird die zukünftige Bestands- und Beitragsentwicklung beeinflussen. Ab dem 1. Januar 2009 muss jede private Krankenversicherung, die die substitutive Krankenversicherung vertreibt, einen brancheneinheitlichen Basis-tarif anbieten. Die Leistungen des Basis-tarifs sind mit den Leistungen der GKV vergleichbar, Risikozuschläge dürfen nicht erhoben werden und die Beiträge sind auf den GKV-Höchstbeitrag begrenzt. Die Risiken des Basis-tarifs werden somit nicht risikoäquivalent kalkuliert. Das heißt, der Basis-tarif wird sich nicht selbst tragen können und es ist mit einer Quersubventionierung durch die bereits heute Privatversicherten zu rechnen. Dabei hängt die Höhe des Ausgleichs davon ab, wie viele Versicherte letztlich den Basis-tarif abschließen werden.

Die gesetzlichen Krankenkassen können seit dem 1. April 2007 sogenannte Wahl-tarife mit klassischen PKV-Elementen wie beispielsweise Selbst-behalten, Beitrags-rückerstat-tungen oder Kostenerstattungstarifen anbieten. Diese tief greifende Änderung durch das GKV-WSG stellt für die Provinzial Kranken ein bedeutendes Risiko dar. Im Markt-vergleich hat die Provinzial Kranken in Relation zum Gesamtbestand einen hohen Anteil an Zusatz-versicherungen. Mit der Einführung der Wahl-tarife treten die gesetzlichen Kas-sen in Konkurrenz zu den privaten Krankenversicherern und genießen aufgrund ihrer Stellung als Träger der gesetzlichen Krankenversicherung spezifische Vorteile, die ihnen im Wettbewerb nützen.

Tarife, mit denen die gesetzlichen Kassen ihren Versicherten einen „privaten“ Zusatz-schutz anbieten, sind nach Auffassung des PKV-Verbandes sowie laut verschiedener ju-ristischer Gutachten und Stellungnahmen nicht verfassungskonform. Aus diesem Grund beteiligt sich die Provinzial Kranken an der Verfassungsbeschwerde der Branche.

Trotz der zusätzlichen Hürden der Gesundheitsreform wird die Provinzial Kranken die Herausforderungen dieses Gesetzes selbstbewusst annehmen. Neugeschäftschancen bieten sich vor allem bei weiteren Einschränkungen des GKV-Leistungskataloges sowie Rationierungen von Gesundheitsleistungen, die einer privaten Absicherung vorbehalten sind. Außerdem versucht die Provinzial Kranken, den sich ergebenden Risiken durch eine breite Tarifpalette und Maßnahmen zur Ausschöpfung des noch weitgehend unge-nutzten Potenzials unserer Vertriebswege zu begegnen.

Versicherungstechnische Risiken

Das Prämien-/Versicherungsleistungsrisiko beschreibt die Gefahr, dass eine im Voraus festgelegte Versicherungsprämie nicht ausreichend ist, um über die gesamte Versicherungsdauer die zugesagten Leistungen zu finanzieren. Die für die rechnermäßigen Versicherungsleistungen zugrunde gelegten tariflichen Kopfschäden werden jährlich überprüft, bei Änderungsbedarf können die Prämien angepasst werden. Zudem werden die in den technischen Berechnungsgrundlagen dokumentierten Kalkulationsverfahren einem unabhängigen Treuhänder und der Aufsichtsbehörde vorgelegt. Zum Schutz vor einzelnen Großschadenereignissen hat sich die Provinzial Kranken durch einen Rückversicherungsvertrag abgesichert.

Das Reserverisiko meint die Angemessenheit der versicherungstechnischen Rückstellungen. Bei der Provinzial Kranken erfolgt die Berechnung entsprechend der gesetzlichen Vorschriften unter Berücksichtigung marktüblicher Sicherheitszuschläge.

Das Zinsgarantierisiko umfasst das Risiko, dass der in die Prämien einkalkulierte Rechnungszins nicht erwirtschaftet wird. Der angesetzte Rechnungszins in Höhe von 3,5 Prozent ist vor dem Hintergrund der erwarteten Kapitalmarktentwicklung vorsichtig bemessen worden.

Risiken aus der Zeichnungspolitik

Die Grundlage für eine vorsichtige Zeichnungspolitik liefert eine fundierte medizinische Gesundheitsprüfung. Hierdurch wird der Versichertenbestand vor hohen Leistungsausgaben geschützt und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens bleibt langfristig gewährleistet.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen der Provinzial Kranken werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess getätigt. Durch das Risikomanagement wird eine laufende Überwachung der Kapitalanlagentätigkeit insbesondere im Hinblick auf die Marktwert Risiken sichergestellt. Ziel ist es, die Risiken der Kapitalanlage frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und aufzuzeigen, damit notwendige Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- Preisrisiken bei nachteiligen Veränderungen der Märkte
- Bonitätsrisiken durch den Ausfall eines Emittenten oder Kontrahenten
- Liquiditätsrisiken durch nicht zeitgerechte Liquiditätszuflüsse und -abflüsse

Grundlage des Risikomanagements bilden dabei das vom Vorstand verabschiedete Risikokapital sowie das festgelegte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Im operativen Risikomanagement können derivative Finanzinstrumente vor allem zur Sicherung von Marktpreisrisiken und zur Steuerung der Aktienquote eingesetzt werden.

Die Messung, Kontrolle und Steuerung der Marktwerttrisiken erfolgt unterjährig mithilfe von Szenarioanalysen. So ist gewährleistet, dass jederzeit die Auswirkungen unterschiedlicher Kapitalmarktszenarien auf die Finanz- und Ertragslage auf Basis des aktuellen Kapitalanlagebestands beurteilt werden können.

Bonitätsrisiken der Kontrahenten wird durch sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und einer kontinuierlichen Ratingüberprüfung begegnet.

Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro beziehungsweise währungsgesichert getätigt wird.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war von allen Versicherungsgesellschaften zum 31. Dezember 2007 ein Stresstest durchzuführen, der vier negative Kapitalmarktszenarien simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Provinzial Kranken alle vier Szenarien verkraftet, ohne dass die Risikotragfähigkeit des Unternehmens gefährdet wäre. Freiwillige unterjährige Stresstests fielen ebenfalls ausnahmslos positiv aus.

Operationale Risiken

Das operationale Risiko betrifft Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen beziehungsweise durch externe Einflussfaktoren entstehen oder die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Technische Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Eine umfassende Sicherheitsstrategie bei den Dienstleistern für die EDV-Anwendungen, der HanseMercur Krankenversicherung aG und der ivv-Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH gewährleistet die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der eingesetzten EDV-Systeme. Eine systematische Revision sowie interne Kontrollen tragen darüber hinaus zur Sicherheit und Verfügbarkeit der IT-Anlagen, Daten und Programme bei.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welches das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und das Risiko unternehmensschädigender Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Kontrollverfahren. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko unternehmensschädigender Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Angemessenheit, Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Innenrevision im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit laufend überwacht.

Rechtliche Risiken können insbesondere aus veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren, die durch Gesetzesänderungen oder gerichtliche Entscheidungen bedingt sind. Diese schließen zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken ein. Diesen Risiken wird durch das rechtzeitige Ergreifen entsprechender Maßnahmen wie der Überprüfung und Anpassung von Verträgen begegnet. Darüber hinaus beobachten wir Änderungen im rechtlichen Umfeld, die unser Unternehmen beeinflussen könnten, und treffen alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen zur Beherrschung der sich ergebenden Risiken. So bildeten neben den neuen gesetzlichen Vorgaben für Versicherungsvermittler die Änderungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) den Schwerpunkt der unternehmensübergreifenden rechtlichen Beratung im Berichtsjahr. Um die entsprechenden Anforderungen zu realisieren, wurden frühzeitig Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mithilfe des Risiko-Management-Systems der VGH sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risikofrüherkennungs-System, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass für die Provinzial Kranken gegenwärtig keine existenzgefährdende Entwicklung erkennbar ist.

Als Basis der Strategie dienen die Grundsätze Regionalität, Kundennähe und der Verbund mit den Sparkassen. Dabei zu beachten sind wesentliche externe Rahmenbedingungen wie der demografische Wandel, verändertes Kundenverhalten und politisch-rechtliche Vorgaben. Von besonderer Bedeutung für die private Krankenversicherung sind die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen.

Strategie

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, setzt die Provinzial Kranken weiterhin auf die Entwicklung und das Angebot bedarfsgerechter Produkte, ein dichtes Servicenetz über die hauptberuflichen Vertretungen und die Sparkassen im Geschäftsgebiet in Niedersachsen und Bremen sowie die Unterstützung vor Ort durch Krankenversicherungsspezialisten. Zudem soll das Kooperationsgeschäft mit gesetzlichen Kassen forciert werden. Des Weiteren wurde im August 2007 zusammen mit der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG aus Vechta eine neue Krankenversicherungsgruppe gebildet. Neben dem Ausbau ihrer Marktposition werden die beiden Unternehmen, die in unterschiedlichen und sich nunmehr ergänzenden Marktsegmenten tätig sind, durch die Nutzung von Synergien im Finanzverbund von dem Zusammenschluss profitieren. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Veränderungen für private Krankenversicherungsunternehmen war dieser strategische Schritt folgerichtig und kann die gute Positionierung der beiden Krankenversicherer im Markt weiter verbessern. Beide Unternehmen haben im Wettbewerbsvergleich sehr gute Unternehmenskennziffern, die durch gute externe Ratings positiv bestätigt werden.

Prognosebericht

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. erwartet in seiner Einschätzung der Geschäftsaussichten 2008 für die Krankenversicherung nur einen moderaten Neuzugang. Neben den gesetzlichen Bestimmungen, die den Übertritt in die PKV erschweren, beeinflusst auch der Bevölkerungsrückgang in den jüngeren Altersgruppen diese Entwicklung. Trotz weiter steigender Gesundheitsausgaben ist zudem nur mit verhaltenen Beitragsanpassungen in 2008 in der PKV zu rechnen. Dynamisch zunehmen sollte auch in 2008 das Zusatzversicherungsgeschäft, dessen Gewicht bezogen auf das Gesamtgeschäft allerdings nach wie vor begrenzt ist. Insgesamt prognostiziert der GDV für die private Krankenversicherung einschließlich der privaten Pflegepflichtversicherung ein Beitragswachstum von 3 Prozent.

Um die gute Ausgangsposition der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG noch zu verbessern, wurde im August 2007 die Bündelung der Aktivitäten mit der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG beschlossen. Mit dieser Kooperation setzt die VGH ihr erfolgreiches dezentrales Geschäftsmodell fort und baut mit dieser Verbindung ihre Marktposition auch in der privaten Krankenversicherung weiter aus.

Für das Geschäftsjahr 2008 rechnet die Provinzial Kranken mit einem Wachstum bei den Beitragseinnahmen im zweistelligen Prozentbereich. Zu den positiven Einschätzungen der Geschäftsentwicklung führen ein neuer Pfl egetagegeldtarif sowie insgesamt der erwartete Neuzugang in der Voll- und Zusatzversicherung. Die für die private Krankenversicherung maßgeblichen Änderungen durch das GKV-WSG bedeuten insbesondere in 2008 und 2009 eine besondere vertriebliche Herausforderung für das Unternehmen.

An den Kapitalmärkten gehen wir aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheiten, ausgelöst durch die Subprime-Krise in den USA, von einem sehr volatilen Jahresverlauf aus. Unter Nutzung des bereitgestellten Risikokapitals werden wir die Entwicklungen auf den Kapitalmärkten nutzen, um Zusatzerträge zu generieren. Ziel ist es, eine adäquate Nettoverzinsung zu erreichen.

Schlusserklärung

Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen wurden im vergangenen Geschäftsjahr nicht getroffen oder unterlassen. Dieser Beurteilung liegen Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.

Hannover, den 31. März 2008

Der Vorstand

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 760 Tausend Euro ausgewiesen.

Der Hauptversammlung am 6. Mai 2008 wird nach Zustimmung des Aufsichtsrats vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Hannover, den 31. März 2008

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

Aktivseite	2007			2006
	€	€	€	€
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital			0	3 834 689
davon eingefordert: 0 (0) €				
B. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			153 638	0
C. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
Beteiligungen		355 200		301 520
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7 004 649			4 174 652
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	98 500			98 500
3. Sonstige Ausleihungen	69 991 510			55 360 201
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	77 094 659	77 449 859	0
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	322 066			363 463
2. Versicherungsvermittler	113 683	435 749		114 784
davon: an verbundenen Unternehmen 110 317 (112 057) €				
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
II. Sonstige Forderungen		105 830	541 579	175 210
davon: an verbundenen Unternehmen 18 044 (43 325) €				
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		56 510		24 986
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		9 358 506	9 415 016	3 241 383
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		1 257 427		845 227
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		270 414	1 527 841	299 172
Summe der Aktivseite			89 087 933	68 833 787

Bestätigung gemäß VAG:

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 1. April 2008

Dr. Plathe
Treuhand

Passivseite	2007			2006
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		6 000 000		5 120 000
II. Kapitalrücklage		4 000 000		1 609 216
davon: Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG: 1 609 216 (1 609 216) €				
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	193 000			153 000
2. andere Gewinnrücklagen	2 623 000	2 816 000		1 688 000
IV. Bilanzgewinn		760 000	13 576 000	1 000 000
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	54 083 964			41 718 456
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	54 083 964		0
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	4 554 418			3 751 757
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	20 000	4 534 418		20 000
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	9 700 925			7 422 174
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
	9 700 925			7 422 174
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	1 725 633			1 175 848
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
	1 725 633	11 426 558		1 175 848
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	118 099			120 107
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	118 099	70 163 039	0
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1 795 323		1 146 529
II. Steuerrückstellungen		451 279		1 002 270
III. Sonstige Rückstellungen		301 544	2 548 146	228 193
Übertrag:			86 287 185	66 115 550

			2007	2006
	€	€	€	€
Übertrag:			86 287 185	66 115 550
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	1 843 017			1 777 252
2. Versicherungsvermittlern	0	1 843 017		0
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		100 426		100 000
III. Sonstige Verbindlichkeiten		821 722	2 765 165	819 590
davon:				
aus Steuern: 25 282 (19 943) €				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 (571) €				
gegenüber verbundenen Unternehmen: 613 047 (726 894) €				
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
E. Rechnungsabgrenzungsposten			35 583	21 395
Summe der Passivseite			89 087 933	68 833 787

Bestätigung gemäß VAG:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 54 083 964 Euro gemäß den Vorschriften des § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG sowie der nach § 12 c VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist. Für eine Mitversicherung wurden die Angaben des Konsortialführers übernommen.

Hannover, den 31. März 2008

Dr. Brake

Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	2007			2006
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		37 145 108		33 493 832
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		-100 000	37 045 108	-100 000
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			682 458	482 739
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		13 957		10 736
davon: aus verbundenen Unternehmen: 0 (0) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon: aus verbundenen Unternehmen: 0 (0) €				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		3 119 567		2 424 646
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		971 547	4 105 071	0
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			44 806	39 353
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-15 115 065			-12 714 932
bb) Anteil der Rückversicherer	4 591	-15 110 474		3 781
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-802 661			-492 032
bb) Anteil der Rückversicherer	0	-802 661	-15 913 135	0
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	-12 365 507			-10 677 446
bb) Anteil der Rückversicherer	0	-12 365 507		0
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		2 008	-12 363 499	-95 145
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung feR				
a) erfolgsabhängige		-3 300 000		-2 700 000
b) erfolgsunabhängige		-591 785	-3 891 785	-437 848
Übertrag:			9 709 024	9 237 684

	2007			2006
	€	€	€	€
Übertrag:			9 709 024	9 237 684
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen		-4 190 362		-4 983 853
b) Verwaltungsaufwendungen		-1 239 640		-1 218 531
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0	-5 430 002	0
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		-32 244		-27 504
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		0		-39 933
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-985 966	-1 018 210	-8 350
10. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			3 260 812	2 959 513
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		34 266		32 600
2. Sonstige Aufwendungen		-1 769 916	-1 735 650	-1 109 090
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1 525 162	1 883 023
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-725 162	-828 023
5. Jahresüberschuss			800 000	1 055 000
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen gesetzliche Rücklage			-40 000	-55 000
7. Bilanzgewinn			760 000	1 000 000

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

B. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

C. Kapitalanlagen

Anteile an Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten, bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Der Ausweis von Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt teilweise zu Anschaffungskosten. Agio- und Disagioträge wurden abgegrenzt und entsprechend der Laufzeit der Ausleihung erfolgswirksam aufgelöst.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennbetrag ausgewiesen.

D. Forderungen

Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

E. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung. Geringwertige Anlagegüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Deckungsrückstellung wird nach den technischen Berechnungsgrundlagen unter Beachtung der Vorschriften des § 12 Abs. 1 Nr. 2 VAG i. V. m. § 341 f HGB berechnet.

Da die maßgeblichen Rechnungsgrundlagen Kopfschäden, Sterbetafel und Stornowahrscheinlichkeiten für Männer und Frauen signifikante Unterschiede aufweisen, erfolgt die Beitragskalkulation und die Berechnung der Deckungsrückstellung geschlechtsabhängig. Ausgenommen hiervon sind die Tarife der privaten Pflegepflichtversicherung (PPV) und das S-Krankengeld (SKG), für die geschlechtsunabhängige Beiträge erhoben werden.

Der Nachweis der Geschlechtsabhängigkeit der maßgeblichen Rechnungsgrundlagen ergibt sich aus den Statistiken des PKV-Verbandes und der BaFin, die regelmäßig im Internet veröffentlicht werden (www.pkv.de/statistiken).

Ab dem 1. Januar 2008 werden gemäß dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Kosten für Schwangerschaft und Mutterschaft gleichmäßig auf Männer und Frauen verteilt.

Die Berechnung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt im Näherungsverfahren nach § 341 g Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 26 RechVersV. Dem Näherungsverfahren liegen Zahlungen für Versicherungsfälle in den ersten 30 Geschäftstagen nach dem Abschlussstichtag zugrunde.

Die Rückstellung für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wird gemäß der Satzung gebildet.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wird aufgrund der Bestimmungen des § 12 a Abs. 3 VAG und des Poolvertrages zur Pflegepflichtversicherung (PPV) gebildet.

Bei den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wird eine Stornoreserve in Höhe von 10 Prozent der negativen Anteile der Deckungsrückstellung gebildet.

C. Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem in § 6 a EStG festgelegten Teilwert der Verpflichtungen bewertet. Die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck sind mit einem Zinssatz von 6 Prozent angewendet worden. Für künftige Gehalts- und Rentenanpassungen wird die Rückstellung planmäßig erhöht.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 Prozent berechnet. Die Rückstellung umfasst den Aufstockungsbetrag und die Kapitalauszahlungen zum Ausgleich von Abschlägen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Bilanzierung erfolgt zum vollen Teilwert bzw. Barwert. Der Berechnung liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Die Berechnung der Pensionsrückstellung durch Gehaltsverzicht wird gemäß § 6 a EStG unter Verwendung der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 6 Prozent durchgeführt. Als Alterskapital zum Pensionsalter wird die Ablaufleistung der auf das 65. Lebensjahr abgeschlossenen Rückdeckungsversicherung dargestellt. Im Verzichtsyear wird nur die garantierte Leistung aus der Rückdeckungsversicherung als Todes- und Alterskapital angesetzt. Der Wert erhöht sich jährlich um den Wert der Überschussbeteiligung.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 Prozent berechnet. Als Berechnungsgrundlage dienen die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessene Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

D. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Entwicklung der Aktivposten B, C I, C II	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2006		
	€	€	€
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	0	156 242	0
C I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
Beteiligungen	301 520	178 200	0
C II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4 174 652	5 999 918	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	98 500	0	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	29 926 326	19 698 320	7 000 000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	25 433 875	12 000 000	- 7 000 000
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	79 100 000	0
Summe C II.	59 633 353	116 798 238	0
Insgesamt	59 934 873	117 132 680	0

C II 3. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 7 558 Tausend Euro enthalten. Für diese Namensschuldverschreibungen beträgt der Zeitwert 6 866 Tausend Euro. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
			2007	2007	2007	2007
€	€	€	€	€	€	€
0	0	2 604	153 638			
124 520	0	0	355 200	355 200	355 200	0
3 169 920	0	0	7 004 650	7 004 650	7 108 328	103 678
0	0	0	98 500	98 500	110 200	11 700
9 567 012	0	0	47 057 634	47 034 857	44 495 375	-2 539 482
7 500 000	0	0	22 933 875	23 189 091	22 715 728	-473 363
79 100 000	0	0	0	0		0
99 336 932	0	0	77 094 659	77 327 098	74 429 631	-2 897 467
99 461 452	0	2 604	77 603 497	77 682 298	74 784 831	-2 897 467

*) einschließlich Agien und Disagien

A I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital von 6 000 000 Euro ist eingeteilt in 6 000 000 Namensaktien. Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen der Umstrukturierungen eine Erhöhung des gezeichneten Kapitals um 880 000 Euro. Alleinige Aktionärin der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die ALTE OLDENBURGER Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta.

A II. Kapitalrücklage

Im Rahmen der Umstrukturierungen erfolgte eine Erhöhung der Kapitalrücklage durch die Gesellschafterin in Höhe von 2 391 Tausend Euro.

A III. Gewinnrücklagen

Die Zuführung zur gesetzlichen Rücklage erfolgte gemäß § 150 Abs. 2 AktG.

C I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der handelsrechtliche Ansatz bei der Rückstellung für Pensionen beläuft sich im Geschäftsjahr auf 1 595 Tausend Euro, der Teilwert gemäß § 6 a EStG beträgt 1 124 Tausend Euro. Die Änderung der Bewertungsmethode erfolgte im Rahmen der Neuordnung der Krankenversicherungsgruppe.

B III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
		Betrag gemäß § 12 a Abs. 3 VAG	Pflegepflichtversicherung	Sonstiges	Summe
		€	€	€	€
1. Bilanzwerte 2006	7 422 174	98 475	1 077 373	0	1 175 848
2. Entnahme zur Verrechnung	640 458	42 000	0	0	42 000
3. Entnahme zur Barausschüttung	380 791	0	0	0	0
4. Zuführung	3 300 000	79 128	512 657	0	591 785
5. Bilanzwerte 2007	9 700 925	135 603	1 590 030	0	1 725 633

Von der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für die Pflegepflichtversicherung (PPV) sind 831 100 Euro gemäß Poolvertrag PPV für die Beitragsanpassung in der PPV zum 1. 7. 2008 gebunden.

C III. Sonstige Rückstellungen

	2007	2006
	€	€
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	124 000	85 500
Jahresabschlusskosten	75 000	47 000
Altersteilzeit	52 424	46 853
Aufsichtsratsvergütungen	25 000	22 500
Mitarbeiterjubiläen	16 670	18 940
Beiträge zur Verwaltungsberufsgenossenschaft	5 500	5 200
Übrige	2 950	2 200
Insgesamt	301 544	228 193

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 1 a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2007	2006
	€	€
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	21 051 240	18 703 792
Krankentagegeldversicherungen	4 845 237	4 554 996
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	1 637 827	1 631 939
sonstige selbständige Teilversicherungen	7 290 693	6 416 920
Pflegepflichtversicherung	2 320 111	2 186 185
Insgesamt	37 145 108	33 493 832

Im Geschäftsjahr ist ein Beitragszuschlag nach § 12 Abs. 4 a VAG in Höhe von 1 553 030 Euro (Vorjahr 1 392 432 Euro) enthalten.

I 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2007	2006
	€	€
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	632 563	439 479
– davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 28 791 (3 976) €		
Krankentagegeldversicherungen	0	0
– davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	0	0
– davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
sonstige selbständige Teilversicherungen	49 895	43 260
– davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 13 209 (26 024) €		
Pflegepflichtversicherung	0	0
– davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
Insgesamt	682 458	482 739

I 6 aa) Veränderung der Deckungsrückstellung – Bruttobetrag

	2007	2006
	€	€
gemäß § 12 a Abs. 2 VAG	–183 856	–117 470
gemäß § 12 a Abs. 3 VAG	–42 000	– 30 000
andere	–12 139 651	– 10 529 976
Insgesamt	–12 365 507	– 10 677 446

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo beträgt 95 (96) Tausend Euro zugunsten des Rückversicherers.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungs- vertreter, Personalaufwen- dungen

	2007	2006
	€	€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	3 580 678	4 114 762
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	1 517 396	1 312 121
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	240 717	228 938
5. Aufwendungen für Altersversorgung	532 271	109 296
6. Aufwendungen insgesamt	5 871 062	5 765 117

**Zahl der Versicherten –
natürliche Personen**

	2007	2006
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	10 868	10 149
Krankentagegeldversicherungen	39 661	38 555
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	31 895	31 930
sonstige selbständige Teilversicherungen	67 428	61 665
Pflegepflichtversicherung	11 908	11 141
Insgesamt	124 038	117 422

Weitere Angaben

Alleinige Gesellschafterin der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG ist die ALTE OLDENBURGER Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta. Diese Holding hält ebenfalls 100 Prozent an der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG, Vechta. Aktionäre der ALTE OLDENBURGER Beteiligungsgesellschaft AG sind zum Bilanzstichtag:

- Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, mit einem Anteil von 60 Prozent,
- ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung von 1927 V.V.a.G, Vechta, mit einem Anteil von 35 Prozent und
- Landessparkasse zu Oldenburg, Oldenburg, mit einem Anteil von 5 Prozent.

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, erstellt einen Konzernabschluss, in den die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG einbezogen wird. Die Veröffentlichung erfolgt im elektronischen Bundesanzeiger.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren und Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen nicht.

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 25 Angestellte (Vorjahr 22 Angestellte) im Innendienst. Weitere Arbeiten werden im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen von den Mitarbeitern der HanseMercur Krankenversicherung aG, Hamburg, und der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, ausgeführt. Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands betragen 249 Tausend Euro.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats betragen 23 Tausend Euro.

Ein Verzeichnis der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands unserer Gesellschaft befindet sich auf den Seiten 36 und 37 dieses Geschäftsberichts.

Hannover, den 31. März 2008

Der Vorstand

Dr. Knemeyer

Dienst

Hake

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 7. April 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Werner Hölzl
Wirtschaftsprüfer

André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2007 die Geschäftsführung entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in regelmäßigen Sitzungen umfassend von der geschäftlichen Entwicklung und der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung unterrichtet. Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie die Lage und die Entwicklung der Gesellschaft wurden in den drei Sitzungen des Aufsichtsrats eingehend erörtert. Der Aufsichtsrat befasste sich ausführlich mit der Unternehmensplanung 2008 und war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Ferner wurde über die Lage der Gesellschaft und den Gang der Geschäfte quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Darüber hinaus wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats über wesentliche Geschäftsvorfälle laufend unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich eingehend über die Auswirkungen der Gesundheitsreform informiert und die hieraus erwachsenen Konsequenzen intensiv mit dem Vorstand diskutiert. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat die nunmehr umgesetzte Kooperation zwischen dem ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung von 1927 V.V.a.G. und der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG eingehend erörtert. Im Rahmen dieser Umstrukturierung übernahm Herr Dr. Schweer am 9. August 2007 den Vorsitz des Aufsichtsrats von Herrn Dr. Pohlhausen.

Aufsichtsrat und Vorstand der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG bekennen sich – unter der Berücksichtigung der Besonderheiten für im öffentlich-rechtlichen Unternehmensverbund stehende Versicherungsunternehmen – zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung entsprechend den Empfehlungen des Corporate Governance Kodexes.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Vorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag nach § 111 Abs. 2 AktG an die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil und berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Nach einer eingehenden Erörterung des Jahresabschlusses, des Lageberichts sowie des vom Vorstand eingerichteten Risikofrüherkennungssystems (§ 91 Abs. 2 AktG) mit dem Abschlussprüfer, hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss gebilligt und damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Weiterhin wurde zur Bilanzsitzung der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen vorgelegt und geprüft. Einwendungen hiergegen bestanden nicht. Der Aufsichtsrat hat sich ferner mit dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer über den Bericht hinsichtlich der Beziehungen zu verbundenen Unternehmen befasst und hat auch hier keine Einwendungen.

Der bisherige Vorstandsvorsitzende, Herr Uwe Weinkopf, ist am 31. Dezember 2007 in den Ruhestand getreten. Der Aufsichtsrat dankt ihm für seine langjährige erfolgreiche Arbeit.

Mit Wirkung vom 1. September 2007 wurde Herr Georg Hake und per 1. Oktober 2007 Herr Andreas Dienst zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern bestellt. Zum Vorstandsvorsitzenden wurde Herr Dr. Knemeyer mit Wirkung zum 1. Januar 2008 bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern und Vertriebspartnern für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, den 6. Mai 2008

Dr. Schweer
Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

VGH Versicherungen
Schiffgraben 4
30159 Hannover
Tel.: 0511 362-0
Fax: 0511 362-2960
E-Mail: service@vgh.de
Internet: www.vgh.de

Fotos:

Ulrich Reinecke (16), Helge Krückeberg (4), VGH-Archiv

Corporate Design:

Stankowski + Duschek, Stuttgart

Gestaltung:

Mann + Maus oHG, Hannover

Druck:

Hahn-Druckerei GmbH & Co, Hannover



... fair versichert